

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 11. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Absichten der Flottentreiber.

In der Sitzung der Budgetkommission vom Dienstag enthüllten die nationalliberalen Flottentreiber noch deutlicher ihre Absichten. Die Herren erklärten, daß sie es für notwendig hielten, daß schleunigst die ganze Kaiser-Klasse und Wittelsbach-Klasse ersetzt werde; außerdem sei der schnelle Bau von weiteren sechs großen Kreuzern notwendig. Und Herr Zirpiß sprach den Vertretern des Panzerplattenkapitals wiederum seinen Dank für ihre „patriotische“ Haltung aus!

Was bedeuten nun die Wünsche der Flottentreiber? Das Flottengesetz vom Jahre 1900 verlangte, daß bis zum Jahre 1917 die Linienschiffe auf die Zahl von 88 gebracht würden. Als vorhanden wurden 27 Linienschiffe angenommen. Da nach der Vorlage zwischen 1906 bis 1917 17 Ersatzbauten vorgenommen werden sollten, schieden unter Berücksichtigung von 11 Neubauten 17 ältere Schiffe aus. Nämlich die 8 Küstpanzerschiffe, die „Sachsen“-Klasse, die „Oldenburg“ und die „Brandenburg“-Klasse, d. h. Schiffe, die bis zum Jahre 1895 vom Stapel gelaufen waren.

Die neue Flottenvorlage verlangt nun gemäß der Herabsetzung des Dienstalters auf 20 Jahre vier neue Linienschiffs-Ersatzbauten, so daß auch vier Schiffe der „Kaiser“-Klasse, die von 1896 bis 1899 vom Stapel gelaufen sind, ersetzt werden. Die nationalliberalen Flottentreiber aber drängen die Regierung, die ganze „Kaiser“- und „Wittelsbach“-Klasse schleunigst zu ersetzen, d. h. noch 6 weitere Linienschiffe (1 der „Kaiser“- und 5 der „Wittelsbach“-Klasse), die erst 1900 und 1901 vom Stapel gelassen worden sind! Dazu noch 6 große Kreuzer! Also insgesamt 12 Schiffsbauten a 40 Millionen: gleich 480 Millionen Mark!

Der „Verjüngung“ der Flotte wegen kann man das nicht fordern, denn auch bei 20-jähriger Dienstzeit wären die sechs Linienschiffe der „Kaiser“- und Wittelsbach-Klasse erst nach 1917 zu ersetzen! Man hat einen anderen Grund!

Nach der neuen Flottenvorlage wären auf Stapel zu legen:

Jahr	Linienschiffe	Große Kreuzer
1908	3	1
1909	3	1
1910	4	—
1911	2	1
1912	1	2

Von 1913 ab jedoch nur noch 1 Linienschiff und 1 großer Kreuzer jährlich! Im Interesse der Panzerplattenpatrioten und der Reeder muß also auch nach 1912, ja möglicherweise schon vom Jahre 1911 ab für Neubauten gesorgt werden!

Das Geschäft der Panzerplattenpatrioten bedingt also eine Erweiterung der Regierungsvorlage! Oder aber im Jahre 1910 muß eine neue Flottenvorlage präsentiert werden, die den Herren volle Beschäftigung gewährt.

Wir zeigen schon gestern, daß gegenüber der Flottenvorlage von 1900 unsere Flotte und während des nächsten Jahrzehnts schon 1800 Millionen mehr kostet. Unsere Flottentreiber aber wollen noch rund 500 Millionen mehr verpulvert haben!

Ein ungeheurer Skandal! Und der Freisinn?! Nun, Herr Bismarck hat ja bereits erklärt, daß wenn in ein paar Jahren die allernachste Flottenvorlage kommt, sie auch vom Freisinn angenommen werde!!

So wirtschaften alle bürgerlichen Parteien mit den Steuergrößen des Volkes! —

Zappelfatzke.

Unsere objektive Analyse der subjektiven Unwissenheit des Herrn Georg Bernhard hat diesen sehr aufgeregt. In zwei Artikeln seines Völkchenblattes sucht er seinen Unsinns zu verteidigen — mit dem Erfolg, daß er unstreitig noch einige weitere Striche unserem Charakterbilde hinzusetzt.

Um Bernhards Sachkenntnis an einem eklatanten Beispiel zu zeigen, hatten wir eine seiner originellsten Leistungen: die Besprechung der Bilanzbilanzen, einer Kritik unterzogen. Bernhard berechnete dort die Rentabilität des Kapitals der Deutschen Bank mit 2 Proz. Brutto und den Reingewinn mit 0,9 Proz. Darüber hatten wir uns lustig gemacht. Jetzt sucht sich Bernhard mit allen Kräften aus der Schlinge zu ziehen. Allein vergeblich. Je mehr er sich abzapfelt, desto fester schnürt er sich ein.

Wir wollen zunächst noch einmal zeigen, worum es sich handelt. Eine Bank bekommt Geld, das von seinen Besitzern momentan nicht gebraucht wird, zur Aufbewahrung als Deposit. Damit sie diese Depositen bekommt, muß sie dafür Zins zahlen, zum Beispiel 5 Proz. Diese müssen nun einmal erst verdient sein. Die Bank aber erzeugt keine Werte; der Wert, daher auch der Mehrwert entsteht in der Produktion. Die Bank leiht daher das Geld der Industrie. Die Industriellen zahlen dafür z. B. 7 Proz. Sie tun das deshalb, weil sie über die 7 Proz. hinaus mit diesem Geld, für das sie Maschinen, Rohmaterial, Arbeitskraft, kurz die Elemente des produktiven (industriellen) Kapitals kaufen, einen Gewinn machen. Dieser Gewinn ist im Durchschnitt der Konjunkturperioden größer als der Zins; denn sonst würden mehr industrielle Kapitalisten sich in mäßige Geldkapitalisten verwandeln. Nehmen wir an, der Unternehmergewinn sei 18 Proz. Der Industrielle hat dann mit dem Kapital, das ihm die Bank zur Verfügung gestellt, einen industriellen Profit (Zins plus Unternehmergewinn) von 20 Proz. gemacht. Von diesen 20 Proz. behält der Industrielle

18 Proz. und zahlt 7 an die Bank, diese vergütet ihren Depositengläubigern 5 Proz. und behält selbst 2 Proz. Diese 2 Proz. sind aber natürlich nicht der Gewinn auf das Kapital, das durch die Hände der Bank geht.

Diese 2 Prozent sind vielmehr nur die Differenz zwischen dem Zinsfuß, den der Industrielle der Bank und dem Zinsfuß, den diese ihrem Depositengläubiger gezahlt hat. Aber um eine Differenz bezahlen zu können, muß zuerst die Summe verdient sein. Um die 2 Proz. für die Tätigkeit des Ausleihens einstecken zu können, muß in Wirklichkeit das in Kapital verwandelte Geld eben 20 Proz. getragen haben.

Aber um Geld zu bekommen und Geld wieder ausleihen zu können, muß die Bank selbst über Geld verfügen, das bei dem von uns geleiherten Depositengeschäft den Banken als eine Art Reserve dient und im Verhältnis zu den fremden Geldern sehr gering sein kann.

„Das Kapital dient nicht als Betriebsfonds sondern als Garantie“, sagt Vagehol. Bei englischen Depositenbanken beträgt das eingezahlte Kapital mit den Reserven etwa den zehnten Teil der Verbindlichkeiten. Die 2 Proz., die in unserem Beispiel der Bank verbleiben, stellen für sie in diesem Falle einen Bruttogewinn von 20 Proz. dar. In der Tat zahlen die englischen Depositenbanken auch sehr hohe Dividenden. Die Dividende der Deutschen Bank von 12 Proz. ist für englische Verhältnisse durchaus nicht besonders hoch.

Bei Bernhard aber geschieht das Wunder, daß der Profit der Kapitalisten 20 Proz., der Profit des Kapitals jedoch 2 Proz. ist. Schuld daran ist nicht etwa die „bürgerliche Arithmetik“, sondern nur die komische Spezialarithmetik des Bernhard, die allerdings genau auf der gleichen Stufe steht, wie seine ökonomischen Kenntnisse. Bernhard rechnet nämlich die 2 Proz., die schließlich der Bank für die Vermittlung des Leihverkehrs zufließen, nicht als Profit des Bankkapitals, sondern als den ganzen Profit, den das durch die Bank vermittelte Kapital überhaupt macht. Daher die lustige Geschichte, daß die Bank für das Kapital, das sich nach Bernhards Rechnung nur mit 2 Proz. bewertet, 5 Proz. an ihre Gläubiger zahlt, während der Unternehmer, der noch damit den Unternehmergewinn machte, ihr 7 Proz. dafür zahlen mußte. Wie macht Bernhard das? Er rechnet in seiner kindlichen Einfalt alles Geld, was in die Kassen fließt, als Kapital der Bank, das nun in ihrem „Betriebe“ verwertet wird. Nur schade, daß dies Kapital, um verwertet zu werden, erst die Bank verlassen und in die Industrie strömen muß, weil im „Bankbetriebe“ überhaupt keine Verwertung stattfinden kann. Bernhard vermag nämlich, da ihm alle theoretisch-ökonomischen Kenntnisse fehlen, nicht zwischen Bank- oder Handels- oder Industriekapital zu unterscheiden. Das ist eine Konfusion, die in der Wissenschaft längst überwunden ist, aber in den Köpfen mancher Geschäftsleute noch immer fortpflukt.

Wir sagen in der Wissenschaft. Bernhard beschuldigt uns, daß wir, um ihn zu widerlegen, die „bürgerliche Wissenschaft“ als „einzige große Ignoranz“ dargestellt haben. Aber, Verehrtester, dazu hatten wir nicht die geringste Gelegenheit; denn Sie haben doch weder mit „bürgerlicher“ Wissenschaft noch mit sozialistischer irgend etwas zu schaffen — noch weniger als Ihr Lehrer, der kleine Meher. Merken Sie denn noch immer nicht, daß unser Nachweis dahin geht, daß Sie nicht etwa nur von der wissenschaftlichen Forschung keine Ahnung haben, sondern nicht mal die einfachsten Ueberlegungen anstellen vermögen? Nicht um Ihre Fähigkeit zum wissenschaftlichen Denken handelt es sich. Die steht gar nicht in Frage. Nur um Ihre Denkfähigkeit überhaupt, sozusagen — verzeihen Sie die Blasphemie — um Ihre „reine“ von jeder wissenschaftlichen Erfahrung losgelöste Vernunft dreht es sich. Wir wollen zeigen, daß Sie darin zu den Besten gehören, wenn Sie auch sonst Besitzer des „Plus“ und „seiner Kreditoren“ sind.

Zufällig findet sich in der Nationalökonomie eine Widerlegung konfusier Anschauungen, die eine gewisse Ähnlichkeit mit den Ihrigen haben; allerdings sind es Anschauungen, die zu einer Zeit aufstaueten, wo die Ausdehnung des Kredits noch verhältnismäßig neu war und daher die Unbekanntheit mit seinem Wesen begreiflicher. So sagt ein alter Ökonom, Thornton, in seiner „Untersuchung über den Papierkredit“ (London 1802):

„Papier (darunter versteht der Verfasser nicht nur Papiergeld und Banknoten, sondern auch Wechsel) erscheint allerdings auf der Kreditseite der Bücher der einen, aber es erscheint genau im gleichen Betrage auf der Debitseite der Bücher der anderen. Es macht daher im ganzen weder ein Debet, noch ein Kredit aus. Der Bankier, der 20 000 Pfund in Noten ausgibt und in der Folge 20 000 Pfund einem Kaufmann leiht gegen die Sicherheit von Wechseln, die dieser akzeptiert hat, bezeichnet sich selbst in seinen Büchern als der Schuldner der verschiedenen Leute, die seine Noten im Besitz haben, im Betrag der fraglichen Summe; und bezeichnet sich selbst als Gläubiger der Wechsel, die er zu demselben Betrage besitzt. Die Bewertung seines eigenen Besitzes ist daher dieselbe, als ob weder die Wechsel, noch die Banknoten existierten. Weiter: die Kaufleute, die ihren Besitz abschätzen, ziehen einerseits die Wechsel ab, die von ihnen zu zahlen sind und sich im Portefeuille der Bankiers befinden und rechnen die Noten des Bankiers, die in ihrer Kasse sind, hinzu; so zwar, daß die Bewertung des Kapitals der Kaufleute ver gleichsweise dasselbe ist, als ob das Papier keine Existenz hätte.“

Man sieht: Bernhard ist zwar noch jung, aber es ist ihm in der kurzen Zeit seines Lebens bereits gelungen, sich eine jahrhundertelange Unwissenheit anzueignen. Allerdings, wenn er in seiner Konfusion über den Kredit und das Kapital vor mehr als einem Jahrhundert noch Genossen hatte, mit seiner eigenartigen Arithmetik steht er allein da.

Zuerst rechnet Bernhard das Kapital, das die Bank verliehen hat, als das Kapital, das im Bankbetriebe arbeitet. Dann aber weigert er sich beharrlich, dieses Kapital, mit dem die Bank nichts tut, als daß sie es ausgibt, wieder abzugeben, sobald es eben ausgeliehen ist. Wie aber das Kapital, das die Bank verliehen hat, das also in die Industrie gesteckt ist und dort arbeitet, zugleich im Bankbetriebe arbeiten soll, das weiß nur Bernhard allein. Aber damit ist er als präventiver Mann noch nicht zufrieden. Das Geld, das die Depositengläubiger der Bank zur Verfügung gestellt haben, schweift nicht nur das Bankkapital an, das also nach Bernhard das Kapital ist, das der Bank nicht gehört, sondern auch das industrielle Kapital. Behen wir wieder auf unserem Beispiel zurück. Die Bank habe ein Kapital von 100 000 M., sie bekomme von A 1 Million, zahlt ihm dafür 50 000 Mark Zinsen und leiht die Million dem Industriellen B, der ihr dafür 70 000 M. zahlt. Der Industrielle hat bereits 1 Million im Vermögen. Mit dem Gelde der Bank hat er 2 Millionen und macht damit einen Profit von 20 Proz., oder 400 000 M. Von diesen zahlt er 70 000 M. Zinsen an die Bank. Bleiben ihm 330 000 M. Wie rechnet aber Bernhard? Die Bank arbeitet mit einem „Kapital“ von 1 100 000 M. Sie bekommt von dem Industriellen 70 000 Mark und zahlt an den Depositengläubiger 50 000 M. Es verbleiben ihr 20 000 M. Nach Bernhard noch nicht 2 Proz., während in Wirklichkeit das Kapital der Bank, das 100 000 M. beträgt, 20 Proz. getragen hat.

Dieselbe Million, die Bernhard schon als Bankkapital gerechnet hat, rechnet er jetzt noch einmal dem Industriellen als Kapital an. Der Industrielle muß seiner Kundtschaft, einem Weiterverarbeiter, vielleicht seinerseits einen Kredit von 1 Million gewähren, die Million wird zum drittenmal als „Kapital“ gerechnet, der Weiterverarbeiter kreditiert dem Großkaufmann, dieser den Kleinkaufleuten. Dieselbe Million erscheint bei Bernhard immer wieder als „Kapital“; sie wird unzählige Male gerechnet, statt einmal. Während aber Bernhard mit einer rührenden Sorgfalt alle Gelder notiert, die sich einer geliehen hat, weigert er sich ebenso hartnäckig, die Gelber abzugeben, die einer weggeborgt hat. Ob ausgeliehen oder geborgt, Plus oder Minus, ist unserem großen Arithmetiker ganz egal. Alles wird addiert, nichts subtrahiert, und zum Schluß beschaufelt Herr Georg Bernhard mit raunendem Grinsen sein Werk. Aus der einen Million sind hundert geworden und aus 20 Proz. 0,2 Proz. Alles nur Mathematik und keine Ökonomie, und unschuldig fragt Bernhard: Ist das meine Schuld oder die der Arithmetik? Addieren kann ich doch wirklich!

Aber schließlich wird ihm doch bange. Daß man für sein Geld bei der Bank Zinsen bekommt, das weiß auch ein „Plus“-Leser, und daß diese Zinsen verdient sein wollen, ist schließlich auch klar. Also? Also beginnt unser Bernhard sich herauszulügen. Er erzählt seinen Lesern, es habe sich ihm nicht um die „volkswirtschaftliche Seite“ gehandelt, sondern um die privatwirtschaftliche. Den Ausdruck „Volkswirtschaft“ schenken wir ihm. Seine Verächtheit in Kürze dem Bernhard zu beweisen, ist bei seinem Mangel an Vorkenntnissen aussichtslos. Aber was ist das für eine Privatwirtschaft, bei der das fremde Geld (die Depositen) als eigenes gerechnet wird? Als Privatwirtschaft hat die Deutsche Bank nur ihr Aktienkapital und ihre Reserven, sonst keinen Deut mehr. Die fremden Gelder hat sie zu verwalten, zu verzinsen, aber privatwirtschaftlich ist die Rentabilität der Deutschen Bank gegeben durch den Gewinn auf das eigene Kapital. Aber Bernhards Ehrgeiz ist ja nicht nur privatwirtschaftlich, auf den Abonnementerwerb gerichtet, sondern auch „volkswirtschaftlich“ auf Ansehen. Er will wissenschaftlich etwas gelten, Lehrer spielen usw. Seine plötzliche Bescheidenheit, nur privatwirtschaftliche Erkenntnisse verbreiten zu wollen, ist nur Heuchelei aus Verzweiflung.

Es ist einfach eine „Fälschung“, wie Bernhards Lieblingswort lautet, daß er kein ökonomisches Wesen aufstellen wollte. Sehen wir zu. Die erste Bilanzkritik findet sich im 13. Heft des ersten Jahrganges vom 26. März 1904. Wir nehmen diese, weil ja Bernhard dort zuerst seine Ansichten entwickelt und sich selbst nicht jedes Jahr einfach abschreiben kann. Was er damals geschrieben hat, hat er nie widerrufen. Die Tabellen sind ziemlich immer dieselben. Auch spricht er später wieder von der „geringen Verzinsung großer Kapitalien“. Hören wir also seine Weisheit:

„Ich sehe den Schwerpunkt einer zusammenfassenden Behandlung der Bilanzklassen auch nicht in der eigentlichen Bilanzkritik, sondern in dem Versuch, aus der Gegenüberstellung von Ziffern der Bilanzen einen Einblick in die Gehege zu gewinnen, welche die Arbeit großer Kapitalien bestimmen.“

Nachdem er dann noch seiner famosen Methode eine Rentabilität von 3,32 Proz. herausgerechnet hat, weist er jede „privatwirtschaftliche“ Deutung als ungenügend zurück; weder die Ansammlung stiller Reserven noch Verluste könnten dieses Resultat (seiner falschen Arithmetik) erklären, was ja weiter nicht wunderbar ist, da es sich nicht um Privatwirtschaft, sondern um Privatarithmetik handelt. Dann heißt es:

„Es kommt doch hier auch zu sehr großem Teile das ökonomische Wesen in Betracht, wonach mit dem zunehmenden Kapital das prozentuale Erträgnis zu sinken pflegt. Mit der Konzentration des Kapitals bei den großen Banken hängt ja überhaupt die immer mächtiger werdende Tendenz des sinkenden Zinsfußes zusammen.“

Aus seinen absurden Voraussetzungen zieht Bernhard da mit all jener Unerfrodenheit, deren nur Gedankenlosigkeit fähig ist, seine absurden Konsequenzen. Das „ökonomische Wesen“, wonach mit zunehmendem Kapital das prozentuale Erträgnis zu sinken pflegt, ist blühender Unsinns. Je größer das Kapital, desto größer im allgemeinen der Profit. Auf dieser Ueberlegenheit

Die Inflations-Gebühr

Beträgt für die festgeschaltene Kolonelle ober deren Raum 50 Bfg. für baltische und gewerkschaftliche Betriebs- und Besammlungs-Anzeigen 20 Bfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Bfg., jedes weitere Wort 10 Bfg. Stellenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

des größeren Kapitals über das Kleine beruht die ganze Konzentrationstendenz mit ihrer ungeheuren Wirkung auf die soziale Entwicklung. Wäre das „prozentuale Ertragnis“ auf das kleinere Kapital größer, die großen Kapitalien wären längst verteilt und zersplittert in lauter kleinste Teile, bei denen das prozentuale Ertragnis nach Bernhard am größten wäre. Das hindert natürlich Bernhard nicht, in der nächsten Zeile von der Konzentration des Kapitals zu sprechen, die unmöglich wäre, wenn kein ökonomisches Gesetz existierte.

Nach Kant ist es die allgemeine „Bedingung aller unserer Urteile überhaupt, daß sie sich nicht selbst widersprechen, widrigenfalls diese Urteile an sich selbst nichts sind.“ Die Urteile Georg Bernhards sind ein gutes Beispiel für dieses „nichts“. Wie kann aber selbst ein Mensch von der geistigen Qualität eines Bernhards die Absurdität seiner Behauptungen nicht merken? Auch das ist leicht zu erklären. Er hat einmal etwas davon gehört, daß die Wissenschaft eine Tendenz des „Falles der Profitrate“ aufgezeigt hat. Galt, sagt er sich, meine Rechnung zeigt ja zwar keinen Fall, aber eine sehr kleine „Profitrate“, und die wird sicher einmal größer gewesen sein. Die Rechnung wird also stimmen. Der Fall der Profitrate hat jedoch mit der Größe des Kapitals zunächst nicht das Geringste zu tun; es ist ein Gesetz, das für das Gesamtkapital gilt, ein Entwicklungsgezet, das daher nicht im selben Moment für verschiedene große Kapitalien gelten kann. Daraus macht Bernhard ein „ökonomisches Gesetz“ der geringeren Rentabilität des größeren im Vergleich zu dem kleineren Kapital. Der Fall der Profitrate vollzieht sich bei Bernhard nicht in der Zeit, sondern er findet für die nebeneinander im Raume befindlichen verschiedenen großen Kapitalien gleichzeitig statt. Sahen wir früher, daß Bernhard keine Vernunft und keine Urteilskraft besitzt, so sehen wir jetzt bei seiner Verwechslung von Zeit und Raum, daß ihm sogar die reine Anschauung a priori fehlt. Diese geistigen Defekte machen Bernhard zu einem interessanten Phänomen, das allerdings immer nur Objekt der Erkenntnis ist, nicht Subjekt sein kann.

Weitere Polemik können wir uns sparen. Was soll man auch dazu sagen, wenn Bernhard auf unseren Einwurf, daß man die Debitoren vom Kapital abziehen muß, sobald man die Kreditoren hinzurechnet, und erwidert: „Wenn ich eine Industriegesellschaft gründe und habe eine Million Mark im Kassen liegen, so kann ich damit keine Waren produzieren. Ich muß dafür Maschinen kaufen. Erst die bringen Waren hervor.“ Wir haben ja allen Respekt vor der Arbeit, die es dem Bernhard gekostet haben muß, sich noch dümmer zu stellen, als er ohnehin ist, aber mit solchen Leuten hört jede Polemik auf. Doch bei Bernhard der Wechsel, also ein Zirkulationsmittel, je nachdem Bankkapital oder Handelskapital ist, daß er gegen den Einwurf: „Handelsangestellte erzeugen nicht den Profit der Eisenwerke“, die Fusion der Mannesfelder-Schiffahrtsgesellschaft mit der Harpener anführt, als ob Schiffahrt (Transport) und Handel dasselbe wären, hat eben noch gefehlt, um seine Einfalt zu kennzeichnen.

Nur zur Vollständigkeit müssen wir noch anführen, daß Bernhard nicht einmal weiß, was das Wort „Ökonomie“ bedeutet. Er zitierte unlängst aus einem Bericht des „Vorwärts“ über einen Vortrag, daß der Referent Rationalökonomie mit Volkswirtschaftslehre überseht habe. Nun wird Bernhard kritisch:

Der wissenschaftliche Analphabet des „Vorwärts“ verwechselt nämlich Volkswirtschaft mit Volkswirtschaftslehre. Zwar wird im Brockhaus Rationalökonomie mit Volkswirtschaftslehre überseht. Aber derartige „bürgerliche“ Bildungsmittel sollte doch ein „Vorwärts“-Redakteur nicht gebrauchen. Im allgemeinen gilt „Rationalökonomie“ gleich „Volkswirtschaft“.

In der Tat: Analphabet. Denn es handelt sich um das Alpha und andere griechische Buchstaben, die Bernhard nicht kennt. Er wüßte sonst wissen, daß Oikos: Haus, Hauswirtschaft, Wirtschaft bedeutet und Oikos: Gesetz, Nationalökonomie also nicht „Volkswirtschaft“, sondern Wirtschaftsgesetz oder Wirtschaftstheorie. Bernhard unterfährt sich auch, Marx zu zitieren, der die politische Ökonomie die „Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft“ nennt. Aber die Anatomie bedeutet nicht Leiden oder Knochen oder sonst etwas, sondern die Wissenschaft von der Zergliederung des menschlichen Körpers. Gerade dieses Zitat beweist daher die Nichtigkeit der Uebersetzung. Doch es ist dankbar anzuerkennen, daß Bernhard sich gedungen gefühlt hat, zu beweisen, daß er nicht ein hornierter Fachmann, sondern ein Universalignorant ist, der in den Sprachen ebenso zu Hause ist wie in der Gesellschaftswissenschaft, der Logik und Mathematik.

Wir haben ja gesehen, daß Bernhard Plus und Minus nicht unterscheiden kann. So sieht er nicht, daß hinter seinem Wissen ein Miesenminuszichen steht, und vergißt abzugeben, was er seinen Lehrern schuldig geblieben ist. Auch das geistige Kapital, das Bernhard zu besitzen meint, stellt sich so als bloßer Rechenfehler heraus!

Die Rache der Reaktion.

Aus Lodz wird uns geschrieben:

Hier herrscht Raznaloff souverän; er ist der Gott, vor dem die Lodzer Bourgeoisie in Scheuer zitternder Verehrung auf dem Knie liegt. Allerdings wird diese schwelmeisende Verehrung einigermaßen durch den Umstand gedämpft, daß Raznaloff sein gegen die Zustimmung von 400 000 Rubel der hiesigen Bourgeoisie gegebenes Versprechen, den Banditenismus auszurotten und die „Ordnung“ wieder herzustellen, bis heute nicht eingelöst hat! — Die sich täglich wiederholenden Banditenüberfälle beweisen mit unzweifelhafter Deutlichkeit, daß das Banditentum, mit welchem Raznaloff im Handumdrehen fertig zu werden versprach, angesichts des allgemeinen Drucks, der allgemeinen Desorganisation, des Organisationsverbots, angesichts der Unmöglichkeit, den Kampf der Massen in breite legale Bahnen zu lenken, in den bestehenden Verhältnissen tiefer wurzelt, als das beschränkte Despotententum zu fassen vermag.

Erschwert wird dem Raznaloff sein „Kulturwerk“ durch die geheime Sympathie, die, wie böse Zungen behaupten, die Banditen mit der hohen Polizei verbindet! Die Lodzer Fabrikanten haben, in offener Ermöglichung dieser Sympathie, denn auch ihrerseits freiwillig anständige Summen zur Gehaltssteigerung für die Polizei geliefert; oder aber auf diese Weise dem alleingewurzelteten Uebel abgeholfen wird, lassen wir dahingestellt.

Als mit der „Herstellung der Ordnung“ hat Raznaloff bisher wenig Glück, und es auch eigens zu diesem Zwecke täglich neue Anordnungen und Verfügungen auf die Köpfe der Arbeiter regnet. Des Satrapen schöpferischer Geist rastet nicht; hat er gestern den Vertretern der Gewerkschaften jegliche Einmischung in Konflikt zwischen Fabrikanten und Arbeitern verboten, so verbietet er heute den Streik unter Androhung einer dreimonatigen Haft, bezw. von 3000 Rubel Strafe — pro Arbeiter! Daß es ihm damit blühter Ernst ist, beweisen die von streikenden Arbeitern überfüllten Polizeireviere und Gefängnisse, in denen alle Polizeibergen vom Schutzmann bis „hinan“ zum Polizeikommissar (Prislaw) die Nichterrosse bereitwillig übernehmen.

Die Auffassung, die diese Leute von ihrer Stelle haben, geht aus dem in den hiesigen Polizeiverteln typischen „Verhör“ hervor: „Jud?“ fragt der „Richter“. Folgt eine bejahende Antwort, so saust gleichgültig ein Knutenhieb oder ein Faustschlag auf den „Verhörten“ nieder. Auch ein „Nein“ bringt selbstverständlich den „Richter“ nicht aus der Fassung, denn die nächste Frage lautet:

„Rebell?“, wobei schon, ohne daß die Antwort des unglücklichen Opfers abgewartet wird, die Säule niederstauten. Ein paar ausgeschlagene Zähne, eine offene Wunde am Kopf, im besten Falle ein blaues Auge bilden das Resultat dieser „Verhöre“. Täglich steht man Verwundete, von einer militärischen Eskorte umgeben, durch die Straßen führen. Die Not der Verhafteten ist entsetzlich. Die „liberale“ Bourgeoisie gibt zu ihrer Unterstützung schon lange nichts her, und da die Mittel der sozialistischen Arbeiterorganisationen äußerst beschränkt sind, so sind viele Verhaftete selbst der notwendigsten Kleidungsstücke beraubt; die meisten hungern buchstäblich.

Hand in Hand mit dem politischen Druck geht der wirtschaftliche. Die Fabrikanten, die sich wieder als Herren der Situation fühlen, eröffnen auf der ganzen Linie einen erbitterten Angriffskrieg gegen die Arbeiter. In allen Fabriken prangen Verfügungen, die die Einführung des elfenhalbstündigen Arbeitstages verhängen, nachdem die Arbeiter sich durch ihre Kämpfe 1905 den neunstündigen Arbeitstag errungen hatten! Das Komitee der Sozialdemokratischen Russisch-Polen und Litauens hat in dieser Angelegenheit eine Proklamation erlassen, in der es die Arbeiter auffordert, sich ihre Erzeugnisse ohne Kampf nicht nehmen zu lassen. Bisher ist es den Fabrikanten denn auch nicht gelungen, ihre Absicht durchzuführen, da die Arbeiter sich trotz aller Drohungen beharrlich weigern, länger als Fieber zu arbeiten. Ja, die Erbitterung über dieses Ansinnen ist unter den Arbeitern so groß, daß sie die Verfügungen täglich herunterreißen — eine ganze Anzahl büßt dieses neue „Verbrechen“ in den Polizeireviere.

Seit sechs Wochen sind gegen 300 Wälder ausgeperrt. Der Verband der Wäldermeister hat ihnen eine ganze Reihe neuer Arbeitsbedingungen vorgeschlagen. Auf das Drängen der Meister wurde der legale jüdische Wälderverband geschlossen, nachdem in seinem Bureau eine Revision vorgenommen und alle Rechnungsbücher und Korrespondenzen beschlagnahmt worden waren.

Auch die Handlungsgehilfen, Buchhalter, Kontoristen usw. sind von der allgemeinen Reaktion nicht ausgeschlossen. Eine Massenänderung der Aufstellungen unter ihnen, die während des Streiks den „Herren“ die Forderungen ihrer Kollegen unterbreitet oder sich auf eine andere „verböhrerische“ Weise hervorgetan haben, ist jetzt an der Tagesordnung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Dezember 1907.

Um das Vereinsgesetz.

Aus dem Reichstage. Der zweite Tag der Vereinsgesetzdebatte wurde eröffnet durch den Lothringer Abg. Grégoire, der seine Ausführungen ausschließlich gegen die Sprachenklausel des § 7 richtete. Die Parteistellung dieses Herrn ist eine eigenartige. Während ein Teil der Lothringer gleich einem Teile der Elksler sich der deutschen Zentrumsparthei angeschlossen, haben andere den sogenannten „Lothringischen Block“ gebildet. Sie vertreten die Interessen der Bourgeoisie; von den deutschen Parteien sieht ihnen die nationalliberale in ihren Gesamtansparungen am nächsten. Die drei von dieser Partei in den Reichstag entsandten Abgeordneten beteiligen sich möglichst wenig an den Reichstagsgeschäften. Nur wenn besondere Lothringische Interessen berührt werden, nehmen sie an den Sitzungen teil. Herr Grégoire behandelte denn auch den § 7 nur unter dem Gesichtspunkte, daß er von Elsas-Lothringen ferngehalten werden müsse. Abgesehen davon, daß Herr Grégoire das Recht auf die eigene Muttersprache als eine Art Belohnung für Gutgesinntheit in Anspruch nahm, nicht aber es von dem höheren Gesichtspunkte aus forderte, daß es ein unüberwundliches Menschenrecht sei, brachte er ganz wertvolles Material zur Beurteilung der Frage vor. Die von ihm aus Lothringen angeführten Beispiele bewiesen aufs neue, daß durch sprachliche Bedrückung nationale Leidenschaften gerade erst entfesselt werden, während sich dort, wo sprachliche Unterdrückung verzichtet wird, ein friedliches Zusammenleben zwischen gemeinsam in einem Staatsgebiete ansässigen Nationalitäten herausbildet.

Die Aufgabe, nach den Rezepten des Blockanzlers liberal zu reden, aber für die dritte Lesung sich die Möglichkeit einer Zustimmung zu reaktionären Forderungen offen zu halten, war Herrn Müller-Reinungen zuteil geworden. Er suchte zunächst Stimmung für sich zu schaffen durch eine Kulturkampfrede gegen das Zentrum. Nun läßt sich gegen das Zentrum viel sagen wegen seiner Schulpolitik und seiner Bekämpfung der freien Wissenschaft und Kunst. Aber in diesem Augenblick war das auch nicht am Platze, weil in der Frage des Vereins- und Versammlungsrechts das Zentrum seiner ganzen Geschichte, seiner Parteizusammensetzung und seiner gegenwärtigen Stellung nach wider die reaktionären Bestimmungen des Gesetzes Front machen muß, so daß gar kein Grund vorliegt, Herrn Trimbors oppositionelle Kritik nicht ernst zu nehmen. Es zeigte sich auch bald, daß Herrn Müllers Ausfälle, die, wie man das bei der Veranlagung dieses Politikers nicht anders gewohnt ist, mehr und mehr in Sturmläutchen ausarteten, nur den Zweck hatten, die Aufmerksamkeit davon abzulenken, daß er und seine Partei sich nicht zu unbedingten Ablehnung des ominösen § 7 zu belennen wagen.

Einen wahrhaft lästigen Eindrud machte es, wie der freisinnige Redner, als er schließlich gezwungen war, sich mit diesem Punkte zu befassen, allerhand Material gegen die Polen zusammenhäufte: Demonstrationen in Lemberg und im österreichischen Reichsrat, die bekanntlich erst durch die antipolnischen Ausnahmegesetze in Preußen hervorgerufen waren, mußten Herrn Müller dazu dienen, die patriotische Pause zu schlagen.

Sorgfältig hütete Müller sich, irgend eine bestimmte Ansicht über den § 7 auszusprechen; er meinte, in der Kommission müsse versucht werden, dafür eine Fassung zu finden, die sowohl den Wünschen der Regierung wie denen der Polen Rechnung trüge, was in der Praxis nur auf ein gemildertes Ausnahmegesetz hinauskommen kann. Diese elende Komödientheaterlei findet noch ihre vielfachende Herr Müller nicht sagte. Kein Wort der Ermüdung fand er auf Heines Anfrage, ob etwa die von dem konservativen Dietrich gewünschten Bestimmungen gegen jugendliche Personen ein Handelsobjekt für die Verständigung zwischen Konservativen und Liberalen werden sollten. Kein Wort auch redete der „entschiedenen liberalen“ Herr Müller über den verhängnisvollen Absatz 4 des § 9, der das Recht der polizeilichen Wortentziehung nach sächsischem Muster in ganz Deutschland einführen will. Lobndelei für das Gesetz als Ganzes und Zweideutigkeit oder gar Stillschweigen gegenüber dessen reaktionärsten Bestimmungen — das ist die freisinnige Modpolitik!

Nach dieser betrübenden Selbstverhöhnung des deutschen Liberalismus legte Namens der Polen Fürst Radzivil Verwahrung gegen die Mundtotmachung der Polen ein. Den Vorwurf, daß die Polen in Preußen Absonderungsgelüste hätten, bezognete er als Verleumdung, was ihm einen Ordnungsruf des Präsidenten Paasche eintrug. Auf die preussischen Enteignungsgesetze eingehend, erinnerte er die Regierung daran, daß sie durch ihre Ver-

gründung dieser Maßregel mit der Rücksicht des „öffentlichen Wohls“ den französischen Revolutionärentext kopiere, der aus Gründen des öffentlichen Wohls Ludwig XVI. den Kopf vor die Füße gelegt habe.

Sehr erregt ging darauf Herr v. Bessmann-Gollweg ins Geschirr. Von Ludwig XVI. redete er allerdings nicht, da dessen Schicksal nicht auf der Tagesordnung stand. Aber den Beweis für die Absonderungsgelüste der Polen suchte er zu erbringen, indem er mitteilte, daß sie 1. deutsche Waren boykottierten; 2. daß bei Beratung der preussischen Verfassung einmal die Polen von der Wiederbesetzung Polens gesprochen; 3. daß irgend ein polnisches Blatt geschrieben habe, ehe Preußen nicht eine Niederlage wie die Russen bei Tuschima erlitten hätten, würde es nicht besser werden. Auch diese Sophistereien, die alles Mögliche beweisen können, nur nicht, daß die Polen jetzt eine staatliche Postrennung von Preußen betreiben, trug der Minister in jenem von Nahrung durchschauerten Wiedermannstabe vor, dessen Unechtheit widerwärtiger wirkt als die brutale Geldendmachung reaktionärer Privatitäten.

Herr Baunacke sprach für die freisinnige Vereinigung. Selbst dieser gewohnheitsmäßig in süßlicher Geziertheit redende Herr zeigte gegenüber den reaktionären Bestimmungen des Gesetzes noch etwas mehr Rückgrat als Herr Müller, obgleich auch seine Partei mit sich reden lassen will.

Zum Schluß wies der Däne Hansen an einer Fülle von Einzelheiten nach, wie brutal jetzt schon die Unterdrückung der Dänen in Schleswig durch polizeiliche Ausübung des heutigen preussischen Vereinsgesetzes gehandhabt wird und protestierte aufs energischste gegen das neue reaktionäre Maßwerk.

Dann wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Wem wir Klautschon verdanken.

Unter dem Titel: „Deutsche Gedankenspiele, Bilder aus der vaterländischen Geschichte“, so erzählt das Postblatt, gelangt soeben ein unter dem Protektorat des Kaisers veranstaltetes Buchwerk zur Ausgabe, an dem die namhaftesten Historiker und Künstler mitgearbeitet haben. Bei der Lektüre des Schlusskapitels dieses Wertes, dessen Entstehen der Kaiser mit lebhaftem Interesse verfolgt, hat der Kaiser eine interessante Korrektur vorgenommen. Dieses Kapitel, Kaiser Wilhelm II. behandelnd, ist von Professor Wilhelm Duden geschrieben und bespricht unter anderem die Erwerbung Klautschous. Der Verfasser führt die Wahl gerade dieses Namens auf einen Vorschlag des Bischofs Anzer zurück. Zu der betreffenden Stelle des Satzes hat, wie die „Post“ mitteilt, der Kaiser eigenhändig bemerkt:

Nicht richtig. Ich habe Klautschon gewählt, nachdem ich die Sammler und Behälter hatte rekonstruieren lassen und mir beide als völlig ungeeignet gemeldet waren. Ich nahm nun das Wort von Freiherrn v. Nitschows mit der Karte von China vor und nach Durchlesung seines Aufsatzes über Schantung habe ich mich für den Namen von Klautschon entschieden, da Nitschows Urteil so ungemein günstig für das Hinterland lautete. Anzer hat bei der Entscheidung nichts zu tun gehabt.

Eine wirklich reizende Randbemerkung zu dem Thema von „persönlichen Regiment!“

Wechsel in der Leitung der Reichsbank!

Dr. Richard Koch, der Präsident der Reichsbank, tritt von seiner Stellung zurück. Sein Nachfolger wird der Präsident der Seehandlung, A. Habenstein, die bekanntlich preussisches Staatsinstitut ist, werden.

Dr. Koch ist trotz seines hohen Alters von 73 Jahren noch sehr rüstig. Sein Rücktritt erfolgt sicher nicht allein aus Gesundheitsrücksichten. Vielmehr hat er politische Bedeutung. Die Agrarier wollen wieder einmal die angespannte Lage des Geldmarktes ausnützen, um einen Verlust zur Geldverschlechterung zu unternehmen. Die Regierung zeigt diesen Verlusten gegenüber keine Festigkeit. Es ist ganz bezeichnend, daß dieselbe Regierung, die gegen die Teuerung der Lebensmittel nicht das geringste tun will, weil diese angeblich nur „eine vorübergehende Erscheinung“ ist, sofort eingreift bei der wirklich nur vorübergehenden Erscheinung der „Geldteuerung“. Allerdings handelt es sich bei der Lebensmittelteuerung um vitale Interessen der Volkernahrung und der Volksgesundheit, bei der „Geldteuerung“ aber um kapitalistische und agrarische Profitinteressen. Die Regierung hat daher eine Enquete über die Frage des Gelds, Kredit- und Bankwesens in Aussicht genommen, bei der die agrarischen Kurpfuscher ihre alten Rezepte wieder vorbringen werden.

Der Reichsbankpräsident war aber ein erklärter Gegner aller Geldpischereien und den Agrariern schon lange verhaßt. Solange der freisinnige in Opposition war, fürchtete man die Kritik und das Gerede der Börsenpresse so sehr, um Koch zu verabschieden. In der Wodara kann man rekoluter vorgehen. Vielleicht ist eine Putscherei im Geldwesen die Kompensation, die ja die „Deutsche Tagesztg.“ unablässig für die Zustimmung der Konservativen zur Börsenrevolle verlangt.

Koch war von Hause aus Jurist und hat namentlich über handelsrechtliche Themen Wertvolles geschrieben. Als Leiter der Reichsbank betätigte er die Anschauungen der deutschen Geldwährungsschule, deren theoretische Vertreter vor allem Legis und Log sind.

Kochs Nachfolger wird von der „Deutschen Tageszeitung“ als „unbeschriebenes Blatt“ bezeichnet. Man weiß, daß unsere Agrarier sehr gut auf solchen Blättern zu schreiben verstehen.

Kein Disziplinarverfahren gegen den Hauptmann Dominik.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ demotiert die Meldung des „Berliner Tagebl.“, daß gegen den Hauptmann Dominik ein Disziplinarverfahren eingeleitet sei. Die Unternehmung gegen ihn sei lediglich aus formellen Gründen noch nicht abgebrochen. Belastendes gegen ihn habe sich bis jetzt nicht ergeben.

Die verzückte Tante Voss.

Die „Voss. Ztg.“ meldet, daß der sächsische Minister des Innern Graf Hohenthal am Sonntag eine Abordnung Hirsch-Dundercher Arbeiter empfangen habe, die um Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts petitionierten. Graf Hohenthal versprach „sorgsame Prüfung und Erwägung“ ihrer Wünsche. Nach Schluß der Audienz lud der Minister die Abordnung zum — Frühstück ein. Dazu bemerkt nun die freisinnige Tante mit verzücktem Augenblick:

„Minister und Arbeiter also an einem Tisch! Die preussischen Bureaukraten werden ob dieser Kunde stumm und starr sein.“

In der Tat, welche Ehre ist da den Arbeitern widerfahren! Nicht nur freisinnige Parlamentarier dürfen Willow die Hand schütteln, sogar freisinnige Arbeiter dürfen sich mit einem Minister an eine Frühstückstafel setzen! Wenn das nicht der Ausdruck der „liberalen Aera“ ist!

Leider wird nur bei der „sorgsamten Prüfung und Erwägung“ nichts herauskommen! Das Ministerfrühstück wird die einzige Gabe des sächsischen Ministers an die Arbeiter bleiben!

Aber gleichviel! „Minister und Arbeiter an einem Tisch“ ist das nicht ebensoviel wert, als das gleiche und allgemeine Wahlrecht?

Koloniale Kulturverbreitung.

Herr Dernburg hielt in Oldenburg abermals eine koloniale Kellamerede, die, obwohl sie das offiziöse Depeschenbureau auf acht Spalten wiedergibt, irgend etwas von Belang nicht enthält. Denn daß der Plantagenbau in Ostafrika nicht rentabel ist, war ja schon vorher bekannt.

Originell ist höchstens, daß die Schönheit der ostafrikanischen Damen in Herrn Dernburg einen geradezu schwärmerischen Schüberer gefunden hat. So pries er die spitternackte, aber trotzdem sehr sittenreine schwarze Weiblichkeit wie folgt:

„Menschen von wunderbarem Körperbau und nicht unympathischen Gesichtszügen, die eine unüberwindliche Abneigung gegen jede Art von Kleidung haben, die über einige messingene Arminge oder einige Perlenketten um den Hals hinausgeht. Ein europäischer Bildhauer würde in den wunderbaren Gestalten, die sich mit vollkommener Freiheit und Anmut bewegen, und deren herrliche Muskulatur noch durch das Farbenpiel einer sammetweichen, nahezu schwarzen Haut gehoben wird, ein unermeßliches Studienmaterial finden. Auf diesem Eingeborenenmarkt habe ich Frauen sitzen sehen, die in ihrer ungezwungenen Pose den Vergleich mit Michel Angelos Frauengestalten an den Gräbern der Medicäer zu St. Lorenzo nicht zu scheuen hätten. Das Volk ist gutmütig, nicht sehr intelligent. Es ist verhältnismäßig wahrheitsliebend und sehr sittenrein.“

Und auf dies entzückende Naturvork will Herr Dernburg gleichwohl die mit der Gesittung unserer Kulturträger à la Peters Hand in Hand gehende „Kultur“ der Großen Friedrichstraße loslassen. Er will dem „Handel“ neue Wege erschließen. Und wie sieht dieser Handel nach seiner eigenen Schilderung aus:

„Die kostbarsten aber und vom Eingeborenen begehrtesten Handelsartikel sind, mit Ihrer Erlaubnis, alte Hosen und Röcke, die ihren Weg von der Großen Friedrichstraße bis nach Buloba finden, in großen Lagern dort aufgeschichtet sind und für die die Eingeborenen exorbitante Preise bezahlen, in der dem Regier all überall eigenen Nachahmungssucht.“

Die sittenreineren nackten Idealgestalten will Herr Dernburg also künftig in alte Hosen und Röcke aus der Großen Friedrichstraße stecken!

Welche Kulturverbreitung! —

Das Lied vom guten Kameraden.

In Düsseldorf tagte am Sonntag die Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute. Die Eröffnungsrede des Vorsitzenden, Kommerzienrats Springorum, gestaltete sich, nach der Erledigung der üblichen Geschäftsmitteilungen, zu einer Rundgebung, von programmatischer Bedeutung. Der Redner wies darauf hin, daß die gegenwärtige Zeit mehr als den festen Zusammenschluß der deutschen Eisenhüttenleute nicht nur zur Vertretung der Interessen nach außen, sondern auch zur ordnungsmäßigen Führung der Betriebe und Verwaltungen erfordere. Ohne straff durchgeführte Disziplin könne weder den Anforderungen an die Qualität der Erzeugnisse, noch an die Verantwortung für Leben und Gesundheit der Arbeiter genügt werden. Nur durch unablässige und zielbewußte Arbeit sei unsere Eisenindustrie zu ihrer heutigen Bedeutung gelangt und daher müßten alle Maßregeln, die Arbeitskraft einzuschränken, als durchaus verfehlt bezeichnet werden. Dann heißt es:

„Wir müssen aber auch unbedingt das Recht für uns in Anspruch nehmen, unsere Betriebe so einzurichten und zu organisieren, wie wir es für richtig halten, und auch die Versuche der Einmischung früherer Zigarrenarbeiter oder sonstiger Vermittler in unsere Betriebsverhältnisse ablehnen, selbst wenn wir uns dadurch in heutiger Zeit häufiger genannenen Vorwurf des „Herrenhandpunktes“ zuziehen. Wir können einen solchen Vorwurf so leicht ertragen, als tatsächlich bei keinem von uns ein Zweifel obwalten wird, daß auf unseren Werken alle, vom jüngsten Arbeiter bis zum obersten Leiter herauf, eine große Kameradschaft bilden, in der ein jeder Gelegenheit hat, je nach seinen Kräften am Gelingen mitzuwirken und nicht nur seine Arbeit, sondern auch sein persönliches Wohl zu fördern. Und daß auch die rein menschliche Seite dabei nicht zu kurz kommt, wie es die uns feindlichen, von außen an unsere Werke sich herandringenden Kräfte immer wieder zu behaupten wagen, dafür sprechen lauter als alles andere die zahlreichen Fälle, in denen Arbeiter und Beamte, wenn es galt, gegenseitig ohne Zögern das eigene Leben für die Rettung des andern einsetzten.“

Nachdem in letzter Zeit — namentlich durch die Denkschrift des Metallarbeiterverbandes und durch die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten — das Elend der in der schweren Industrie beschäftigten Arbeiter, das verschärft wird durch die Gewalttätigkeit der Unternehmer, offenbar geworden ist, lieben es die Nachthaber im Reiche der Schöte, sich als die aufopfernden Freunde der Arbeiter aufzuspielen und öfter als je hört man jetzt aus diesen Kreisen das Lied von dem guten Kameraden, als ob die Zehnten, Aueg und Genossen mit ihren Arbeitern auf Du und Du ständen, mit ihnen den letzten Pfennig teilen und jeden Augenblick für sie durchs Feuer gingen. Die Herren Eisenhüttenleute sollen sich nicht lächerlich machen; wenn sie derartige Reden zur Verschönerung ihrer Versammlungen und Feste halten zu müssen glauben, dann sollten sie wenigstens dafür sorgen, daß die Kunde von derartigen Komödien nicht über den Kreis der Liebhaber hinausdringt — denn die Geschichte ist zu albern. Mit welcher Objektivität die Herren ihre Sache führen, zeigt der Hinweis auf die „Einmischung früherer Zigarrenarbeiter“. Zunächst einmal sorgen die Arbeiter schon dafür, die Vertretung ihrer Sache möglichst auch Verfassungskassen zu übertragen, dann aber: Warum soll ein früherer Zigarrenarbeiter nicht ebensoviel von der Eisenindustrie verstehen, wie z. B. Herr Beumer, der ehemalige Schulmeister, oder Herr Krupp von Bohlen-Galbach, der ehemalige Legationsrat? —

Nationalliberale Wahlreform.

Eine Vertrauensmännerversammlung der nationalliberalen Partei des Wahlkreises Bochum-Gelsenkirchen-Bitten faßte nach einem Vortrag des Landtagsabgeordneten Geheimrat Luskens den Beschluß, die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses zu verlassen, entschieden für eine Reform des Landtagswahlrechts einzutreten auf folgender Grundlage: Neue Einteilung der Wahlkreise; Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems, der indirekten Wahl und der öffentlichen Stimmgabe; Einführung der obligatorischen Stimmabgabe; ferner Einführung des Mehrstimmenswahlrechts unter Berücksichtigung von Alter, Besitz, Bildung und Geschäftigkeit.

Das heißt: an dem verhassten Gewande des alten Selbstwahlrechts sollen einige alte Fäden durch neue ersetzt werden! —

Im badischen Landtag.

versprach die Regierung, das in Baden noch bestehende Diktat auf Fleisch aufzuheben, wenn der Landtag in einen Steuerjahre von 12 Pf. vom Hundert für das Vermögenssteuergesetz einwilligt. Die Budgetkommission plädierte für 11 Pf. — Der sozialdemokratische Antrag auf Entschädigung der Schöffen und Geschworenen wird von der badischen Regierung nur dann im Bundesrat bejehört, wenn ein einmütiger Beschluß des Landtages vorliegt. Eventuell soll eine landesgesetzliche Regelung der Frage erwogen werden. — Die amtlichen Inzerate, welche bisher nur den sogenannten Amtsverköndigern, also den regierungsfreundlichen Blättern, zugehen, werden künftig auch anderen Blättern zugestuft; als Beilagen können sie von den Druckereien der Amtsverköndiger bezogen werden. Haben die Amtsverköndiger nur eine geringe Auflagenzahl, so ist mit dem weitverbreiteten politischen Blatte eine entsprechende Abmachung zu treffen. Dabei müßten natürlich die auch in Baden stark verbreiteten sozialdemokratischen Blätter in Betracht kommen. Auf dieser Grundlage macht jetzt die Regierung einen Versuch und teilt in einigen Monaten das Ergebnis dem Landtage mit. — Der von unseren Genossen eingereichte Antrag auf Abänderung der badischen Gemeinde- und Städteordnung sieht Befestigung der auch noch in Baden bestehenden Dreiklassenwahl und direkte Wahl der Bürgermeister und Stadträte bzw. Gemeinderäte durch die Kommunalwähler vor. —

Döpreussische Sozialistenbekämpfung.

Unter dieser Epithete wurde in Nr. 24 des „Vortwärts“ berichtet, wie in einem Dorfe des Kreises Angerburg bei der letzten Reichstagswahlagitation der Dorfschullehrer sich in eine Wohnung geschlichen, dort sich ein Paket sozialdemokratischer Flugblätter und Stimmzettel angeeignet und es einem gleichfalls staatsretternden Kaufmann übergeben hatte, der es kurzerhand verbrannte.

Die Genossen hatten Strafantrag wegen Diebstahls und Hehlerei bei der Staatsanwaltschaft gestellt, worauf der Lehrer und der Kaufmann zu je einer Woche Gefängnis wegen Diebstahl und Hehlerei vom Angerburger Schöffengericht verurteilt wurden. Die beiden Ordnungsgeldern legten auf den Rat ihres Verteidigers Berufung ein. Wie vorauszu sehen war, mit Erfolg. Die Strafkammer zu Lyck, die sich am 6. d. M. mit dieser Diebstahlsgeheime beschäftigte, erachtete Diebstahl bzw. Hehlerei nicht für vorliegend, sondern erblickte in dem Einschleichen in eine fremde Wohnung, woraus eine fremde bewegliche Sache entwendet und vernichtet wurde, nur Sachbeschädigung, bzw. Verhülle dazu. Die Strafkammer verurteilte die Angeklagten zu je fünf Mark Geldstrafe!

Wie das aber eine unbändige Freude im Dorfe bei den staats-erhaltenden Einwohnern gewesen sein, daß gleich ihnen auch ein preußisches Gericht sozialdemokratisches Eigentum so gering einschätzte! —

Die Wahlrechtsdemonstrationen in Sachsen.

Ueber den Verlauf der Wahlrechtsversammlungen des Sonntags in Dresden wird uns von dort noch geschrieben:

Die sechs Massenversammlungen, die in den größten Sälen der Stadt stattfanden, waren überfüllt. Alle Säle waren abgesperrt, Hunderte fanden keinen Einlaß, obwohl die Polizei Anweisung hatte, in die Säle hineinzulassen, was nur irgend hineinging, damit Ansammlungen auf der Straße vermieden würden. Begeisterung und Kampfeslust erfüllte die versammelten Massen. Straßendemonstrationen sollten nicht stattfinden. Die Massenversammlungen an sich bildeten schon einen wichtigen Protest, der den Herrschenden von der Volkstimmung laute Kunde gab.

Starke Besuche Versammlungen werden gemeldet aus Bautzen, Zittau, Ebersbach, Freiberg, Walden, Gwidau, Verdau, Grimmitzschau, Kirchberg, Reichenbach, Falkenstein, Plauen, Oelsnitz, Falkenstein, Wittweba, Frankenberg, Ehrenfriedersdorf, Johanngeorgenstadt, Wilsdorf, Auerbach, Oberlungwitz, Meerane, Waldheim, Reubitz, Buchardtendorf, Glauchau, Leisnig, Gerdsdorf, Gelsenau, Rohnitz, Schneberg, Burgstädt, Döbeln, Plöha, Geringswalde, Göppersdorf, Gräna, Hartz, Lichtenslein, Limbach, Schwarzenberg, Schönheide, Zschopau, Thum.

Frankreich.

Die Portefeuilleketter.

Paris, 8. Dezember. (Fig. Ver.)

Die Regierung hat sich rasch entschlossen, Rettungsmaßregeln — nicht etwa für die durch den Kammerbeschlus über die Reservistenübungen angeblich bedrohte nationale Verteidigung, sondern für ihren eigenen Weiterbestand zu ergreifen. Die Reform, die sie dem Senat vorschlägt, enthält alle Hauptbestimmungen des Kammerbeschlusses: Abkürzung der Reservistenübungen auf 21 und 15 und der Landwehrübung auf 7 Tage. Nur sollen künftig die Erlassungen und Aufschübe abgeschafft werden, und zum Uebergang sollen die Reservisten, die nur ein Jahr gedient haben, im Jahre 1908 auf 28 Tage einrücken. Als Entschädigung der Familien der Eingetückten werden 75 Centimes täglich und 25 Centimes für jedes Kind bezahlt werden, doch nur im Maximum. In keinem Falle soll die Entschädigung mehr als 12 Prozent des täglichen Einkommens des Eingetückten betragen!

In der Senatskommission hat der Kriegsminister erklärt, daß die Abkürzung der Übungen die Qualität der Armees nicht verschlechtern werde, namentlich bei besserer Ausnutzung der Zeit. Dasselbe gilt nun auch General Langlois im „Temps“ zu. Man sieht, wie wenig ernst die Warnung Picquarts und der Generalität zu nehmen waren. Angesichts der Gefahr, die die Wählerwut der bürgerlichen Mehrheit dem Ministerium androhte, sind alle „patriotischen“ Vengle verfloren. Da die Gemäßigten alles Interesse daran haben, die Regierung Clemenceau, die den bürgerlichen Radikalismus vollständig demoralisiert, ihr Werk vollenden zu lassen und zu warten, bis die Wiederkehr einer Blockregierung im Stille Combès unmöglich ist, hat die Regierung wieder Luft bekommen. Sie lebt von der Entnerbung der Radikalen, von der Spekulation der Reaktionäre und vor allem von ihrem Grundfah, daß das Leben der Güter höchstes ist. —

Belgien.

Die Anneziionsvorlage.

Brüssel, 8. Dezember. (Fig. Ver.)

Mit ihrem Votum vom Dezember vorigen Jahres hatte die belgische Kammer bezüglich der Kongo-Annektion noch zwei Richtungen hin ihren Willen festgelegt:

1. Der von der Regierung vorgelegene Gesetzentwurf hat sich nur auf die Durchführung der Uebernahme selbst und die für sie erforderlichen Maßnahmen zu beschränken;

2. Die Kammer behält sich vor, in voller souveräner Freiheit die Verwaltung der Kolonie zu regeln.

Als wesentliches Merkmal des jetzt der Kammer übermittelten Uebernahmeprojektes ist nun aber zu verzeichnen, daß die Vorlage in eklatanter Weise diese Willensäußerung mißachtet! Statt einer einfachen Festlegung der Uebernahmbedingungen werden Belgien eine Reihe von Verpflichtungen, betreffend die Respektierung der vom König geschaffenen Einrichtungen, „für ewige Zeiten“ auferlegt! Unter diesen Einrichtungen befindet sich in erster Linie

jene berühmte Kronendomäne, die den besten Teil der Kolonie einschließt und ein zehnmal so großes Gebiet wie Belgien umfaßt. Die näheren Bestimmungen, die der Anney enthält, liegen der Öffentlichkeit noch nicht vor, doch ergibt sich aus dem Motivenbericht, daß u. a. die Verwaltung der Kronendomäne in den Händen des Königs verbleibt, die Beamten vom König ernannt werden. Durch die betreffenden Bestimmungen für die Zukunft ist dafür gesorgt, daß der Wille des Königs auch nach seinem Tode weiter wirkt!

Als eine markante Einzelheit ist ferner zu verzeichnen, daß ein Teil der Einnahmen der Kolonie, fast für ihre Weiterentwicklung verwendet zu werden, dem öffentlichen Bautenwahnsinn zu dienen hat, den Leopold in Belgien inaugurierte und der ihm von seinen offiziellen Lobhüdlern stets als großzügige Herrschertugend angerechnet wird. — Zum Punkte Kronendomäne wäre auch noch beizufügen, daß auch gegen die Erhaltung dieser Gründung das Parlament in der schärfsten Weise und durch Wortführer aus allen Parteien sich ausgesprochen hat! —

Selbstverständlich löst der König als geriebener Geschäftsmann seine Ware, von der er bekanntlich lange schon die Sahne fürsorglich abgeschöpft hat, im ärgsten Klammestil anpreisen. Der weit-schweifige Motivenbericht, mit patriotischen Krabben überreichlich umfümt, weiß nur von dem Glück und dem glänzenden Geschäft zu erzählen, das Belgien durch die Uebernahme der Kolonie macht! ... Wer an diesem „Glück“ und „glänzenden Geschäft“ zweifeln sollte, dem wird das Budget der Kongokolonie verführerisch unter die Nase gehalten. Und wirklich: das Budget für 1908 stellt sich dem etwa beunruhigten Steuerzahler als ein fast im Gleichgewicht befindliches dar! Daß dieses Gleichgewicht in erster Linie der Zwangsarbeit der ausgebeuteten Neger geschuldet ist (drei Viertel der Einnahmen stammen aus der Negerarbeit), das föhrt die Begeisterung der offiziellen Lobhüdlern nicht, wie denn überhaupt die Bearbeiter des Projekts sich aus den Berichten der offiziellen Untersuchungskommission wohlweislich die Kosten herausgelobt haben, wogegen ihnen von den von der Kommission — als einem gewiß unbedächtigen Zeugen — festgestellten schreien-den Mißständen: von der Konfiskation des Bodens der Eingeborenen, von den berüchtigten Strafexpeditionen, von dem Geiselsystem und überhaupt dem ganzen Vergewaltigungssystem, dem die Kolonie eben ihr glänzendes Budget verdankt, nichts bekannt zu sein scheint, abgesehen das Parlament sowie eine Reihe aufsehenerregender Publikationen (vor allem das Callier'sche Buch) darum genug Lärm gemacht haben. Da aber weder die Kammer die Erhaltung des bisher geübten Leopoldinischen Systems gutheißen kann, noch die ausländischen Mächte es tolerieren würden — man weiß, welche Haltung England einnimmt —, so wird statt des schmiedlerischen Gleichgewichts im Budget den Belgiern alsbald die Rechnung zur Begleichung von 15 bis 20 Millionen Frank jährlich präsentiert werden. So steht bei näherer Betrachtung das gepriesene „glänzende Geschäft“ aus, das Belgien mit der Annektion zu machen im Begriff ist.

Der noch nicht erschienene Anney zu dem bisher vorliegenden Motivenbericht, auf den sich dieser bezieht, wird das Bild noch vervollkommen. Soviel ergibt sich indes schon heute, daß das Geschäft bei der Annektion einzig der schlaue Koburger gemacht hat, der den Belgiern heute mit dem gnädigen Geschenk der Kolonie Schuldenlasten und jäwete Ausgaben aufhals. Und all dem steht noch gegenüber, daß der Entwurf in seiner Grundfassung dem Votum der Kammer widerspricht, die ja im Februar auf diese Herausforderung und auf das ganze Gescheh zu antworten haben wird. . . .

Paris, 10. Dezember. (W. T. V.) Anlässlich des der belgischen Kammer unterbreiteten Gesetzentwurfes betreffend die Uebernahme des Kongostaates finden zwischen der belgischen und französischen Regierung Verhandlungen statt, durch die sich Frankreich das ihm zugesicherte Vorzugsrecht auf den Kongostaat auch für die Zukunft sichern will. Man glaubt, daß diese Verhandlungen bald zum Abschluß eines dem vom Jahre 1895 identischen Abkommens führen werden. —

England.

London, 10. Dezember. Der Marinevoranschlag für das Jahr 1908/1909 wird, wie der „Standard“ meldet, eine Herabsetzung des Bauprogramms für Schlachtschiffe auf nur eins oder zwei aufweisen. Es sollen dagegen drei oder vier leichte Kreuzer neuen Typs von großer Geschwindigkeit und mit einer Hauptarmierung von 23,37 Zentimeter-Geschützen sowie eine Anzahl Torpedobootzerstörer als Ersatz für alte Fahrzeuge gebaut werden. —

Rußland.

Die Finanzen des Reiches sollen, wie der Finanzminister Kofozoff gestern (Dienstag) in der Duma bei Erörterung des Budgets lang und breit auseinandersetzte, aufs beste bestellt sein. Zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben fehlen angeblich „nur“ 195 Millionen Rubel, die sich die Regierung durch Anleihen zu beschaffen versuchen will! —

Schon bevor Kofozoff der Reichsduma seinen wohlfeilfertigen und schön kolorierten Bericht erstattete, hat sich die Öffentlichkeit mit dem neuen russischen Budget beschäftigt und dem Finanzminister vorgeworfen, daß er allerlei nicht einwandfreie rechnerische Manipulationen angewandt habe, um das Defizit bedeutend geringer erscheinen zu lassen, als es in Wirklichkeit sei.

Wir denken, es wird dem listerischen Kofozoff nicht erspart bleiben, sich über diese Angelegenheit zu äußern. —

Agrarunruhen.

Die Brandstiftungen auf den Herrngütern, die während des letzten Jahres niemals ganz aufhörten, haben in letzter Zeit wiederum einen wahrhaft epidemischen Charakter angenommen. Im Kreise Maloarchangel's (Gouvernement Orel) sind Duhende von Gutsgeländen eingekerkert. Die Gutsherren flüchten in panischer Hast in die Städte. Im Kreise Kofeleh (Gouvernement Tschernigoff) fanden mehrmals Brandstiftungen statt: auf den Gütern der Fürstin Lieben, der Baroness v. Weyendorf, des Fürsten Kotschubeh, im Kreise Konatop beim Fürsten Wolynsk usw.; im Kreise Gostomoron auf dem Gute der Gräfin Jusupoff. Im Gouvernement Woroneß haben die Brandstiftungen mit Nacht wieder eingesetzt. Ähnliches wird aus dem Gouvernement Samara und Kurs! gemeldet. —

Serbien.

Belgrad, 10. Dezember. Sämtliche Galerien der Skulptur waren gestern überfüllt. Man erwartete die Beantwortung der Interpellationen über die Ermordung der beiden Rosalowitz in der Polizeipräfektur. Indessen blieb diese aus, da kurze Anfragen viel Zeit bräuheten. Der Sozialist Laptichewitz schlug vor, die Skulpturhalle solle die Auflösung der zweiten russischen Duma und die Verfolgung der früheren sozialistischen Abgeordneten verurteilen. Der Präsident wies zwar diesen Antrag zurück, aber aus dem Schweigen sämtlicher Abgeordneten konnte man entnehmen, daß sie dies billigten. —

Marokko.

Die Hafenpolizei.

Mit der französisch-spanischen Hafenpolizei soll es angeblich ernst werden. Pariser Blättern wird aus Rabat gemeldet, daß

Abdul Aziz den Gouverneuren der marokkanischen Häfen dringende Befehle und Instruktionen gesandt habe, sofort die französisch-marokkanische Hafenpolizei einzuführen.

Gleichzeitig wird halbamtlich aus A b a t berichtet, daß zwischen den Vertretern des Sultans Ben Sliman und der französischen und spanischen Gesandtschaft ein Abkommen vereinbart worden ist, das neben minder wichtigen Bestimmungen auch die folgende enthält: Die Polizei soll in allen Häfen sofort organisiert werden.

Beiden Meldungen fehlt die Angabe, wie die Polizei organisiert werden soll. Wie es die Akte von Algier vorgeschreibt oder wie es Frankreich seinerzeit in seiner zu Beginn der Marokko-Expedition den Mächten überreichten Note vorschlug? Aus Marokkanern unter französischen und spanischen Vorgesetzten oder aus französischen Soldaten? Der Ausdruck ist in der ersten Meldung: „französisch-marokkanische Hafenpolizei“ konnte für die erste Lesart gedeutet werden — die zweite Nachricht enthält gar keinen Anhaltspunkt für die Frage: Sollte Abdul Aziz sich für die französische Anleihe, zur Annahme französischer Besatzungen in den Häfen bereit erklärt haben? Marokkanische Polizei unter französischen Offizieren wieder erscheint angesichts der Lage als unmöglich. Ist Abdul Aziz zu dem General Chauchey ihre Unterwerfung angeboten. Die Operationen wurden darauf eingestellt, um den Stämmen Zeit zu lassen, die Bedingungen ihrer Unterwerfung kennen zu lernen.

Afrika.

Kriegszustand.

London, 9. Dezember. Wie dem Reuterschen Bureau aus Durban gemeldet wird, ist in den nördlichen Distrikten der Provinz Natal der Kriegszustand erklärt worden.

Pietermaritzburg, 10. Dezember. Der verhaftete Häuptling Dinizulu ist gestern abend in Rongoma angekommen und den Zivilbehörden übergeben worden.

Amerika.

Die Finanzen der Vereinigten Staaten.

Die Bundesinnahmen im letzten Fiskaljahr, endigend am 30. Juni 1907, betrugen 846 725 399,02 Dollar, die Ausgaben betrugen 762 488 753,32 Dollar, mithin wurde ein Ueberschuß von 84 236 595,70 Dollar erzielt.

Die öffentlichen Schulden der Vereinigten Staaten beliefen sich auf 2 457 188 061,54 Dollar, die Kassenbestände des Schatzamtes auf 1 688 027 088,83 Dollar. Verglichen mit dem Fiskaljahre 1906 sind die Bundesinnahmen um 84 338 435 Dollar gestiegen, die Ausgaben um 25 771 171,31 Dollar.

Gewerkschaftliches.

Ein Eisenstirner!

In der Zeit, in der ein glücklicher Zufall der Arbeiterchaft die heimlichen Pläne der sich sozial gebärdenden Scharmacher enthüllt, wirkt es förmlich erfrischend, derselben auch das Bild eines strapallos seine Karren aufdeckenden Arbeiterfeindes vorführen zu können.

In der letzten Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“ schlägt ein solcher dem Unternehmertum die Offensive gegen die Arbeiter vor, indem er folgendes schreibt:

„Haben die Arbeiter das Recht der Offensive, so haben die Unternehmer dieses gleichfalls. Ein anderer Standpunkt befördert die in der öffentlichen Meinung häufig zutage tretende Ansicht von einer Ausnahmestellung der Arbeiterchaft, welche den übrigen Ständen, insbesondere dem Unternehmertum gegenüber, zu bevorzugen und besonders zu verhätscheln ist. Dieser Auffassung, welche auf die Dauer geradezu zu einer Verwirrung der klaren Begriffe führt, dürfen die Arbeitgeber keinen Vorzug leisten.

Die Unternehmer müssen ebensogut wie die Sozialdemokraten nach einheitlichem Plan vorgehen, sie müssen „zielbewußt“ handeln. Haben die Sozialdemokraten das Ziel, das Unternehmertum möglichst zu ruinieren und zu beseitigen, so müssen die Unternehmer das Ziel haben, die Sozialdemokratie und deren Gewerkschaften zu Boden zu werfen und zu vernichten. Gehen die Sozialdemokraten namentlich in Zeiten günstiger Konjunktur zum Angriff über, so müssen die Unternehmer namentlich in den Zeiten des Arbeiterüberflusses zum Angriff übergehen. Es ist danach zu streben, den sozialdemokratischen Gewerkschaften in solchen Zeiten mindestens das an Mitgliederzahl wieder zu nehmen, was sie in Zeiten der Konjunktur gewonnen haben, andernfalls wird sich die Position des Unternehmertums immer weiter verschlechtern. Ganz analog dem Vorgehen der sozialdemokratischen Verbände müssen die Unternehmer vermeiden, Streitfragen ausgesprochen zum Streitobjekt zu machen. Man muß vielmehr analog Forderungen auf Lohnherabsetzung, Arbeitszeitverlängerung usw. aufstellen. Wenn die sozialdemokratischen Verbände verlangen, daß nur Leute ihrer für das Gemeinwohl so wertvollen Bestimmung in den Betrieben beschäftigt werden, so wird man auch das Verlangen der national geistigen Arbeiterchaft, nur mit ihrer gleichen zusammenzuarbeiten, erforderlichensfalls durch Aussperrungen unterstützen müssen. Ganz analog dem sozialdemokratischen Verfahren wird man, wenn man einmal mit Forderungen gegenüber den sozialdemokratischen Verbänden durchgedrungen ist, die günstige Gelegenheit auszunutzen und alsbald mit neuen Forderungen kommen müssen. Hierbei wird man darauf ausgehen müssen, die sozialdemokratischen Kräfte durch ein System von Aussperrungen zu erschöpfen und nach deren Erschöpfung erst recht mit Aussperrungen vorgehen müssen, da sie dann rascher und einfacher denn je durchzuführen sind.

Bei allen Arbeitskämpfen ist aber darauf zu sehen, daß die betroffenen Elemente der Arbeiterchaft von den sozialdemokratischen Verbänden möglichst getrennt werden. Man muß Gegenkräfte unter den Arbeitern schaffen und die nichtsozialdemokratischen Verbände auf die Seite der Unternehmer zu bringen suchen. . . . Im Laufe einer Aussperrung werden sich die Sozialdemokraten dann schon von selbst den Aussperrten anschließen, ebenso werden sich häufig einzelne Arbeiter von den Aussperrten absondern, um wieder zu arbeiten. Bei einer durchgreifenden Aussperrung wird sich der Stamm der Arbeitswilligen immer mehr vergrößern, bis schließlich ein allgemeines Weggang der Aussperrten nach den freien Stellen eintritt. Die sich zuletzt Meldenden, ohne Zweifel die fanatischsten Anhänger der Sozialdemokratie, sollte man auf dem betr. Werk überhaupt nicht wieder einstellen.“

Diese herzerfrischende Offenheit geht selbst der wahrlich nicht blöden „Arbeitgeber-Zeitung“ zu weit. Sie deckt dieselbe nicht redaktionell, sondern verweist sie unter die „Stimmen aus Arbeiterkreisen“, für die die Redaktion keine Verantwortung übernimmt. Daß aber die Redaktion

sie überhaupt nicht rundweg abhört, ist schon bemerkenswert. Entweder stammen die Ausführungen von einflussreicher Seite oder entsprechen der Herzensmeinung dieses Hegeblatt-Unternehmens. Jedenfalls läßt diese „Stimme aus Arbeiterkreisen“ die Arbeiter ahnen, was ihrer in der Krise wartet.

Saltet doppelt fest an Eurer Organisation!

Berlin und Umgegend.

Arbeiterauswahlgewahl bei der A. C. G.

Am 13. Dezember finden in den Kabel- und Automobilwerken der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Ober-Schöne weide die Arbeiterauswahlgewahl statt. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband legt diesen Wahlen einen besonderen Wert bei, weil sie ihm als Stadtmesser dafür dienen sollen, wie weit die Bestrebungen der gelben Gewerkschaften in jenen Werken auf Erfolg rechnen können. In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der genannten Betriebe, die im Wilhelmshof in Ober-Schöne weide stattfand, referierte Wolf Cohen über die kommenden Wahlen. Er forderte die Versammelten auf, nicht zu geben, daß das Giftgewächs der Gelben nicht zu sehr ins Kraut schießt. Ein Arbeiterauswahlgewahl sei von großer Wichtigkeit in einem Werke, aber es komme auf seine Zusammensetzung an, ob er im Interesse der Arbeiterchaft wirken könne, und es komme ferner darauf an, was er hinter sich habe, ob er sich auf eine organisierte klassenbewußte Masse stützen könne. Davon hänge es ab, welchen Respekt der Arbeiterauswahlgewahl bei der Direktion des Werkes sich zu verschaffen imstande ist. Die Unternehmer wissen die Macht ganz genau abzuschätzen, mit der sie auf Seiten der Arbeiter rechnen müssen und Sache der Arbeiter ist es, diese Macht zu stärken und einen Ausbruch zu wählen, von dem sie sehr überzeugt sein können, daß er ihre Interessen unerträglich vertritt. Bisher konnte man sicher darauf rechnen, daß bei der A. C. G. die Arbeiter die Kandidaten ihrer freien Gewerkschaft hochhalten würden; alle anderen Einflüsse wurden zurückgedrängt. Seit einiger Zeit muß man aber beobachten, daß die gelben Gewerkschaften mit der größten Aufdringlichkeit versuchen, in den Betrieben Boden zu gewinnen. Das dürfen die Arbeiter nicht dulden. Die Gelben sind ihre Feinde, sind Verräter an der ehrlichen Sache der Arbeiter und stehen im Solde der Unternehmer, die ihnen gern allerlei Zuwendungen und Unterstützung gewähren. Diese Gelben haben Listen zur Wahl aufgestellt, aber sie wollen nicht etwa eine ehrliche klare Abstimmung machen, — nein, sie kämpfen aus dem Hinterhalte, sie lauern auf jede kleine Schwäche und Unachtsamkeit ihrer Gegner, um Vorteile daraus zu gewinnen. Sie behaupten, daß die Kandidaten des Verbandes nicht wählbar seien, weil sie noch „nicht lange genug“ im Betriebe wären; es kommt den Gelben auf Lügen und Entstellungen niemals an, darum muß man stets auf der Hut sein. Cohen erklärte, daß ihm die Direktion die Zusicherung gegeben habe, daß die Wahlen nicht anders als im vorigen Jahre vorgenommen werden sollten. — Er charakterisierte die Gelben noch näher und meinte, daß sie gar nicht bestehen könnten, wenn sie nicht von den Unternehmern großzügig unterstützt würden. Der Deutsche Metallarbeiterverband wird sie sicher überwinden, aber man darf ihre Wählbarkeit nicht unterschätzen. Sie sind da, um in den festen Kern des Verbandes einen Keil hineinzutreiben; man will die organisierte Arbeiterchaft durch die Gelben korrumpieren. Das weitgehendste Mißtrauen ist den Arbeitgebern gegenüber am Platze, wo Gelbe angestellt sind. Der Redner besprach ihre Tätigkeit in dem gegenwärtigen Dreherstreik bei der A. C. G. Daß es unsfähige Leute sind, die an Stelle der 19 streikenden Dreher angestellt wurden, erklärt daraus, daß man für jene 19 schon über 50 Mann probiert hat und daß man den Verband schon fünfmal ersucht hat, doch endlich den Streik aufzugeben, mit der Motivierung: „es nütze ja doch nichts“. Trotzdem ist man stets sehr aufgebracht, wenn im „Vorwärts“ bekannt gemacht wird, daß der Streik noch fortbesteht. — Es ist sehr notwendig, daß die Direktion erfährt, wie die Masse der Angestellten über die Gelben denkt. Das kann jeder am Wahltag zeigen, wenn er seine Stimme den Kandidaten der freien Gewerkschaften gibt. Vom Ausfall der Wahlen hängt sehr viel ab; der Verband will erkennen, was er in den nächsten Jahren zum Besten der Arbeiter in diesen Betrieben zu tun vermag. — Die Rede Cohens wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion wurden Zweifel laut, ob man der Erklärung der Direktion, sich bei den Wahlen nicht anders zu verhalten wie in dem vorigen Jahre, trauen dürfe. Es wurde bemerkt, daß die Kandidaten, die am 1. Mai gewählt haben, von der Liste gestrichen seien. Die Gelben seien in der letzten Zeit überall begünstigt worden. Meister und Werkführer agitieren für sie. Für den Verband werde jede Agitation überflüssig sein, für die Gelben aber sei alles erlaubt. Die Tisch-Dunderschen versuchen ebenfalls, eine eigene Liste aufzustellen. Von allen Rednern wurde hervorgehoben, daß es Pflicht eines jeden erusten, denkenden und klassenbewußten Arbeiters sei, für die Kandidaten des Verbandes einzutreten. — Entgegen der gehegten Erwartung, daß die so scharf angegriffenen Gelben sich verteidigen würden, meldete sich niemand von ihnen zum Wort.

Deutsches Reich.

Sie wollen nicht!

Die von den ausgesperrten Stoffwebern in Krefeld nachgesuchte mündliche Verhandlung wurde von dem Arbeitgeberverband der Seidenindustrie abgelehnt unter dem Vorwande, daß die Konkurrenz auf dem Weltmarkte und die Gefährdung der Krefelder Industrie es nicht gestatte, höhere Löhne zu zahlen, und daß in den letzten Jahren nicht unerhebliche Lohnaufbesserungen eingetreten seien. Die Fabrikanten geben den Arbeitern anheim, die Arbeit wieder aufzunehmen, damit der Aussperrungsbeschluß wieder rückgängig gemacht werden könne.

Abwehrkampf der sächsischen Strumpfwirker. In Gornsdorf im Erzgebirge haben am Sonnabend ca. 400 Arbeiter und Arbeiterinnen der Strumpfwirker, welche sich auf vier Betriebe verteilen, das Arbeitsverhältnis gekündigt. Wenn eine Einigung während der 14-tägigen Kündigungsfrist nicht zustande kommt, werden wenige Tage vor Weihnachten die Arbeiter in den Streik treten. Am Tage des „Friedensfestes“ werden in dem kleinen Ort Kapital und Arbeit sich auf das heftigste bekämpfend gegenüberstehen. In den letzten Jahren haben die Unternehmer der Strumpfwirker enorme Gewinne eingeheimst. Große Fabriken entstanden in den Gebirgsdörfern, alle bestehenden wurden erweitert. Neue Maschinen wurden aufgestellt und die Nachfrage nach Arbeitern war groß. Die Kreunde der Unternehmer äußert sich rückhaltlos in ihrer Presse. Selbstverständlich versuchen auch die Arbeiter diesen günstigen Geschäftsgang auszunutzen. Sie hatten jahrelang infolge der Jollipolitik ihre Arbeitskraft nur unter außerordentlich ungünstigen Bedingungen verkaufen können. Not und Sorgen hatten sie durchkosten müssen. Mit Hilfe des Verbandes erzwangen sie sich in den letzten Jahren den Jahreslohnentag und Lohnerhöhung. Die Konjunktur hat nun, ganz besonders nach dem Crash in Amerika, etwas nachgelassen. Noch sind die Fabriken voll beschäftigt. Die Aufträge genügen noch bis 2. Quartal 1908. Trotzdem kommen die Unternehmer schon mit Lohnreduktionen. Auch der geringste durch Abflauen der Konjunktur entstehende Gewinnausfall soll auf den Arbeiter abgewälzt werden. Am Lohne werden sich die Unternehmer schablos halten. In einer Zeit der höchsten Lebensmittelpreise soll der Arbeiter bis zur Höhe von 20 Proz. auf seinen ohnehin lächerlichen Verdienst verzichten. Dagegen haben die Arbeiter sich zur Wehr gesetzt. Streikversammlungen und Korrespondenzen öffentliche Versammlungen haben stattgefunden. Hoffen wir, daß es recht bald den Arbeitern gelingen möge, das Attentat auf ihre Lebenshaltung zurückzuweisen.

Keine Einigung in der Metallindustrie.

Die Einigung der Wiesenthal'schen Sonderorganisation mit dem Metallarbeiterverband ist als gescheitert zu betrachten.

Auf der außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes in Dresden — so nennt sich die Sonderorganisation, die von 16 Delegierten besonders aus Berlin und Dresden besucht ist — wurde nach langer Debatte eine Resolution mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen, in der beschlossen wird, in Einigungsverhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband überhaupt nicht mehr einzutreten. Eine andere etwas gemäßigtere Resolution war vorher mit Stimmengleichheit abgelehnt worden.

In der vorhergehenden längeren Debatte erging man sich teilweise in derartig gehässigen und beleidigenden Ausführungen, daß selbst der Vorsitzende zur Mäßigung und sachlichen Diskussion mahnen zu müssen glaubte. Einzelne Redner erklärten, bei einer eventuellen Einigung die „Konsequenzen ziehen zu wollen“.

Vor dem Verbandstage haben Verhandlungen in Berlin zwischen dem Parteivorstande, dem Metallarbeiterverband und den Vertretern der Wiesenthal'schen Organisation stattgefunden, in denen die Wiesenthal'schen ihre Einigungsbedingungen formulierten, die dann vom Vorstande des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart erwogen wurden. Der Metallarbeiterverband machte dann auf Grund der Vorschläge seinerseits Vorschläge, die aber, wie oben berichtet, von den Wiesenthal'schen nun abgelehnt wurden.

Damit ist nun an dem Widerstande der Wiesenthal'schen Organisation die eingeleitete Einigungsaktion des Parteivorstandes, der ja im Auftrage des Wiener Parteivorstandes handelte, gescheitert.

Nirgends wäre eine Einigung wohl notwendiger gewesen als in der Metallindustrie, die geradezu eine Musterkarte der verschiedensten Arbeiterorganisationen aufweist und in weit größerem Maßstabe als andere Verufe auch als Tummelplatz der „Gelben“ dient. Das Verhalten dieser um Wiesenthal ist im Angesicht dieser Verhältnisse geradezu unverantwortlich.

Tariffbewegung der Leipziger Brauer.

Im April 1908 läuft der Tarifvertrag der Brauer und Brauereiarbeiter ab. Eine Versammlung stellte deshalb eine Reihe Forderungen auf, die als Grundlage für einen neuen Tarif dienen sollen, der auf höchstens zwei Jahre, nicht wie der letzte auf fünf Jahre, abzuschließen ist. Unter anderem soll der Wochenlohn für Brauer und Brauereiarbeiter 32 bis 34 M., für Brauereihilfsarbeiter 26 bis 29 M. und für Arbeiterinnen 16 bis 18 M. betragen. Den kleinen Brauereien soll nicht wieder das Recht eingeräumt werden, niedrigere Sätze zu zahlen. Als Arbeitszeit sind 9 resp. 8 Stunden vorzuziehen, für Ueberstunden sind Löhne von 70 Pf. bis 1 M. zu zahlen.

Ausland.

Bojkott einer holländischen Zuckermaschinenfabrik. Ueber die Zuckermaschinenfabrik von Jamin zu Rotterdam („Nid-Hollandsche Suikerwerkfabriek“) ist sowohl vom Verbands der Schokoladen- und Zuckermaschinenarbeiter wie vom Verbands der Handels- und Kontorangestellten der Bojkott verhängt worden, und der Verband der niederländischen Gewerkschaften hat sich diesem Borgehen angeschlossen. Die Ursache des Bojotts ist, daß die Firma erbärmlich niedrige Löhne zahlt und ihren Arbeitern und Angestellten das Vereinigungsrecht freitilgt macht. In allen größeren Städten Hollands, wo die Firma ihre Waren zu vertreiben sucht, wird das Publikum durch die Arbeiterpresse und durch Flugblätter, die in Massen verbreitet werden, zum Bojkott der Firma aufgefordert, wobei auch die Arbeiterfrauen eifrig mitwirken. Die Polizei stellt sich, wie das in Klassenstaat ja nicht anders zu erwarten ist, auf Seite des Unternehmertums und sucht mit aller Macht die Verbreitung der Bojkottzettel zu verhindern. Sie wird es jedoch nicht verhindern können, daß die Firma Jamin, wenn die Forderungen der Arbeiter nicht noch beiseiten anerkannt werden, ein sehr schlechtes Weihnachtsgeschäft macht.

Die Pariser Elektricitätsarbeiter nahmen eine Resolution in Form eines Ultimatum an, in der sie ihre Bedingungen aufstellten. Der Sekretär des Syndikats der Elektricitätsarbeiter wurde mit der Organisation des Ausstandes und der Festsetzung des Ausbruchstermins beauftragt.

Die südafrikanischen Ausbeuteten fangen ebenfalls an, sich gegen die kapitalistische Ausbeutung zu empören und wehren sich ihrer Haut natürlich auf ihre Art.

Aus Bismontien wird gemeldet, daß 500 eingeborene Arbeiter der Vorposten-Grube gestern meuterten und das gesamte Grubenmaterial zerstörten, worauf sie sich nach Kronstadt begaben. Zur Verstärkung der dortigen Polizei ist ein Sonderzug mit allen verfügbaren Truppen dorthin abgegangen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahltag.

Ums, 10. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen segten die von unseren Genossen aufgestellten drei Kandidaten über die Kandidaten des bürgerlichen Risikomasch.

Teufbruch.

Essen, 10. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Auf der Straße „Bruchstraße“ ist heute durch Reizen des Förderseiles ein Förderkorb in die Tiefe gestürzt. Sechs Bergarbeiter sind bei dem Unglück schwer verletzt worden.

Die Sicherheit auf der Bahn.

Schneldemühl, 10. Dezember. (B. L. B.) Heute nachmittag fuhr der ganze Schnellzug Nr. 42 der Strecke Posen—Kreuz bei der Durchfahrt durch Bahnhof Riala aus bisher unbekanntem Grund die freie Pflanzung herab. Schwer verletzt ist nach bisherigen Meldungen niemand, leicht verletzt 10—15 Personen. Nach einer weiteren Meldung sind der Postwagen und die Lokomotive des Zuges umgestürzt. Ein Hilfszug ist mit Ärzten von Posen abgegangen. Einzelheiten fehlen noch.

Reichstagswahl.

Koschmin, 12. Dezember. (B. L. B.) Amtliche Meldung. Bei der heutigen Reichstagswahl im Wahlkreise Kroschmin-Koschmin ist Rittergutbesitzer Dr. v. T r z c i n s k i in Wocanowo bei Kroschmin (Pole) gewählt worden.

Unter den Trümmern begraben.

Lausanne, 10. Dezember. (B. L. B.) Heute nachmittag stürzte ein im Bau begriffenes Haus kurz nach Wiederaufnahme der Arbeit ein. Es wurden zahlreiche Arbeiter, meist Italiener, unter den Trümmern begraben. Zu den Rettungsarbeiten wurde die Feuerwehre aufgeboten. Die Arbeiten sind schwierig und gefährlich, bis 5 Uhr abends wurden zwei Tote und zwei Verletzte geborgen. Man glaubt, daß die Zahl der Toten sieben beträgt.

Reichstag.

70. Sitzung, Dienstag, den 10. Dezember, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines Vereinsgesetzes.

Herr Dr. Grégoire (Elf.): Wir haben seit 1906 ein Vereinsgesetz, in welchem auch die Sprachfrage berührt ist. Selbst im deutschen Sprachgebiet sind Ausnahmen von der Benutzung der deutschen Sprache mit Genehmigung des Bezirkspräsidenten gestattet, für das französische Sprachgebiet aber ist ohne weiteres gesetzlich der Mitgebrauch der französischen Sprache für die Satzungen und bei öffentlichen Kundgebungen der Vereine als Geschäftssprache gestattet. Die Muttersprache des Landvolkes in dem französischen Sprachgebiet ist französisch und wird es auch bleiben; aber Bestrebungen auf Loslösung von Deutschland sind deshalb nicht vorhanden. Der § 7 des vorliegenden Entwurfs bedeutet für uns also eine erhebliche Verschlechterung, und er ist für uns auch unannehmbar, weil er eine Ausnahmebestimmung darstellt. Der Zweck einer Versammlung wird illusorisch, wenn die Versammelten nicht in ihrer Muttersprache sprechen dürfen. Das Regime der Ausnahmebehandlung, unter dem wir leiden, ist der Germanisierung nicht förderlich; diese wäre bereits bedeutend weiter vorgeschritten, wenn wir so behandelt würden wie die Transalpinen von England. Die Fortsetzung der Ausnahmebehandlung kann Frankreich nur erwünscht sein. Der Unterricht im Französischen ist heute in unseren Schulen bei weitem nicht so gut wie seinerzeit unter der französischen Herrschaft der Unterricht in der deutschen Sprache.

Herr Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Herr Trimborn verlangte Einbeziehung der kirchlichen und religiösen Vereine in das Gesetz. Aber damit würden wir das Gesetz mit einer sehr schwierigen und intransparenten Materie belasten; Sie, meine Herren, vom Zentrum, würden am meisten darunter zu leiden haben, wenn neue Kulturkampfdebatten heraufbeschworen würden. (Zustimmung bei den Freisinnigen. Lachen im Zentrum.) So lange nicht eine Trennung zwischen Staat und Kirche, so lange nicht vor allem eine Scheidung zwischen Schule und Kirche eintritt, wird sich der Staat die Oberaufsicht über die Kirche nicht nehmen lassen. (Zustimmung bei den Freisinnigen. Widerspruch im Zentrum.)

Herr Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Ich wende mich nun zur Kritik des Gesetzentwurfs selbst (nach der Fassung, in welcher der Kronprinz sitzt): Ich wage diese Kritik, obwohl ich, wie es in der Presse heißt, dem Herrn Reichstanzler unter Tränen geschworen haben soll, daß wir nie mehr Opposition machen werden. (Stürmische Heiterkeit. Rufe im Zentrum: Wo?) In der „Allniederrheinischen Volkszeitung“, diesem Ehrenblatt, das ein frommer Mann den Tauschein der Katholiken des 19. Jahrhunderts genannt hat (Stürmische Heiterkeit), die Einleitungsartikeln in das Himmelreich (Wiederholte stürmische Heiterkeit). Die „Allniederrheinische Volkszeitung“ schreibt, die Freisinnigen sind die reinen Sklaven des Reichstanzlers (Sehr richtig! im Zentrum. Lachen bei den Freisinnigen), sie freisen ihn aus der Hand. (Wiederholte Lachen bei den Freisinnigen.) An demselben Tage ist in der „Germania“ zu lesen: der Reichstanzler lasse an die Thronrechte, er wolle ein krypto-parlamentarisches Regime einrichten, hinter den Titel „von Gottes Gnaden“ müsse man setzen: „von Gnaden der Freisinnigen“. (Anhaltendes Lachen bei den Freisinnigen.) Diese gemeine Zusammenhänger des Kaisers und des Kanzlers sowie des Kanzlers und aller Minister mit allen Parteien ist eine Hehe, wie sie noch niemals seit Bestehen des Reiches dagewesen ist. (Unruhe und Lachen im Zentrum.) Ja, Lachen Sie nur, es wäre besser, wenn Sie über so etwas noch weilen könnten! (Anhaltendes stürmische Heiterkeit im Zentrum.)

Nun zum Vereinsgesetz selbst. Auch mit dem neuen Gesetze wird Deutschland nicht an der Spitze der Kulturwelt marschieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das reife deutsche Volk braucht bessere Gesetze. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, wie treiben praktische, freisinnige Politik. (Minutenlanges Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Ja, freisinnige Politik. (Dröhnendes Lachen bei den Minoritäten.) Meine Herren, man muß sich auf historischen Wirklichkeitsboden stellen. (Wahl bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Wir Freisinnigen sind doch nicht schuld daran, daß der andere Faktor der Gesetzgebung kein besseres Gesetz bewilligen will? Meine Herren! Collega Trimborn und Collega Heine haben die Fortschritte, die das Gesetz bringt, anerkannt. Ist es nicht ein Fortschritt, Herr Collega Heine, ist es nicht ein Fortschritt, Herr Collega Trimborn, daß endlich die Vortrefflichkeit des Vereinsrechts befestigt wird? Und ist nicht der Fortschritt in der Behandlung der Frauen und Minderjährigen zu begrüßen? Die deutsche Frau ist jetzt dem deutschen Manne gleichgestellt. (Schallendes Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) In diesem Gesetze wenigstens gleichgestellt. zehn Jahre habe ich hier im Hause für die Frauen gearbeitet (Schallendes Gelächter im Zentrum), und jetzt fällt

die erste Frucht der Blaupolitik

der deutschen Frau in den Schoß. (Minutenlanges Gelächter bei der Minorität. Die rechte Hochfläche wird von der Heiterkeit angefüllt und lacht mit. Präsident Graf Stolberg lautet ver zweifelt.) Wie würde sonst die Frau im Zentrum behandelt? (Geneutes, schallendes Gelächter im Zentrum. Zurufe aus dem Zentrum. Ein Zuruf von der Rechten. Auf im Zentrum: Blaupolitik unter sich! Erneute schallende Heiterkeit.) Redner verliert eine Rede gegen die Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben. Wer war der Redner? (Rufe rechts: Wohl Herr Trimborn?) Ja, wohl, Herr Trimborn! (Schallende Heiterkeit beim Volk.) Lachen Sie (zum Zentrum) doch auch, meine Herren! (Das Zentrum ruft ein paar Minuten: Haha! haha! haha! Anhaltendes Gelächter im ganzen Hause.) Und Sie, meine Herren von der äußersten Linken, was sagen Sie zu den lieben Bundesgenossen? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir bewahren gewiß sehr die vielen Mängel im Gesetz. Aber unerhört ist es, daß das „Sächsische Volksblatt“ schreibt: „Dürren können sich jetzt organisieren, aber ehrlische Landarbeiter nicht.“ (Zurufe rechts.) Wir sind für das Koalitionsrecht der Landarbeiter. (Rufe bei den Sozialdemokraten: In der Theorie!) Ihre (zu den Sozialdemokraten) Bundesgenossen vom Zentrum (Lachen bei den Sozialdemokraten) sind nicht einmal in der Theorie für das Koalitionsrecht der Dienstboten. Dr. Heim, der Dienstbotenorganisator (Lachen rechts), steht seinem eigenen Gehändnis nach in dieser Frage allein in seiner Partei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Kritik des Collega Heine an dem Vereinsrecht, wie es in Deutschland besteht, war durchaus berechtigt. Man könnte mit Anekdoten aus dem Vereinsrecht ganze Lustspiele bauen. In Hamburg gab es Vordelle (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Gibt es noch!) — also in Hamburg dürfen Vordelle sein, aber über Abfassung der Vordelle durfte nicht öffentlich gesprochen werden. (Große Heiterkeit.) Nichts ist verächtlicher als mit kleinlichen Polizeimethoden die Sozialdemokratie belumpfen zu wollen. (Sehr richtig! links.) Wir erwarten, daß die verbündeten Regierungen den Wünschen der linken Seite des Volks entgegenkommen und die öffentliche Anzeige der polizeilichen Anmeldung gleichgültig wird. Gefährlich ist auch die Anwendung des Ausdrucks „öffentliche Angelegenheiten“.

Herr Dr. Grégoire (Elf.): Ich komme nun zur Sprachbestimmung. Der Bundesrat hat selbst eingeschrieben, daß es eine Bloßstellung vor dem ganzen Auslande wäre, wenn auf wissenschaftlichen Kongressen der Gebrauch einer fremden Sprache verboten wäre. Aber auch für politische internationale Kongresse gilt dasselbe. Die Anerkennung dieses internationalen Schamgesetzes darf aber nicht nur in den Motiven,

sie muß auch im Gesetze selbst zum Ausdruck kommen. In Bezug auf die Elfsprache-Vorbringer teilen wir die Anschauungen des Herrn Grégoire. Dasselbe gilt für die paar tausend dänisch sprechenden Schleswiger. Viel komplizierter ist die polnische Frage. Ich bin ein Gegner der großpolnischen Agitation, wie sie im Schulstreit zum Ausdruck gekommen ist. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Das deutsche Parlament muß auch protestieren gegen die taktlose Art der Einmischung der Slawen in Lemberg und Wien in innere politische Fragen Deutschlands. (Lebhafter Beifall im Volk, Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Herr Ledebour, Sie können ja nachher sprechen. (Abg. Ledebour (Soz.): Kommen Sie doch heraus mit Ihrer reaktionären Gesinnung!) Wir können nichts dafür, daß Sie, wenn Fremde in unsere inneren politischen Verhältnisse eingreifen, nicht das mindeste Empfinden besitzen. (Stürmisches Bravo! beim Volk, Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Basshe: Ich bitte den Abg. Ledebour, keine Zwischenrufe mehr zu machen.

Herr Dr. Müller-Meinungen (fortfahrend): Durch das Sprachverbot würde die großpolnische Agitation in geheime Konventikel getrieben werden. Aber andererseits muß bei der neuen Fassung des § 7 — die jetzige Fassung wird, glaube ich, kaum eine Mehrheit im Hause finden — auch berücksichtigt werden, daß die Polizei die Möglichkeit der Überwachung von Versammlungen der Polen hat. (Lebhafte Wahl bei den Sozialdemokraten.) Ich fasse meine Ausführungen dahin zusammen: Wir bedauern prinzipiell, daß die verbündeten Regierungen mit der Beeidigung polizeilichen Mißtrauens nicht radikaler vorgegangen sind; wir erkennen aber an, daß der vorliegende Entwurf einen begrüßenswerten Fortschritt darstellt, der die Grundlage zur freiheitlichen Ausgestaltung unseres politischen Lebens bilden kann. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen.)

Herr Fürst Radziwill (Pole): Die Motive des Entwurfs bezeichnen die deutsche Sprache als Geschäftssprache. Es handelt sich aber hier um den Verkehr der polnischen Staatsbürger untereinander. Öffentlich muß ich Protest einlegen gegen die Worte des Herrn Staatssekretärs, die auch in den Motiven zu dem Entwurf stehen und auch von dem Abg. Sieber wiederholt sind. Die Motive und diese Herren sprachen von Absonderungsgefühlen der Polen. Das sind Behauptungen ohne Beweise. Man nennt solche beweislosen und unbewiesbaren Behauptungen Verdächtigungen. (Lebhafte Beifall bei den Polen, Zuruf rechts.) Ich fordere Beweise, sonst muß ich diese Behauptungen als Verleumdungen zurückweisen. (Lebhafte Beifall bei den Polen, Zurufe und große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Basshe: Sie dürfen auch nicht hypothetisch Mitglieder des Bundesrates und des Hauses Verleumdungen vorwerfen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Unruhe bei den Polen.)

Herr Fürst Radziwill (fortfahrend): So nehme ich das Wort Verleumdungen zurück und spreche von beweislosen Verdächtigungen. Die polnische Sprache ist nicht der Dedantel polnischer Absonderungsarbeiten, sondern das geistige Schloß zur Verständigung der Volkstheile, die nicht genügend deutsch sprechen können.

Herr Fürst Radziwill (Pole): Ich komme jetzt noch auf die antipolnische Politik der preussischen und der Reichsregierung. Fürst Bülau erklärte sie für eine Lebensfrage Preußens. Ich will aber die Philosophen aus der Wilhelmstraße (Große Heiterkeit im Zentrum, bei den Sozialdemokraten und bei den Polen) — ich meine das nicht ironisch, sondern im Ernst — (Erneute große Heiterkeit), ich will diese Philosophen aus der Wilhelmstraße an den großen Philosophen von Sanssouci erinnern, dem ein Müller bekanntlich zurief: „Es gibt noch ein Kammergericht!“ Jetzt dagegen verteidigt ein preussischer Justizminister die Enteignung der Polen aus Gründen des öffentlichen Wohles. Im Namen des öffentlichen Wohles sind die Haupten Ludwigs XVI. und Maria Antoinettes unter der Guillotine gefallen. (Lebhafte Heiterkeit bei den Polen.) Ich appelliere an den deutschen Reichstag, daß das öffentliche Wohl das Wohl aller Staatsbürger sein muß, und ich hoffe, daß dieser Appell nicht ohne Echo bleiben wird. (Lebhafte Beifall bei den Polen.)

Herr Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Abg. Fürst Radziwill hat sich mit einer sehr starken Bemerkung gegen den Ausdruck gewendet, in welchem in den Motiven von nationalen Absonderungsgefühlen die Rede ist. Diese Bemerkung hat er mit Recht auf seine Stammesgenossen bezogen. Ich will ihm die Beweise dafür geben. Ist es Ihnen unbekannt, daß in der Provinz Posen eine allgemeine Boykottierung aller deutschen Kaufleute und Handelsleute besteht? (Große Heiterkeit bei den Polen, im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Nennen Sie das keine Absonderung, und wissen Sie nicht, daß die Polen mit dieser Boykottierung angefangen haben? (Widerspruch bei den Polen.) Und meinen Sie nicht, daß darin eine Absonderung, ein illopolares Verhalten zu finden ist, wenn es in der polnischen Presse heißt: Bevor Preußen nicht sein Asthma gerundet hat, wird es nicht besser werden in der Welt. (Zuruf bei den Polen: Wo? Wo?) Wissen Sie nicht, wie in der polnischen Presse der Satz gegen alle Deutsche überliefert? (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen doch nicht die Fugen vor den klaren Tatsachen verschließen. (Lebhafte Heiterkeit rechts.)

Der § 7 des Gesetzes soll nur dort angewendet werden, wo er notwendig ist. Wo der Gebrauch des fremden Idioms nicht als Dedantel politischer Bestrebungen dient, werden wir nicht daran denken, von den Pollogenossen zu verlangen, daß sie nicht in ihrer Muttersprache sprechen sollen. Daß es solche Gegenstände in Deutschland gibt, darüber bin ich mit Herrn Grégoire einverstanden, dessen Ausführungen in einem wohlwollenden Gegensatz zu denen des Vorredners standen. (Beifall rechts.)

Herr Dr. Kolbe (Sp.):

Auch meine Freunde sehen in dem Gesetze einen Fortschritt. Bedenktlich erscheint mir aber das Fehlen einer Altersgrenze. Die Sozialdemokratie, nach ihrer Wohnniederlage im letzten Januar, wendet ja gerade jetzt ihr Hauptaugenmerk auf die sozialistische Erziehung gerade der Jugend. Und da sollen wir jeden Schritt der Jugend gegen dieses Treiben fallen lassen? Wir haben Schutzmaßnahmen besonders in einer Zeit nötig, da die großstädtische Jugend sich im Sumpfe der Unwissenheit, der Verwahrlosung wälzt. (Beifall und Widerspruch bleiben aus, da das Haus leer ist.) Ich appelliere noch einmal an den Liberalismus, daß er der Stimme der Vernunft Gehör schenke! Ich fühle mich ermuntert durch einige Freistimmen, die aus dem Lager des Liberalismus selbst erschallen.

(Redner verliest diese Freistimmen. Die aus dem Lager des Liberalismus überlieferten Privatgespräche führen.) Ich hoffe, daß der Reichstag wenigstens die Ausschließung der schul- und fortbildungspflichtigen Jugend beschließen wird.

Der Abgeordnete Heine hat gestern auch auf die Schulbehörden gesprochen. Die Schulbehörden verdienen diesen sozialdemokratischen Tadel. Sie sind emsig bemüht, die ihnen anvertraute Jugend, diesen tödlichen Schatz der Eltern und des Vaterlandes, vor sozialdemokratischer Verführung zu schützen. Das Zentrum freilich säumt im sicheren Gefühl seiner Macht über die katholische Jugend die protestantische Jugend schuldlos sozialdemokratischer Verführung preisgeben zu wollen. Ich hoffe aber, daß das Zentrum noch zur Einsicht kommt und daß sich alle bürgerlichen Parteien zusammenschließen, um in Gestalt von Schutzbestimmungen gegen sozialdemokratische Jugendverführung den Regierungen ein Geschenk zu überreichen, das sie gewiß nur aus Schächterlichkeit nicht gefordert haben. Am 30. Juni 7. Die Polen sollen Gott und dem Himmel danken, daß seit 100 Jahren deutsche Sitte und preussische Pflicht über ihnen waltet.

Herr Dr. Bekande (fr. Sp.): Meine Freunde sehen in der Vorlage eine Frucht der Blaupolitik und wir richten danach unsere Taktik ein. Herr Trimborn hat sich gestern so modern gegeben, daß ich

bedürfte, er wird ein Opfer des neuen Schlabus werden, der sich gegen den Modernismus richtet. (Heiterkeit links.) Wie sehr man doch liberal sein kann, wenn man in die Opposition gedrängt ist! (Sehr gut! links.)

Herr Heine erwiderte ich, daß wir in dem Entwurf keineswegs den Anbruch einer liberalen Ära sehen. Unsere Wünsche gehen weit über ihn hinaus. Unser Endurteil über die Vorlage behalten wir uns bis nach der zweiten Lesung, vielleicht auch bis zur dritten Lesung vor. So schlecht, wie die Sozialdemokraten sagen, ist die Vorlage sicher nicht. Früher führten sie die polizeilichen Scherereien an zum Beweis dafür, wie schlecht und unerträglich unser Gegenwartsstaat sei. Jetzt sollen die Scherereien fortfallen und da sagen Sie: (zu den Sozialdemokraten) Das sind ja nur Kleinigkeiten! (Sehr gut! bei den Freisinnigen.)

In Bezug auf die Frauenbewegung stellt der Gesetzentwurf einen Markstein dar, und ich erwarte von der lebhaftesten Teilnahme der Frauen auch eine bessere Konzentration in den Versammlungen. Die Ausübungsbefugnis der Polizei ist in dem Entwurf gegenüber dem bestehenden Zustand nicht unerheblich eingeschränkt. Bei der Frage hoffe ich, daß wir leicht zu einer Verständigung kommen werden; jedenfalls muß die öffentliche Bekanntmachung der Anmeldung gleich geachtet werden. Herr v. Gamp wird die Mitteilung eines Amtsbekanntes aus Deutsch-Crone (dort ist Herr v. Gamp gewählt) interessieren, worin der betreffende Amtsbekanntes verlangt, bevor er die Bescheinigung über die Anmeldung erteile, müsse ihn der Vortrag des Redners im Auszuge eingereicht werden! (Schallende Heiterkeit links und im Zentrum.) Das Strafmaßimum von 800 M. ist auch uns viel zu hoch. (Sehr richtig! links.)

Das wichtigste ist die Sprachbestimmung im § 7. Der Herr Staatssekretär wolle bei uns keine Unschärfe des nationalen Empfindens annehmen. Aber so wie wir die Enteignung abgelehnt haben, so sind wir auch für diese Ausnahmebestimmung des § 7 nicht zu haben. Sie würde den Ausgleich zwischen Polen und Deutschen unterbrechen, der sich erfreuensweise anbahnt. Auch würde sie die politische Minorität aus der Öffentlichkeit in die geheimen Konventikel treiben. Weiter wäre diese Bestimmung auch schädlich für die christlich-nationale Arbeiterbewegung, die verhindert würde, die polnischen Arbeiter in Weiskalen zu erfassen. Wenn Sie übrigens Litauer, Franzosen und andere von dieser Bestimmung ausnehmen wollen, wie hier gesagt wurde, so tritt der Ausnahmeharakter der Bestimmung gegen die Polen noch deutlicher hervor. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Herr Roth (Wirtsh. Sp.) erklärt sich im Allgemeinen für das Gesetz, doch muß in § 3 eine öffentliche Anzeige der polizeilichen Anmeldung gleich gesetzt werden. An § 7 müssen wir uns so mehr festhalten, als mit den Polen geradezu Kriegszustand besteht; wo der Kriegszustand nicht besteht, für die Litauer, Dänen und teilsweis auch für die Polen, wollen wir gern Ausnahmen gestatten. (Bravo! bei der Wirtsh. Sp.)

Herr Hansen (Däne): Der § 7 verflümmert Millionen von Reichsangehörigen das ihnen von der Verfassung garantierte Vereins- und Versammlungsbrecht. Verschärfte wird er noch durch die polizeilichen Befugnisse, die der Entwurf in verschiedenen Paragraphen der Polizeibehörde erteilt. In Schleswig werden Hochzeiten als öffentliche Angelegenheiten polizeilich überwacht (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) und auf eine Beschwerde wurde erwidert, es stehe kein Anlaß vor, von diesem bisher geübten Brauche abzugehen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem muß der § 7 abgelehnt werden. Sogar im Reichstag braucht ein Mitglied, welches der deutschen Sprache nicht mächtig ist, nicht deutsch zu sprechen, und von dieser Bestimmung der Geschäftsordnung ist hier schon Gebrauch gemacht worden!

Der Staatssekretär sagt, die Beamten müssen die Möglichkeit der Überwachung haben; aber in Nordschleswig gibt es überall Beamte, die dänisch verstehen. Eine ganze Generation in Nordschleswig hat nicht deutsch gelernt; Sie (nach rechts) haben wohl alle in der Schule englisch, französisch, lateinisch gelernt, und wie schwer würde es Ihnen werden, eine Rede in französischer, englischer oder lateinischer Sprache zu halten! (Heiterkeit.) Wie viel schwerer muß es dem schlichten Manne werden, seine oft recht vernünftigen Gedanken in einer fremden Sprache auszudrücken. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In der vorliegenden Fassung ist das Gesetz unannehmbar für jede Partei, die das heilige Recht auf die Muttersprache anerkennt, die das Versammlungsbrecht anerkennt, die gleiches Recht für alle anerkennt; unannehmbar auch für jeden Abgeordneten, der der Ueberzeugung ist, daß Gerechtigkeit die Grundlage des Reiches ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Rechnungssachen. 2. Dritte Beratung des Handelsabkommens mit England. 3. Erste Beratung eines Nachtragsetats. 4. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Marinitisches aus der Budgetkommission.

2. Sitzung vom 10. Dezember.

Die Debatte über das Flottengesetz wird fortgesetzt. v. Richt-hofen ist von der absoluten Notwendigkeit der Vorlage überzeugt, die Konservativen stimmen demnach zu. Gegen die nationalliberalen Flottenwärmer und den Flottenverein bemerkt er, daß man der Marineverwaltung überlassen müsse, was sie zu fordern für notwendig halte. Krenndt erklärt namens der Freikonserverativen, daß sie der Vorlage zustimmen. Wenn es möglich wäre,

eine größere Zahl Schiffe auf Stapel zu legen,

würde er mit Freuden dafür eintreten. Trotzdem polemisiert er dann ziemlich lebhaft gegen die nationalliberalen Flottenwärmer und deren Angriffe auf Tirpitz in der „Tägl. Rundschau“. Im Gegensatz zu Semler habe er nicht nur nahezu unbegrenztes, sondern völlig unbegrenztes Vertrauen zu Tirpitz, und er hoffe und erwarte bestimmt in kürzerer Zeit eine neue Flottenvorlage.

Auch Abg. Leonhardt erwartet in spätestens vier Jahren ein neues Flottengesetz und er wie Krenndt beschäftigen mit diesen Erwartungen, was sich gestern schon zeigte. Als Bebel erklärte, es sei so sicher wie 2 x 2 = 4, daß

bis 1912 eine neue Flottenvorlage

komme, da erscholl aus den Reihen der Mehrheit „Sehr richtig!“ und Krenndt stimmte ausdrücklich der Auffassung Bebel's zu! Es ist deshalb erklärlich, daß die Kommission gegen bestimmte Erklärungen von der Regierung haben wollte, aber Tirpitz schweigt sich beharrlich über diese künftige Frage aus.

Semler verteidigt sich gegen Krenndt und lehnt die Verantwortung der nationalliberalen Kommissionsmitglieder für den Artikel der „Tägl. Rundschau“ ab. Er habe nur gefragt, warum der Staatssekretär nicht beschleunigten Bau der Schiffe durchführe, wenn doch die Schiffe verschiedener Klassen nicht recht brauchbar seien. Auf diese Frage könne er eine bündige Antwort erwarten. Staatssekretär Tirpitz entgegnete, daß wenn die Kaiserklasse erneuert werde, ein Loch entstehe, man müsse auch gleich die Mittelgeschiffe mit erneuern (die Nationalliberalen stimmen zu!). Das sei zweifellos eine militärische Verbesserung, er würde sie gern annehmen, wenn die Nationalliberalen eine Mehrheit fänden.

Sie müssen sich nur bemühen, eine Mehrheit zu schaffen. Mehrfach wurde auf die Freibeute gegen den Staatssekretär v. Tirpitz hingewiesen, die offenbar aus Marinekreisen stammte, beziehungsweise unterstützt wurde. Der Staatssekretär wies den Ver-

dacht, daß Kollegen von ihm gegen ihn agitieren, auf das entscheidende zurück. Er vertrete die Vorlage, die ausschließlich das Marineamt ausgearbeitet und zu verantworten habe. Stresemann verteidigt nochmals den Flottenverein. Er über polemisiert gegen Stresemann, der Flottenverein und Sozialisten haben Vereidigung, aber es müßte zurückgewiesen werden, wenn jedem, der ihre überspannten Pläne nicht billige, die nationale Gefinnung abgesprochen werde. Die Flottenvorlage möge doch den Eindruck, als ob nicht nur eine Erneuerung, sondern eine

verfälschte Vermehrung der Flotte

beabsichtigt sei. Der Staatssekretär gehe auch über die zulässige Grenze hinaus, wenn er den Nationalliberalen rote, eine Mehrheit für ihre Pläne zu suchen, damit unterläge er die Treibereien des Flottenvereins. Im weiteren stellt er einige kriegstechnische Fragen, welche Tirpitz vertraulich beantwortet.

Wiener stellt sich mehr auf die Seite des Zentrums, er könne es nicht billigen, daß mit Gewalt nach einer neuen Vorlage gedrängt werde; wenn sie komme, werde sie schon bewilligt werden.

Referent und Korreferent empfehlen nochmals die Annahme der Vorlage; Dr. Lohse beharrt auf seinem Standpunkt und nimmt das Recht für den Reichstag in Anspruch, mehr zu bewilligen, als die Regierung haben wolle.

Er sei noch der Meinung, daß von 1912 bis 1917 ein beschleunigter Ersatzbau eintreten könne. Anträge wolle er bei der Stimmung in der Kommission jetzt nicht stellen, aber 1912 müßten unbedingt die Ersatzbauten für die Kaiserklasse, die Mittel- und die 6 Kreuzer in Angriff genommen werden. Die konservativen Parteien seien ja auch damit einverstanden, nur wollten sie sich jetzt noch nicht festlegen.

Die Abstimmung über die Vorlage wird ausgesetzt, bis bei Kap. 6 des Marineetat über die Deckungsfrage und bei Kap. 51 über die Vermehrung der Besatzung beraten ist.

Die Kommission geht über zur Beratung des Marineetat und beginnt mit Kapitel 45: Fortdauernde Ausgaben. Erzberger fragt über die

Ursachen der beiden Unglücksfälle

auf dem „Blücher“ und in Wilhelmshaven an. Tirpitz teilt mit, daß die Kesselexplosion auf dem „Blücher“ auf einen Bedienungsfehler zurückzuführen ist. Die Sicherheitsventile seien geschlossen gewesen und ebenso die Manometerventile. Die Pulverexplosion in Wilhelmshaven sei beim Entladen erfolgt, die Untersuchung sei im Gange. Reschardt behauptet, es habe auf dem „Blücher“ eine

kolossale Summe

geherrscht, auch sei schon oft über Mangel an technischem Personal geklagt worden. Senger legt Wert darauf, daß nur ausgebildete Techniker verwendet werden, es sollen aber natürlich auch an die Maschinen nur Leute kommen, welche mit dem Betriebe völlig vertraut sind. Senger bringt bei den Personalausgaben die Frage der Gehaltsregulierung und Aufbesserung zur Sprache. Unterstaatssekretär Zwele teilt mit, daß die

allgemeine Gehaltsregulierung

bedorft; es sei dabei geplant, verschiedene Beamtenklassen zu größeren Gruppen zusammenzulegen; das sei sehr schwierig, weil die Verwaltung mit der Eifersucht der Beamten untereinander zu kämpfen habe. Jede Klasse dürfe sich besser wie die andere und glaube angestrebter zu sein. Die Zusammenlegung gehe nicht ganz ohne Schädigung einzelner Klassen ab, davon würden aber nicht die gegenwärtigen Beamten betroffen, sondern nur die später eintretenden. Nächste Woche soll in die Einzelberatung eingetreten werden, die Regierung hoffe auf ein günstiges Ergebnis.

Auf Anregung Sengers wird beschlossen, Petitionen von Beamten immer am Schlusse des Etats zu behandeln. Kap. 45 und 50 werden sodann genehmigt. Bei Kap. 51, Geldverpflegung der Marine, die im ganzen 81 323 000 M. erfordert, sollte zunächst eine Generaldebatte über die

Vermehrung der Mannschaften

eintreten. Referent v. Thämsfeld beantwortet die Nachfrage von 2 292 500 M. Dr. Lohse schließt sich dem an.

Lebedour bringt den Brief eines Matrosen zur Sprache, nach dem eine Anzahl

Matrosen über ihre Dienstzeit hinaus zurückbehalten

worden seien, weil man keinen Ersatz dafür hatte. Sie hätten zwar auf Verlangen die Kapitulantentlohnung erhalten, aber es entspreche wohl nicht den gesetzlichen Vorschriften. Leute gegen ihren Willen zurückzubehalten. Redner spricht sich gegen eine von Erzberger verlangte Ausdehnung des Kapitulantentlohnung aus, da der hierdurch entstehende Mangel an Kräften die Handelsmarine schädige. Tirpitz gibt zu, daß es unzulässig sei, Mannschaften über ihre Dienstzeit hinaus zurückzubehalten; formell müßten sie entlassen werden, aber sie könnten gleich wieder zu einer Reservebildung einbezogen werden. Ob ein solcher Fall vorliege, könne er nicht entscheiden. Lebedour möge sein Material zur Verfügung stellen, was dieser zulagt.

Die Verhandlung wird damit auf morgen vertagt.

Parlamentarisches.

Seniorenkonvent.

Am Dienstag hat der Seniorenkonvent sich dahin verständigt, daß der Reichstag am Freitag, den 18. d. M., eine Weihnachtspause in seinen Beratungen eintreten läßt. Die Ferien werden bis zum 8. Januar n. J. dauern. Vor der Vertagung sollen noch das Vereins- und das Vorkongressgesetz in erster Beratung erledigt werden; ebenso wird ein Nachtragsetz für 1907 und das Gesetz betreffend den Wechselprotest noch in erster Beratung beraten werden. Der Antrag, auch die Gesetze betreffend den Unterstützungswohnsitz und Abänderung der Gewerbeordnung (den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis) noch vor der Weihnachtspause in erster Beratung zu erledigen, wird vermutlich wegen Zeitmangels vor den Ferien keine Folge gegeben werden.

Auf die Tagesordnung des 8. Januar wird ein Initiativantrag (Versicherung der Privatbeamten) gesetzt. Nach diesem Schwerinstag wird dann das rüstständige Material in Angriff genommen werden.

Aus der Majestätsbeleidigungskommission.

In der Kommission zur Vorberatung des Gesetzes über Verurteilung der Majestätsbeleidigung fand heute die Abstimmung statt. Der sozialdemokratische Antrag, die §§ 86, 87, 89 und 101 des Strafgesetzbuchs zu streichen, wurde mit allen gegen die drei sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Die im übrigen sehr ins einzelne gehende Abstimmung brachte teilweise eine Verschärfung der Regierungsvorlage. An Stelle der Worte „mit Vorbedacht“ wurden die Worte des Antrages „Müßer-Meinungen mit Ueberlegung“ angenommen, was nach der Regierungsvorlage eine weniger ausgeprägte Absicht der Beleidigung für die Strafbarkeit voraussetzt.

Der Zentrumsantrag, daß Beleidigungen nur dann strafbar sein sollen, wenn sie entweder durch beschimpfende Reden oder durch Verleumdungen oder als Verleumdung sich darstellen, wurde abgelehnt, auch die Freisinnigen stimmten dagegen! Angenommen wird die Voraussetzung der „Vorsätzlichkeit“ für strafbare Beleidigungen.

Abgelehnt dagegen wird die Strafbarkeit einer nicht öffentlichen Beleidigung, eine solche soll nur dann strafbar sein, wenn sie in Anwesenheit des Beleidigten ausgesprochen wird. Ein Antrag, auch für die öffentlichen Beleidigungen die Einholung der Genehmigung vorzuschreiben, wurde mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Einmütig wird angenommen, daß die Strafverfolgung in sechs Monaten verfährt. Mit einer Stimme Mehrheit wird endlich angenommen die Herabsetzung des Strafminimums

auf den Mindestbetrag der angeordneten Strafe, das ist ein Tag Gefängnis. Auch bleibt den Missethätigen das Recht vorbehalten, nach Ablehnung einer Offizialklage von den gewöhnlichen Weleidigungsparagrafen Gebrauch zu machen.

Eine Redaktionskommission, der Genosse Feine angehört, bringt diese Beschlässe in Ordnung, es werden aber sofort vier neue Änderungsanträge gestellt.

Zweite Lesung der Vorlage in der Kommission nächsten Donnerstag.

Aus der Partei.

Eine Adresse der sozialistischen Fraktion Frankreichs.

Paris, 7. Dezember. (Fig. Ver.)

Die heutige „Humanité“ veröffentlicht eine Adresse der Fraktion der geeinigten Partei an die sozialdemokratischen Mitglieder der zweiten Duma. Die Adresse kennzeichnet das schändliche, verächtliche Gerichtsverfahren, das die zarische Regierung gegen die sozialdemokratischen Vertreter des russischen Volkes betreibt und erklärt, daß der jetzige heuchlerische Scheinkonstitutionalismus in Rußland nur zur Verhüllung eines neuen Finanzschwindels dienen soll, auf den Frankreich aber diesmal, um sich und seine Ehre zu retten, nicht hereinfallen wird. Die sozialistischen Deputierten erinnern daran, daß Rußland für die Finanzgeschäfte der Autokratie nicht haften will. Sie grüßen das russische Volk in Erwartung seines Sieges.

Rüstungen des ungarischen Proletariats zum Wahlrechtskampf.

Das ungarische Ausbeuterparlament weigert sich noch immer, das allgemeine Wahlrecht zu Gesetz zu erheben. Alle Tätigkeit der Gesetzgebung ist nur darauf gerichtet, die Herrschaft der bevorrechteten Klassen zu festigen und zu erhöhen. Das Volk aber fordert immer härtere die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts; unter der Führung der Sozialdemokratie macht die Bewegung auch in bürgerlichen Kreisen mehr und mehr Fortschritte. Unsere Genossen beabsichtigen nun einen neuen Vorstoß zu unternehmen. Um diesen vorzubereiten, beruft die Parteileitung in 17 Städten des Landes am 25. und 26. Dezember 1907 Bezirkskonferenzen ein. Dort sollen alle weiter zu unternehmenden Schritte beraten werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Reichsverbandler auf der Anlagsbank.

Eine richtige Reichsverbandler, die auch bereits weiblich gegen die Sozialdemokratie ausgeschaltet wurde, hat die in Nürnberg erscheinende nationalliberale „Frankische Morgenzeitung“, die zu den eifrigsten Verhütern der Reichsverbandlerkorrespondenz gehört, über unser dortiges Parteiblatt, die „Frankische Tagespost“, in die Welt gesetzt. Das Blatt behauptete in einem unheimlich gehässigen Artikel, die Leitung der „Tagespost“ sei von einem größeren Verband von Geschäftsleuten vor die Alternative gestellt worden, entweder keine Angriffe gegen dieselben mehr zu bringen oder auf die Inserate der Verbandsmitglieder zu verzichten. Es handelte sich um die Kleinigkeit von jährlich 50 000 M. Bei der „Tagespost“-Leitung sei ein geradezu tragischer innerer Konflikt entstanden, das „ideale“ und das „reale“ Prinzip hätten gegeneinander gestritten, natürlich habe schließlich das letztere den Sieg davongetragen. Die Leitung der „Tagespost“ sei unter das laubdünne Joch gekrochen und habe sich verpflichtet, künftig ihre Hezereien und Stänkereien einzustellen. In diese Behauptungen war noch eine Anzahl ganz häßlicher und gemeiner Bemerkungen geknüpft. Um zu verhindern, daß die Sache weiter ausgebeutet wurde, stellten der Chefredakteur der „Tagespost“, Genosse Sinner, und der Geschäftsführer, Genosse Jenz, gegen den Redakteur der „Morgenzeitung“ Klage wegen Verleumdung, die am Sonnabend vor dem Schöffengericht Nürnberg verhandelt wurde.

Die Vernehmung ergab die völlige Grundlosigkeit dieser perfiden Anschuldigungen. Der Sachverhalt ist folgender: Die „Tagespost“ brachte einen Artikel gegen das Warenhaus Grand Bazar, dem die Entlassung einer Verkäuferin zugrunde lag, die Unterhaltungen bezogen hatte, weil ihr dabei Wortworte gemacht wurden, daß sie zu wenig verdiene, und nach ihrer Entlassung Selbstmord beginge. Der Direktor des Grand Bazar veranlaßte einige Firmen, einen Reders zu unterzeichnen, durch den sie sich verpflichteten, eine Zeilung nicht mehr in der „Tagespost“ zu inserieren, bis der Geschäftsleitung das Ausbleiben der Inserate auffallen und sie nach dem Grunde fragen würde, dann wolle man ihr die Sache darlegen. Einige der Herren waren nicht mit einem Votum einverstanden, sondern hielten es für besser, eine friedliche Verständigung zu suchen. Sie begaben sich deshalb zu dem Anwalt der „Tagespost“, Genossen Dr. Süßheim, und trugen ihm die Sache vor, mit der Bitte, er möge dahin vermitteln, daß die „Tagespost“, ehe sie wieder Angriffe aufnimmt, erst auch bei den betreffenden Geschäftsleuten Informationen einhole. Süßheim erklärte sich bereit, mit Dr. Weill, der am anderen Tage in einer Prozeßsache mit ihm zu unterhandeln habe, zu sprechen. Von einem Inseratenboykott war nicht im mindesten die Rede, die Herren setzten Süßheim nicht einmal von der Existenz des Reverses in Kenntnis. Als einer erklärte, es sei doch möglich, wenn man in der „Tagespost“ inseriere und in der gleichen Nummer angegriffen werde, betonte Süßheim mit aller Entschiedenheit, sobald die Inseratenfrage aufs Tapet gebracht werde, sei jede Verständigung ausgeschlossen, die Redaktion werde niemals ihr Verhalten von geschäftlichen Rücksichten leiten lassen. Die Herren beteuerten, daß sie auch gar keinen Druck ausüben wollten. Dr. Süßheim sprach dann mit dem Genossen Dr. Weill über die Sache, der erklärte, wenn die Redaktion auch von der Gegenseite Informationen erhalte und diese Informationen vollständig seien, wäre es ihr nur angenehm, nur dürften die Beschwerdeführer nicht ermittelt werden und keine Schädigung erleiden. Die Freiheit der Entscheidung müsse sich aber die Redaktion in jedem Falle vorbehalten. Dies teilte Süßheim den betreffenden Herren mit, die sich dadurch für befriedigt erklärten. Weill hatte diese nebensächliche Unterredung für so nebensächlich gehalten, daß er weder der redaktionellen, noch der geschäftlichen Leitung der Redaktion der „Tagespost“ Mitteilung davon machte. Diese bekamen erst Kenntnis davon, als der Artikel in der „Morgenzeitung“ erschien, ebenso hatten sie vorher keinerlei Ahnung von dem Vorgehen der Geschäftsleute und der Existenz eines Reverses, der übrigens bloß drei Tage in Kraft war. In der Verhandlung erklärten die beteiligten Geschäftsleute, daß sie der Leitung der „Tagespost“ nicht die Alternative stellten, entweder in Zukunft Angriffe zu unterlassen oder auf die Inserate zu verzichten, das hätten sie schon deshalb nicht tun können, weil sie genützt hätten, daß die „Tagespost“ eine derartige Zumutung entschieden zurückweisen würde. Sie hätten lediglich, ohne Verurteilung auf ihre Inseratenherrschaft, erreichen wollen, daß man bei Angriffen auch sie höre. Das ganze Lügengebäude fiel jämmerlich zusammen. Das Urteil lautete auf 100 M. Geldstrafe und Publikation in vier Zeitungen. In den Gründen heißt es, der Wahrheitsbeweis sei vollständig mißlungen, es sei nicht im geringsten erwiesen, daß an die „Tagespost“ ein derartiges Ultimatum auch nur gestellt, geschweige denn angenommen wurde.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang des Außenhandels in der Maschinenindustrie.

Eine Abschwächung im auswärtigen Handel mit Maschinen kommt für Deutschland zum ersten Male deutlich in der Bewegung der Import- und Exportziffern für den Monat Oktober zum Ausdruck. Sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr von Maschinen

haben gegenüber dem Vorjahre eine Abnahme erfahren. Die Ausfuhr von Maschinen ging nämlich von 208 818 Doppelzentner im Oktober 1906 auf 280 982 im diesjährigen Oktober zurück. Bei der Einfuhr sind die entsprechenden Zahlen 58 667 im Vorjahre und 48 414 in diesem Jahre. Der Rückgang der Ausfuhr beträgt demnach 8 Proz., der der Einfuhr 17 Proz. Trotz dieser Abnahme präferiert sich der diesjährige auswärtige Handel noch immer günstiger als im Vorjahre. In den ersten zehn Monaten stellte sich nämlich der auswärtige Handel der Maschinenindustrie, in Doppelzentner, wie folgt:

	Einfuhr	Ausfuhr
1905 . . .	658 250	2 484 470
1906 . . .	728 220	2 429 720
1907 . . .	775 584	2 717 908

Eine auffällige Abnahme weist im Oktober die Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen, vornehmlich von Nähmaschinen, gegenüber dem Vorjahre auf. Nachdem in den vorangegangenen Monaten die Einfuhr dieser Gruppe äußerst forciert worden war, ist im Oktober eine Reaktion eingetreten. Trotzdem übersteigt der Import landwirtschaftlicher Maschinen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres mit 329 465 Doppelzentner den vorjährigen noch um 18 Proz. Der Hauptlieferant für den Maschinenbedarf unserer Landwirtschaft war bisher Amerika, im Oktober führten wir von dort nur ganz wenig ein.

Entbehrungslöhne für Aktienbesitzer.

Es zahlten Dividenden:

	1906/06	1906/07
	Prozent	
Internationale Bohrergesellschaft Erkelenz, Reg.-Bezirk Aachen	500	500
Lugemburger Bergwerks- u. Saarbrücker Eisenhütten-Gesellschaft	45	50
Weidweiler Eisenwerke	16	18
Bergbau- u. Hütten-K.-G. Friedrichshütte	10	16
Chem. Fabriken Harburg-Stahlfurt	12	15
Thüringer Viehwirtschaften A.-G. in Königsee	11	18
Vereinigte Chem. Werke Charlottenburg	13	13
Eisenfelder Hütte	7	12 1/2
Potentialpapierfabrik Penig.	12	12
Dampfer Bergbau A.-G.	11	12
Eisenwerk Rote Erde, A.-G., Dortmund	0	12
Judersfabrik Dörflein	8	11
Boraxfabrik Dütschenreuter	11	11
Vereinigte Ultramarin-A.-G. (vormals Leberkuhn) Köln	8	10
Deutsch-Lugemburger Bergwerks- u. Hütten-Aktiengesellschaft	10	10
Schlef. Zellulose-Papierfabrik Ammerndorf	7 1/2	10
Schweimer Eisenwerk Mäler u. Co.	10	10
Aktien-Judersfabrik Bennigsen	5	10
Stahlfurter Chem. Fabrik vorm. Vorster u. Grüneberg	8	10

Diese Dividenden erschöpfen, wie schon wiederholt hervorgehoben ist, noch keineswegs den ganzen Gewinn der Aktienbesitzer, dieser fließt oft zu einem sehr bedeutenden Teile in die verschiedenen Reservefonds. Zuweilen stellt die Dividende nur ein Drittel des wirklichen Gewinnes dar. Die vereinigte Kunstseidenfabrik in Frankfurt a. M. & S. erzielte im letzten Jahre bei einem Aktienkapital von 3 1/2 Millionen Mark einen Reingewinn von 24 Millionen Mark, die aber zum großen Teil im Reservefonds zurückbehalten wurden. Die Aktionäre der Eisenfelder Farbenfabriken vormals Friedr. Bayer u. Co. erhalten im letzten Jahre wie gewöhnlich 30 Proz. Dividende, aber neben der ordentlichen Dividende noch eine außerordentliche von 20 Proz. Wenn sie einen so enormen Entbehrungslohn eingekassiert haben, können die Aktienbesitzer allerdings die jetzt eintretende Flaue Zeit bedröcklich übersehen und brauchen nicht, wie ihre Arbeiter, schweren Entbehrungen entgegenzusehen.

Vom belgischen Eisenmarkt berichtet die „Köln. Ztg.“: Die Geschäftslage auf dem belgischen Eisenmarkt spiegelt mit ihren gedrängten Preisen und den zahlreichen Betriebsbeschränkungen der letzten Wochen die ganz außerordentlich große Zurückhaltung und Vorsicht der Verbraucher und die höchst geringe Zahl der zum Abschluß kommenden wenig umfangreichen Geschäfte wieder. Im Auslandsgeschäft wurden die Preise durch den scharfen Wettbewerb der belgischen, deutschen und englischen Werke heruntergedrückt. Selbst im Inlande gehen die Preise jetzt durch die Jagd nach neuer Arbeit herunter, und die Werke, namentlich die Walzwerke, lassen bei den äußerst hohen, bis zum 1. April nächsten Jahres unveränderten Kohlen- und Kokspreisen und den teuren, nach ihrer Ansicht ungenügend ermäßigten Halbjahreslöhnen ihre Anlagen nicht verstopfen. Auf dem Hoheisenmarkt tritt jetzt der Wettbewerb der französischen Werke in Louvain auch in den Vordergrund. Lugemburgische Hoheisenwerke Nr. 111 stellt sich auf 70—77 Fr. gegen 70 Fr. Anfang Oktober, luxemburgisches Puddelroheisen auf 68,50 Fr. gegen 72,50 Fr. Anfang Oktober, Thomaseisen auf 80—81 Fr. mit einem Nachlaß von 1—2 Fr. gegen den Preis vor etwa sechs bis sieben Wochen.

Soziales.

Aufrechnung gegen einen Vorkauf.

Bei der Zeitungs-Korrespondenz Schweder u. Herßch war der Burauchgehilfe A. etwa vier Jahre lang zuerst als Radfahrer, dann als Sienotipist, tätig gewesen. Aus Anlaß der Lösung des Verhältnisses in diesem Herbst kam es zu einem Prozeß zwischen A. und dem Burauchgehilfe, bei dem es sich in der Hauptsache um die Frage der Kündigungsfrist — sechs Wochen oder 14 Tage — und um die der Aufrechnung von 100 M. handelte. Die 100 M. hatte A. vom Chef als Vorkauf auf den Lohn erhalten, damit er in der Lage war, sich ein Rad zu kaufen.

Auf Grund der Verhandlung kam das Berliner Gewerbegericht zu der Feststellung, daß zwar dem Kläger in Aussicht gestellt war, eine längere Kündigungsfrist solle ihm zulommen, daß aber eine entsprechende Vereinbarung noch nicht vorlag. Die bisherige vierzehntägige Kündigungsfrist habe weiter zu behandeln. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes und einiger Zahlungen rechnete die Kammer heraus, daß an sich dem Kläger 120,25 M. zulommen, wenn man die 100 M. zum Anlauf des Fahrradrades nicht in Betracht zieht. Unter Abrechnung des Vorkaufes wurde S. u. D. zur Zahlung von 20,25 M. verurteilt.

Kann die Regierung die Erteilung von Turnunterricht in Nord-schleswig durch nicht gepöhlte Turnlehrer verbieten?

Ueber diese Frage verhandelte, wie wir feinerzeit mitteilen, das Reichsgericht am 21. November, vertagte aber die Entscheidung auf den 9. Dezember. Gegen den Antrag des Reichsanwalts erlaubte das Reichsgericht am Montag auf die Revision des Staatsanwalts dahin, daß das Urteil des Landgerichts Flensburg vom 3. Mai, durch welches der Rahnarzt Jonathan Smith und zwei Redakteure von der Anklage der Aufforderung zum Ungehorsam gegen eine Verordnung freigesprochen worden sind, aufzuheben und die Sache an das Landgericht zurückzuverweisen sei. In den Gründen heißt es: Der alleinige und ausschließliche Entscheidungsgrund, auf dem die Freisprechung aufgebaut ist, bestand darin, daß es sich nicht um eine behördliche Anordnung im Sinne des Gesetzes handle. Dieser Entscheidungsgrund ist rechtsirrtümlich. Es handelt sich nach den Feststellungen um eine allgemeine behördliche Anordnung, die zu befolgen ist. Allerdings würde doch Freisprechung zu erfolgen haben, wenn ein oder das andere Tatbestandsmoment wegfiel. Ob es sich um eine Anordnung der Regierung in Schleswig innerhalb ihrer Zuständigkeit handelt, geht aus dem Urteil nicht hervor. Es läßt insbesondere in Frage, ob es sich hier um Anordnungen gehandelt hat, die auf ein gewerbemäßiges Unter-

nehmen hingelassen oder nicht. Bezüglich der subjektiven Schuld-momente fehlt es auch an der notwendigen Grundlage. Denn die Strafkammer stellt sich fest, daß Smith zwar aufgefordert habe zum Angehörigen, aber sofort hinzugefügt hat, man solle dieser seiner Aufforderung nicht Folge leisten. Bei dieser Sachlage hat die Strafkammer zu prüfen, ob der Angeklagte mit dem vom Gesetz geforderten Vorbehalt gehandelt hat. Diese Frage wird aber erst zu prüfen sein, wenn die Frage nach der Zuständigkeit der Regierung zum Erlass der fraglichen Verordnung bejaht ist. Dies wird wesentlich davon abhängen, in welchem Verhältnis die §§ 6 und 35 der Gewerbeordnung zu der Kabinettsorder von 1894 stehen.

Schadenersatz wegen Einbehaltung der Invalidenkarte usw.

Das Zurückhalten der Invalidenkarte und des Krankentassenbuches kostete der bekannten Versicherungsgesellschaft „Victoria“ 100 M. Der Sachverhalt war folgender: Der Kassenbote A. war in Wörlitz bei dem Zweigbureau der „Victoria“ als solcher herant ange stellt, daß er Inaktivprovision bezog, wobei ihm aber ein Jahresmindesteinkommen von 1200 M. garantiert worden war. Unter Berücksichtigung einer einmonatlichen Kündigungsfrist gab nun der Kassenbote am 20. Juni dieses Jahres seine Stellung auf. Beim Abgange erhielt er aber weder Invalidenkarte und Krankentassenbuch noch seine Kautionspapiere. Erst auf mehrmalige schriftliche Aufforderung wurden diese Papiere Mitte August dem Kassenboten zugesandt. Der Kassenbote klagte nun in diesen Tagen bei dem Gewerbeamt zu Berlin um eine Entschädigungssumme von 100 M. auf den Monat Juli. Er gibt an, daß er sich im Juli mehrfach um Anstellung bemüht hatte, solche aber nicht erlangen konnte, weil er von der „Victoria“ keine Entlassungspapiere vorlegen konnte. So z. B. legte der Kläger von der Versicherungsgesellschaft „Friedrich Wilhelm“ ein Schreiben vor, nach welchem diese Gesellschaft es solange ablehnte, in ein Engagementverhältnis zu treten, wie er an die „Victoria“ gebunden ist. Erst zum 1. August hat der Kläger wieder Stellung bekommen. — Das Gewerbeamt verurteilte die „Victoria“ zur Zahlung von 100 M. als Entschädigung für den Monat Juli. Das Urteil hebt hervor, daß dem Kläger beim Abgang unbedingt die Invalidenkarte und das Krankentassenbuch auszuhandeln werden mußte, denn es ist üblich, daß gewerbliche Angestellte nur engagiert werden, wenn Invalidenkarte und Krankentassenbuch vorliegt. Der Kläger hatte ordnungsmäßig gekündigt. Der Leiter des Wörlitzer Bureaus hatte in der Kündigungsfrist hinreichende Zeit, dafür Sorge zu tragen, daß am Abgangstage alles fertig bereit liege. Die Einrede der Beklagten Gesellschaft, daß die Entlassungspapiere von der Direktion in Berlin ausgestellt werden, und daß dadurch die Verzögerung eingetreten ist, wurde als unzutreffend bezeichnet. Es liegt nach Ansicht des Gerichts lediglich ein Versehen des Wörlitzer Generalagenten vor. Nach Lage der Sache ist es gleichgültig, ob der Kläger bei einer anderen Gesellschaft oder in einem Privat-Unternehmen Stellung nimmt. Daß der Kläger Schaden gehabt hat, erscheint dem Gericht glaubhaft, da er erst vom 1. August ab bei der „Friedrich Wilhelm“ wieder Stellung bekommen hat.

Lehener Wohnungszustände.

Reiche Gelegenheit zur Vervollbringung wirksamer und ehelicher Kulturarbeit in der „Schmalt“ bieten dem preussischen Staate die schmachvollen Wohnungsverhältnisse in diesem vielumworbenen Landesteil. Nach der am 31. November 1905 in der Stadt Brossen veranstalteten Wohnungszählung kommen auf ein bewohntes Grundstück 49 Wohnungen. Gemäß der von Dr. Schott-Mannheim aufgestellten Scala (unter einem Bewohner auf einen Wohnraum: 2: reichlich und reichlich — 1—2: gut und genügend — über 2: mangelhaft und sehr mangelhaft), die noch als sehr milde angesehen wird, waren nur in zwei Polizeirevierern genügende (1½ bis 2 Bewohner pro Raum), in fünf mangelhafte, in einem sogar sehr mangelhafte (über 2½) Verhältnisse. Von je 100 Wohnungen waren fünf Keller-, drei Dachwohnungen; 18 lagen im 3., sechs im 4., 0,2 im 5. Stock. Während die Kellerwohnungen sich seit 1900 von 7 auf 6 Proz. verminderten, nahm die Zahl der im 3. Stock und höher gelegenen von 20 auf 24 Proz. Von 1393 bewohnten Kellerwohnungen hatten 456 einen einzigen Wohnraum ohne, 434 einen solchen mit Küche. „Daß bei den 456 Familien, die je nur einen einzigen Wohnraum als „Wohnung“ haben, von einer menschenwürdigen Existenz nicht die Rede sein kann, liegt auf der Hand“, sagt der Bericht selbst. Tatsächlich ist aber dieses Urteil auf sämtliche Kellerwohnungen ausgedehnt — nicht minder auch auf einen sehr großen Teil der übrigen. Hatten doch von 28370 Wohnungen nicht weniger als 4195 nur einen einzigen bewohnbaren Raum ohne Küche, 7305 einen mit Küche und 611 zwei oder ohne Küche; zusammen 12411 = 43% Prozent. Etwa 1000 solcher Häuser waren von mehr als fünf Personen bewohnt. Im ganzen hatten von 100 Wohnungen 40 nur einen Wohnraum, 29 zwei Wohnräume, 15 drei Wohnräume.

Rur 82 Proz. der Wohnungen im Stadtgebiet hatten den Luxus eines eigenen Abortes, 65 mußten ihn mit anderen teilen; nach dem Bund der Hausbesitzervereine befand sich eine hohe Schule der Keinschheit und Vertäglichkeit 3901 = 3 Proz. aller Bewohner waren Salafleute.

Die durchschnittliche Miete ist seit 1895 von 863 auf 883 M. gestiegen. Für einen Wohnraum wurden 173 (170) M. bezahlt. Interessant ist die Berechnung des Verhältnisses der Miete zum Einkommen, den der Bericht aufstellt. Es betrug 1905

	1.	2.	3.
	Durchschnitts- miete eines heizbaren Zimmers	Einkommen pro Kopf	Verhältnis von 1 zu 2
in Charlottenburg . . .	246 M.	98,50 M.	0
„ Berlin	295	14,42	16
„ Brossen	164	9,92	17
„ Posen	173	7,10	24

Dabei handelt es sich in Charlottenburg um einen relativ großen, auch in Berlin um einen Teil höchst luxuriös eingerichteter Wohnungen. Ferner sind gerade die allerfeinsten Wohnungen besonders teuer unter Berücksichtigung von Zimmergröße und -höhe, Nebenräumen und Komfort selbst relativ teuer als die großen, die scheinbar teurer sind.

So kostete ein Zimmer in Wohnungen von einem Wohnraum 126 M., zwei Wohnräumen 145 M., drei 163 M., vier 184 M., sieben 237 M., zehn und mehr Wohnräumen 252 M.

Eine Ergänzung dieser Angaben liefert eine Untersuchung der Wohnungen der Stadtarmen. Es handelt sich hier nicht nur um Armenwohnungen sondern auch um zahlreiche solcher Familien, in denen Arme untergebracht waren, daher — und die Ergebnisse nicht als besondere Ausnahmefälle, sondern — aus verschiedenen Qualitäten gemischt — tatsächlich als typisch für einen sehr erheblichen Teil der Posener Wohnungen anzusehen.

Von diesen indgerannt 820 Wohnungen lagen im Keller 107 = 11,6 Proz., 3. Stock 129 = 14 Proz., 4. Stock 93 = 10 Proz., 5. Stock 3 = 0,3 Proz., 206 = 25,6 Proz. hatten weniger als 10 Quadratmeter Bodenfläche. Ja, es gab zwei Wohnungen mit weniger als 5 Quadratmetern Fläche und 3 bzw. 4 erwachsene Bewohner, acht mit weniger als 10 Quadratmetern und sechs bis acht, zwei mit 10—15 Quadratmetern und zehn erwachsenen Bewohnern. In zahlreichen Wohnungen ist der Luftraum pro Person geringer als 15 und geht herab bis auf 3,8 Kubikmeter pro Bewohner. Eigene Aborte hatten von 827 Wohnungen, über die hier eine Angabe gemacht ist, nur 39 (4,7 Proz.).

Charakteristisch ist auch der Mietpreis, auf den Raum berechnet. Es kostete ein Kubikmeter im Jahre die Wohnungen bis 10 Kubikmeter 6,41 M., 10 bis 20 Kubikmeter 4,34 M., 30 bis 40 Kubikmeter 3,17 M., 40 bis 50 Kubikmeter 3,01 M. und so weiter fallend bis 2,03 M. bei 80 bis 100 Kubikmetern. Dann steigerte sich der Preis, entsprechend dem größeren Komfort, auf 2,25 bei 100 bis 120 Kubikmetern, bis auf 3,31 bei 130 bis 140 Kubikmetern, worauf er wieder sinkt bis 1,47 bei 210 bis 220 Kubik-

metern, so daß in einem Hundestall von noch nicht 19 Kubikmetern der Luftraum etwa vier- bis fünfmal so teuer ist als in annehmbareren Wohnungen.

Eine neben vielen, steht auch diese Wohnverhebung als Anklage gegen unsere Weltordnung der Profitwirtschaft und Vermehrung der Armen da. Ein besonderes Interesse gewinnt sie aber dadurch, daß diese Zustände, die zu den schlimmsten in Reich gehören, gerade in der Provinz bestehen, in der die Hunderte von Millionen zur Erweiterung des „nationalen Besitzstandes“, d. h. zur Förderung junkerlicher Interessen und zur Befriedigung chauvinistischer Eitelkeit sorglos verschleudert werden. Wird der parlamentarische Fürst Sülow seinen allerhöchsten Herrn rufen, einmal bei einem der zahlreichen glänzenden Besuche in Posen eine Parade oder ein Festmahl ausfallen zu lassen und dafür die Wohnungen der Armen zu besuchen, die das Glück haben, im Königreich der christlichen Sozialreform zu leben? Vielleicht läuten dann mancherlei Gedanken: z. B., daß es recht gleichgültig ist, in welcher Sprache die Bewohner dieser Provinz sprechen — sehr wichtig aber, ob sie als Menschen menschenwürdig leben können. Vielleicht fände sich dann auch eine nützliche Verwendung für den prunkvollen Königspalast, der jetzt, um die meiste Zeit leerstehend, für viele schwere Millionen des armen preussischen Volkes in Posen gebaut wird. Behaupten doch die Verberberer unserer heutigen Zustände, die preussischen Könige seien allezeit Könige der Armen gewesen.

Gerichts-Zeitung.

§ 153.

Aus dem Haufen vor dem Münchener Schöffengericht dieser Tage entschiedener Anklagen, die aus Anlaß der Kohlenbewegung in der Münchener Metallindustrie im September erhoben wurden, verdient ein verständiges Urteil hervorgehoben zu werden.

Ein Streikender rief einem Arbeitswilligen, als dieser den Betrieb verließ, das Wort Streikbrecher zu. Der Beklagte bestritt diesen Vorwurf: „Er habe dem ihn begleitenden Kollegen nur gesagt: Willst Du auch der den Beklagten begleitende Kollege nicht gehorchen.“ Das Gericht nahm trotzdem an, daß Beklagter den Ruf Streikbrecher gemacht habe, es sei nicht ausgeschlossen, daß der Zeuge den Ruf überhört habe. Das Gericht hat sich aber nicht überzeugen können, daß der Beklagte durch diese offenkundige Ehrverletzung bezweckt, den Arbeitswilligen zur Teilnahme am Streik zu bestimmen. Es erachtet diese Kundgebung lediglich als Ausdruck der Mißachtung, ohne daß damit der Beklagte eine weitere Einwirkung auf den Arbeitswilligen ausüben wollte. Der Beklagte war daher von dem Vergehen nach §§ 152, 153 der Gewerbeordnung freizusprechen.

Das Gericht hat in diesem Falle zutreffend angenommen, daß in so gelagerten Fällen es den Arbeitern weniger darum zu tun ist, die Arbeitswilligen durch einen Ruf, wie Streikbrecher, zur Teilnahme an der Bewegung zu veranlassen, sondern daß tatsächlich die Streikenden lediglich ihre Mißachtung vor dem Gebären der Arbeitswilligen, das einen offenen Verrat bedeutet, ausdrücken wollen. In ähnlichen Fällen wird von Gerichten sehr selten der richtige Sachverhalt erkannt. Deshalb verdient das Münchener Schöffengerichtsurteil besondere Hervorhebung.

Genießt der Jüngling ein Vergnügen, so sei er dankbar und verschwiegen.

Wäre dieser Vers von Wilhelm Busch von dem 21-jährigen Schlosser Otto Böttcher genau befolgt worden, so hätte er gestern nicht vor dem Straftribunal erscheinen brauchen. Unter der Anklage der verübten Erpressung mußte sich der junge Mann gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Der Anklage lag eine kleine „Ehrerungssache“ zugrunde, in welcher der Angeklagte und die Ehefrau eines Maschinenmeisters die Hauptrollen spielten. Lehreter war schon ein Mann in gereifteren Jahren. Zu seinem Unglück hatte er sich eine noch sehr junge Frau genommen, die absolut nicht damit einverstanden war, daß ihr Ehegatte schon mehrere Monate hindurch Nachdienst in dem Werk, in dem er angestellt war, machen mußte. Die junge und sehr lebenslustige Frau geriet auf Abwege und besuchte häufig einen Wirtensaal, auf dem sie sich als „junge Witwe“ sehr gut amüsierte. Auf einem derartigen Vergnügen machte sie die Bekanntschaft des Angeklagten Böttcher, der ihr sehr gut gefiel. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich ein Liebesverhältnis. Schließlich ließ die junge Frau für ihren Galan auch noch Extrajähr für ihre Wohnung anfertigen, wo sich das Pärchen, während der Ehefrau Nachdienst tat, ein Stelldichein gab. Allmählich wurden dem jungen Manne die nächsten Zusammenkünfte mit der etwas lieblosen Frau zuviel. Um das Verhältnis zu lösen und gleichzeitig einen kleinen Profit dabei herauszuschlagen, kam er, hat wie Busch es empfiehlt, „dankbar und verschwiegen“ zu sein, auf folgenden Plan. Er richtete an die verliebte junge Frau einen Brief, in welchem er drückte, er würde ihrem Ehemann die Extrajähr überreichen und ihm zugleich gewisse Dinge mitteilen, wenn sie ihm nicht umgehend 20 Mark überreichen würde. Die junge Ehefrau legte nunmehr ihrem betrogenen Ehemann eine Beichte ab. Gegen den ungalanten Liebhaber wurde Anzeige wegen Erpressung erstattet. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den schmuckvollen Erpresser nur 2 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis, da der Angeklagte nach zwei Richtungen hin eine überaus gemeine und ehrsüchtige Bestimmung an den Tag gelegt habe.

Verurteilter Totschlag.

Das Urteil des Schwurgerichts Görlitz vom 15. Oktober, durch welches der Baumeister Moritz Wandschilb aus Weiswasser wegen verübten Totschlages zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt ist, hat das Reichsgericht am Montag durch Verurteilung der vom Angeklagten eingelegten Revision bestätigt. Der Angeklagte, welcher verheiratet und Vater einer 11-jährigen Tochter ist, war in die 10-jährige Tochter eines Glasfabrikbesizers in Weiswasser verlobt. Mit diesem Mädchen hatte sich der Tierarzt Gutsche aus Wunsrau verlobt und als G. am 28. April 1907 sich nach Weiswasser begab, um die Verlobung zu feiern, hat Wandschilb auf dem Bahnhof in Weiswasser auf G. mehrere Revolverkugeln abgedeutet.

Aus der frauenbewegung.

Schmuglkonkurrenz.

Am-mitten, Zentrumler und Konservative haocen im Reichstage wieder mal den Mittelstand gerettet. Erst packen sie den Handwerker, keinen Gewerbetreibenden und Arbeiter die Zolllasten auf, laden noch diverse Wandel Steuern dazu, um die starken Schultern zu schonen, dann lassen sie ihren Mund überfließen von Arbeiter- und Mittelstandsfreundlichkeit. Das kostet nichts und die Herrschaften verpflichten sich zu nichts. Wer objektiv die Verhältnisse betrachtet und ehlich sein will, muß anerkennen, daß all die von den Mittelständlern propagierten Mittel stumpfe Waffen sind. Das Zentrum hat die Warenhaussteuer, die es früher mit Force vertret, zum alten Eisen geworfen, aber im Reichstage wird das geschieht verborgen. Da reden die antimittelständlichen, zentrumlichen und konservativen Mittelstandsbreiter von Schmuglkonkurrenz und doch ist ihr eigenes Tun anders nichts als Schmuglkonkurrenz zur Abwehr nur von der Sozialdemokratie geforderten realen Sozialreform. Uebrigens von einer Schmuglkonkurrenz spricht kein Mittelständler. Es ist die abscheulichste, die sich denken läßt. Das ist ersichtlich, wird sie doch sowohl von den frommen Zentrumstrafen und dito Ordensschwefelern als auch von vielen profitlustigen ungetauften Antikemiten und von getauften Juden praktiziert. Es ist die Unterbegünstigung der weiblichen

Arbeitskraft, als Mittel den Lohn der Männer zu drücken. Die schließlichen Magnaten werfen Männer aus der Arbeit, stellen deren Frauen ein, weil diese für ein Drittel des Männerlohnes arbeiten müssen. Die Männer können dann zu Hause wirtschaften; das sind ideale christliche Verhältnisse.

Und genau so machen es die anderen Netter des Mittelstandes. Selbst in der Zeit der größten Nachfrage am Arbeitsmarkt bleiben die Löhne der Frauen auf einem niedrigen Niveau, überfließt aber das Angebot der Nachfrage, dann muß oft die billige Frauenarbeit die teurere Männerarbeit ersetzen. Das ist eine Schmuglkonkurrenz, die den Zweck hat, die Schäden einer rückläufigen Konjunktur nach Möglichkeit auf die Arbeiterkraft abzuwälzen. Wer mit der Schmuglkonkurrenz auskommen will, der muß hier anfangen. Aber gerade die Mittelstandsbreiter sind die eifrigsten Freunde und Ausüßer der verdamnungswürdigsten Schmuglkonkurrenz. Fort mit dem unlauteren Wettbewerb, Proletarierfrauen gegen Proletariermänner auszuküpfeln, fort mit der Schmuglkonkurrenz.

Veranstaltungen — Veranstellungen.

Zehndorf. Mittwoch, den 11. Dezember, bei Nied, Karstr. 12: Vortrag.

Moabit. Der Veseabend findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag den 12. Dezember, statt.

Wilmersdorf. Donnerstag, den 12. d. M.: General-Versammlung im Union-Park.

Steglitz. Am 12. Dezember: Versammlung des Bildungsbereichs für Frauen und Mädchen. Tagesordnung: Vortrag. Diskussion. Verschiedenes. — Es wird höflichst ersucht, die Mitgliedsblätter mitzubringen. Der Vorstand.

Veranstaltungen.

Sozialreform für Privatangestellte

forderte eine öffentliche Versammlung von Bureau- und Krankentassenangestellten, die am Montag im Musiksaal in der Kaiser-Wilhelmstraße tagte. Der Referent Reichstagsabgeordneter Rolfenbühr beleuchtete das Gebiet der sozialen Gesetzgebung im allgemeinen und zeigte im besonderen, daß für die Bureauangestellten auf diesem Gebiete noch nichts geschehen ist. Weder die Arbeitergesetzgebung noch die Arbeiterversicherungsgesetze gelten für die Bureauangestellten, weil sie nicht als Arbeiter im Sinne des Gesetzes betrachtet werden, obwohl sie des Schutzes und der Versicherung ebenso dringend bedürfen wie die gewerblichen und industriellen Arbeiter. Auch eine Forderung der Rechtsprechung, wie sie für die Arbeiter in den Gewerbeämtern und für die Handelsangestellten in den Kaufmannsgerichten besteht, gibt es für die Bureauangestellten nicht. Da die Gesetzgebung für die Bureauangestellten nichts getan hat, so wäre es deren Sache, sich selbst zu helfen und ihre Lage nach Möglichkeit zu verbessern, etwa durch Abschluß von korporativen Arbeitsverträgen zwischen den beiderseitigen Organisationen. Die Angestellten in Krankentassen haben das ja erreicht. Aber die Angestellten in Anwaltsbureaus sind in dieser Hinsicht auf ein abnehmendes Verhalten der Anwaltskammer geschlossen. Neuerdings sind ja Bestrebungen im Gange, die auf die Schaffung einer Versicherung der Privatbeamten gerichtet sind. Nichtiger würde es sein, dem Vorschlage von sozialdemokratischer Seite zu folgen und die bestehende Invalidenversicherung darauf zu erweitern und auszubauen, daß zu den jetzt bestehenden Beitragsklassen noch eine neue Klasse für die Beförderbedienten eingerichtet wird und daß die Rente mit 33% Proz. des Arbeitsverdienstes beginnt und mit den steigenden Leistungen bis 60% Proz. steigt. Auch müßte der Begriff der Invalidität anders gefaßt werden wie im jetzigen Gesetz. Die gesetzliche Witwen- und Waisenunterstützung steht ja jetzt in Aussicht. Notwendig ist auch eine gesetzliche Arbeitslosenunterstützung. — Wenn die Bureauangestellten auf sozialgesetzliche Maßnahmen zu ihren Gunsten drängen, so ist zu erwarten, daß ihnen derselbe gesetzliche Schutz gewährt werden wird, den die Handelsangestellten genießen, denn jetzt sind ja alle Parteien darauf bedacht, die Wünsche des neuen Mittelstandes zu erfüllen. Diese Stimmung muß ausgenutzt werden. Das eine aber sei in erster Linie zu bedenken: Was auch auf dem Gebiete der Schutzgesetzgebung geschehen mag, es wird nur einen zweifelhaften Wert haben, wenn nicht eine starke Organisation der Angestellten die Innehaltung und allseitige Durchführung der Gesetze erzwingt. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Die zahlreichen Diskussionsredner waren mit dem Referenten durchaus einverstanden. Einige Redner beleuchteten durch tatsächliche Angaben die traurige Lage der Bureauangestellten. Ein Redner sagte, er habe im Bureau von Rudolf Rosse, dieser hervorragenden freiwirtschaftlichen Wochenschrift, gearbeitet und einen Tagelohn von 2 M. erhalten. Nach mehrfachen Vorstellungen habe er dann eine Zulage von täglich 25 Pf. erhalten, er habe es aber bei solchem Hungerlohn nicht lange aushalten können und sich andere Beschäftigung gesucht. — Ein anderer Redner machte Angaben über die Löhne, welche die Verfertigungsgesellschaft „Nordstern“ in der Rauerstraße ihren Angestellten zahlt. Nur wenige erhalten über 2000 M. jährlich, wohl aber hätten 180 Angestellte Gehälter unter 2000 M. Unter diesen 180 seien 83 weibliche Angestellte, ein fast doppelt so hoher Prozentsatz wie bei anderen Verfertigungsgesellschaften. Natürlich beschäftige die Gesellschaft „Nordstern“ nur deshalb so viele weibliche Arbeitskräfte, weil diese billiger arbeiten wie männliche Angestellte. 9 weibliche Angestellte erhalten Monatsgehälter von 80—100 M., 12 erhalten 50—80 M. und 12 bekommen weniger als 50 M. monatlich. 55 jugendliche Arbeiter im Alter von 14—20 Jahren werden mit 30—70 M. entlohnt, nur 3 von ihnen bekommen 70 M. Eine Anzahl verheirateter Männer müssen sich mit Monatsgehältern von 60 M. begnügen. Die so niedrig entlohnten Angestellten würden auf die Akquisition verwiesen, die sie noch nach ihrer achtstündigen Bureauarbeit ausüben sollten, um etwas hinzuverdienen. — Fraulein Wien führte an, daß beim „Lokal-Anzeiger“ Stenotypistinnen mit 40—50 M. monatlich entlohnt werden. Eine Stenotypistin, welche die ganze Korrespondenz für das Ausland leitet, erhalte nur 90 M. monatlich.

Unter Hinweis auf die überaus gedrückte Lage der Bureauangestellten forderten alle Redner zum Eintritt in die Organisation, den Zentralverein der Bureauangestellten auf, denn nur durch eine starke Organisation könne eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erlangt werden. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die von etwa 700 Personen besuchte Versammlung von Bureauangestellten aller Branchen erklärt, daß in Anbetracht der im Beruf bestehenden Mängel in bezug auf Kündigungsfrist, Arbeitszeit, hygienische Verhältnisse in den Bureaus, Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis usw. ein Eingriff der Gesetzgebung dringend notwendig ist. Die Versammlung spricht ihr tiefes Bedauern darüber aus, daß die Regierung trotz des wiederholten Verlangens des Reichstages es bisher nicht für nötig befunden hat, die in der Gewerbeordnung und dem Handelsgesetzbuch für die gewerblichen Arbeiter und Handlungsgehilfen geschaffenen Schutzbestimmungen auf die Bureauangestellten auszuweiten und dem Verlangen nach gesetzlicher Regelung ihrer Berufsverhältnisse endlich einmal nachzukommen, um der jetzt bestehenden Rechtslosigkeit ein Ende zu bereiten. Die Versammlung erklärt es für Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, durch Anschluß an ihre Berufsorganisation ihren Willen nach Durchsetzung ihrer Forderung zu beweisen, indem sie anerkennen, daß einzig und allein durch eine machtvolle Organisation eine Besserung der so tief daniederliegenden Berufsverhältnisse herbeigeführt werden kann.“

Carifverhandlungen in der Holzindustrie

Vor einiger Zeit fanden in Kassel Verhandlungen statt zwischen dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes für die Holzindustrie und dem Hauptvorstande des deutschen Holzarbeiterverbandes.

Die in Kassel angeregten Verhandlungen wurden am Dienstagvormittag im Bürgerfale des Berliner Rathauses eröffnet.

Herr v. Schulz sagte, als er die Sitzung eröffnete, es gelte, eine neue Grundlage zu schaffen für Tarifverträge, die den Frieden in der Holzindustrie aufrecht erhalten sollen.

An der Verhandlungskonferenz nahmen teil auf der einen Seite der Vorstand des Arbeitgeberverbandes, auf der anderen Seite die Vorstände des Deutschen Holzarbeiterverbandes, des Christlichen Holzarbeiterverbandes und des Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereins.

Ueber die Ansichten, welche die Arbeitgeber bei dieser Konferenz leiten, sagte Obermeister Kahardt: Die Aussprache solle dazu dienen, die Vertreter der Arbeiter zu überzeugen, daß ihre Wünsche nicht erfüllt werden können, wenn auch die Arbeitgeber ihre Existenz aufrechterhalten wollen.

Leipart (zweiter Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes) erwiderte darauf: In den meisten Städten sei ja der Tarif gar nicht gekündigt, viele Orte seien durch die Verhandlungen geradezu überzogen, denn sie hätten mit einer unveränderten Verlängerung der Verträge gerechnet.

Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit bildete nun den Mittelpunkt der Debatte. Obermeister Kahardt sagte, die Holzindustrie stehe hinsichtlich der Arbeitszeit günstiger da, wie irgend eine andere Industrie.

Leipart betonte, die Arbeiter seien seit Jahrzehnten bemüht, eine Verständigung über die Arbeitsverhältnisse mit den Arbeitgebern herbeizuführen.

Nach einer Erhebung des Verbandes, die sich über 700 Städte mit 10 400 Betrieben und mehr als 110 000 Arbeitern erstreckt, habe die Mehrzahl eine Arbeitszeit von 57, 54 Stunden und darunter.

Zm weiteren Verlauf der Debatte wurden manymal auch die in einzelnen Städten aufgestellten Forderungen gestreift, jedoch kam die Diskussion immer wieder auf die hauptsächlichsten allgemeinen Gesichtspunkte zurück.

an ein und demselben Tage ablaufen. Seitens des Deutschen Holzarbeiterverbandes wurde hierzu bemerkt: Herr Rietsch habe ja jetzt den Kampfsplan der Arbeitgeber verraten, aber er habe den Arbeitern damit nichts Neues gesagt, denn dieser Plan sei schon bekannt.

Obermeister Kahardt schlug wieder einen mehr friedlichen Ton an. Er sagte, die Arbeitgeber hätten den Wunsch, in ein friedliches Verhältnis mit den Arbeitern zu kommen, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen könne nichts bewilligt werden, weder Arbeitszeitverkürzung noch Lohnerhöhung.

Arbeitgeber Deuster-Deimold erklärte, die Arbeitgeber seines Bezirkes würden der neunstündigen Arbeitszeit nicht zustimmen.

Leipart bemerkte, die von Herrn Kahardt in Aussicht gestellte Verständigung über die Verkürzung der Arbeitszeit entspreche nicht ganz den Wünschen der Arbeiter.

Die Arbeitgeber begründeten ihren Widerstand gegen die Arbeitszeitverkürzung damit, daß sie sagten, jede Verkürzung der Arbeitszeit bringe erfahrungsgemäß eine Lohnerhöhung mit sich, die aber nicht bewilligt werden könne.

Nachdem die Diskussion bis gegen Abend gewährt hatte, stellten die Vertreter der Parteien kurze Sonderbesprechungen ab. Das Ergebnis derselben war, daß nunmehr die Vertreter der einzelnen Städte unter Hinzuziehung der Zentralvorstände verhandeln.

Die Verhandlungen über die Einzeltarife sind nicht öffentlich.

Zur Lage der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter.

Wenn man aus den Jahresberichten der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Deutschlands Material zur Beurteilung der Lage der Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter gewinnen will, so darf man diese Hoffnungen nicht zu hoch spannen.

Kum zu den uns vorliegenden Berichten selbst:

Dieser entnehmen wir zunächst folgende Zahlen:

Table with 5 columns: Landwirtschafliche Berufs-genossenschaft, Betriebe (1905, 1906), Unfälle (gemeldet, entst. d. d.). Rows list various regions like Bosen, Schleffen, Ostpreußen, etc.

Es ist aus obiger Zusammenstellung ersichtlich, daß bei diesen mangelhaften Berichten eine einigermaßen brauchbare Statistik gar nicht möglich ist. In acht Berichten fehlt jeder Nachweis über die Zahl der versicherten Betriebe, also die Hauptsache.

Und wie wichtig wäre eine genaue Statistik, die von Jahr zu Jahr weitergeführt würde.

Eine Ausnahme der Betriebe haben die Berufsgenossenschaften Neuh. i. L., Königreich Sachsen, Hamburg, Ostpreußen und Mecklenburg zu verzeichnen.

Sehr groß ist oft auch die Zahl der versicherten Nebenbetriebe in den einzelnen Berufsgenossenschaften. So berichtet „Oberfranken“, daß z. B. 715 Brauereien und Mälzereien, 214 Brennereien, 139 Steinbrüche usw. als Nebenbetriebe der Landwirtschaft mitversichert sind.

Ueber die Größe der versicherten Betriebe enthält der Bericht der Berufsgenossenschaft für „Braunschweig“ beachtenswerte Zahlen:

Table with 3 columns: Betriebsgröße (bis zu 10 Hektar, über 10), Grundsteuerkapital. Shows data for 43 281 and 182 312 hectares.

Unter 10 Hektar Feld hatten also 43 281 Kleinbauern, während nur 5646 Bauern über 10 Hektar ihr Eigen nennen und eine Gesamtfläche von 182 312 Hektar bebauen.

Mehr als 43 000 Kleinbauern im Braunschweiger Bezirk haben also demnach unter 1000 M. Jahreseinkommen aus ihren Betrieben!

Table with 2 columns: Klasse (I-VI), Lage erforderlich sind. Shows distribution of farms by size class.

Betriebe vorhanden, zu deren Umtrieb je ein Arbeitsaufwand von mehr als 1200 Arbeitstagen erforderlich ist.

Die Zahl der beitragspflichtigen Betriebe betrug am Schlusse des Jahres 1906 10 284 gegen 10 242 im Vorjahr und zwar:

Table with 3 columns: Betriebsgröße (bis 1 ha, 1-2 ha, etc.), Landwirtschaf, Forstwirtschaf, Gärtnerei. Shows total counts for each category.

Diese Betriebe eingeteilt in die Unterabteilungen: Kleinbetriebe (bis 5 ha), Mittelbetriebe (über 5 bis 75 ha) und Großbetriebe (über 75 ha Fläche) ergeben folgende Zusammenstellung:

Betriebsgröße	Landwirtschaft	Forstwirtschaft	Gärtnerei	
Kleinbetriebe	6833	nämlich: 4834	1898	121
Mittelbetriebe	3320	2308	811	3
Großbetriebe	61	43	19	—

Beitragsfreie Betriebe, das sind Betriebe mit unter 20 a Fläche mit Ausschlag der Kunst- und Handelsgärtnereien sind 650 vorhanden. Wesentlich besser ist die Landwirtschaft in Oldenburg gestellt, denn nach dem Bericht wurde unterschieden:

Gefahrenklassen	Betriebe
1. Landwirtschaft ohne maschinellen Betrieb und ohne Verwendung von Pferdespannkraft	8750
2. Landwirtschaft mit Verwendung von Pferdespannkraft oder Forstwirtschaft	21096
3. Verwendung von durch Zugtiere (Göpel), durch Dampfkraft oder durch sonst elementare Kraft bewegten Maschinen	10785
Zusammen	35020

Eine interessante Uebersicht bringt auch der Bericht für „Weimar“, welcher uns zugleich die Gefährlichkeit der Betriebe zeigt, wie folgt: Es ereigneten sich im Berichtsjahre in Betrieben mit einem Flächeninhalt von

über	Betriebe	Unfälle	Prozent
0,20 bis einschl. 1 ha., d. f. ca.	10 769	30	0,27
1 „ „ „ „ „ „ „ „	5 492	34	0,62
2 „ „ „ „ „ „ „ „	8 173	107	1,30
3 „ „ „ „ „ „ „ „	6 186	90	1,45
10 „ „ „ „ „ „ „ „	4 449	68	1,53
20 „ „ „ „ „ „ „ „	2 068	51	2,46
50 „ „ „ „ „ „ „ „	266	23	8,64
über 100 „ „ „ „ „ „ „	288	42	14,24

Insgesamt in 37 620 Betr. 445 einsch. Unf.

Außerdem ereigneten sich zwei Unfälle in Betrieben mit einem Flächeninhalt von unter 0,21 ha, welche beitragsfrei sind und deren es circa 2500 im Großherzogtum gibt, sowie ein Unfall in einem Betriebe ohne Bodenbewirtschaftung (Dampfdruckgenossenschaft), von denen ungefähr 100 unserer Berufsgenossenschaft angehören.

Die Berliner Freie Studentenschaft hat zum Donnerstag, den 12. Dezember, nach dem „Germanialalen“, Schauffstr. 110, eine Versammlung einzuberufen, in der Herr Universitätsprofessor Hellwig über „Kulturkreisarm“ sprechen wird. Nach dem Referat findet eine Diskussion über das Thema statt.

Freie Jugendorganisation Berlin, Abteilung XX. Donnerstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, bei Herrn B. Laaser, Kaufstr. 25: Versammlung. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Nachblatt für Holzarbeiter. Heft 12 des zweiten Jahrganges, Dezember 1907. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart.

Prof. Dr. E. Gurkitt, „Der Verkehr mit meinen Kindern“, Concordia Deutsche Verlagsanstalt, D. E. H. in Berlin W. 30. Preis geb. R. 3.—, geb. R. 4.—.

Witterungsübersicht vom 10. Dezember 1907.

Stationen	Barometer (nach mm)	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temp. in C.	Temp. in F.
Stettin	752	SW	3	2 wolkig	3	37,4
Hamburg	750	SW	6	5 bedeckt	6	42,8
Berlin	754	SW	4	2 wolkig	4	39,2
Konstanz	754	SW	4	bedeckt	7	44,6
München	760	SW	4	2 wolkig	4	39,2
Wien	761	SW	7	2 halb bb.	7	44,6

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 11. Dezember 1907. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Regenfällen und leichten südwestlichen Winden; später zeitweise auflockernd und wieder etwas kälter.

Berliner Wetterbureau.

An unsere Inserenten, welche Inserate größeren Umfanges für die nächste Sonntags-Nummer aufzugeben beabsichtigen, richten wir die höfliche Bitte, dieselben bis Donnerstag nachmittag 5 Uhr in unserer Haupt-Expedition aufzugeben.

Verlag des „Vorwärts“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 11. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Barbier von Bagdad.

Königl. Schauspielhaus. König Oedipus. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsches. Das ihr wollt. Kammerpiele. Katharina Gräfin von Arnouville.

Anfang 8 Uhr.

Berliner. Wandart. Festung. Vom anderen Ufer. Neues. Baccarat.

Neues Schauspielhaus. Der Peter. Nachmittags 3 Uhr: Frau Post.

Schiller (Wallner-Theater.) Der Revisor.

Schiller Charlottenburg. Der Richter von Salama.

Friedrich-Wilhelmsstadt. Schauspielhaus. Siegfrieds Tod. Nachmittags 3 Uhr: Lügenmännchen und Wahrheitmännchen.

Kleines. Mandragola.

Zentral. Frau Warrens Gewerbe. Theater an der Spree. Droscher Krippenspiel. Nachmittags 4 Uhr: Dornröschen. Sonntag. Rigoletto. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Kumpelstücken. Meubens. Ganz der Papa. Komische Oper. Die verkaufte Braut. Westen. Die lustige Witwe. Nachmittags 4 Uhr: Schneewittchen. Lustspielhaus. Huzarenlieber. Nachmittags 3 Uhr: Peter Gernstein.

Trianon. Fräulein Josselle — meine Frau.

Thalia. Die gelbe Gefahr. Nachmittags 4 Uhr: Kottkappchen. Luisen. Ein seltsamer Fall. Bernhard Hofe. Die Geisha. Metropol. Das muß man seh'n. Apollo. Sylvester Schäffer jr. Siegen. Gedes.

Walthalla. Spezialitäten. Hofles Caprice. Geteilte Liebe. Kasino. Niederleute. Gebr. Herrnfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachleben. Passage. Paula Wirth. Spezialitäten.

Prater. Das Opferkamm. Nachmittags 3 Uhr: Kottkappchen. Palast. Am heiligen Abend. Spezialitäten.

Parodie. Das Ungeheuer. Papst-Friedrich. Konna Banna. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Steintiner Sänger. Urania. Tantenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

Berliner Theater.

Gastsp. des Neuen Operett-Theaters. **Blaubart.** Kom. Oper in 3 Akten v. J. Offenbach. Anfang 8 Uhr. Morgen u. folgende Tage: Wandart.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

Baccarat.

Donnerstag: Baccarat. Freitag: Baccarat.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: Agnes Sorma. **Mandragola.** Donnerstag: Mandragola. Freitag: Mandragola. Samstag: Mandragola.

Theater des Westens.

8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: **Frühlingsluft.**

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.

Nachmittags 3 Uhr: Lügenmännchen und Wahrheitmännchen. Ein Weihnachtsmärchen mit Gesang u. Tanz in 3 Bild. v. Gdner. Al. Preise. Abends 8 Uhr: **Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.** Donnerstag: Kriemhilds Rache.

Lovizing-Theater

Nachm. 3 1/2 Uhr: Kumpelstücken. Abends 8 Uhr: **Rigoletto.** Donnerstag: Der Freischütz. Freitag: Hans Heiling. Sonnabend nachmittag 3 1/2 Uhr: Kumpelstücken. Abends 8 Uhr: Die Einführung aus dem Serral.

Lustspielhaus.

Nachm. 3 Uhr: Peter Gernstein. Abends 8 Uhr: **Huzarenlieber.**

Zentral-Theater.

Gastspiel des Heddel-Theaters. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Schneewittchen und Rosenrot. Abends 8 Uhr: **Frau Warrens Gewerbe.** Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr.

Ganz der Papa.

Schwank in 3 Akten von Marx und Descailleres. Deutsch v. R. Schman. Baron des Aubrais: Rich. Alexander. Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr: **Der Prinzgemahl.**

Luisen-Theater.

Reichsbergerstr. 34. Abends 8 Uhr: **Ein seltsamer Fall.** Donnerstag: Der Leiermann und sein Pflegekind. Freitag: Erziehung zur Ehe. Gesellschaftliche Vorstellung. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen. Abends: Das Heiratsnetz. Sonntag nachm. 3 Uhr: Berlin wie es weint und lacht. Abends: Ein seltsamer Fall. Montag: Der Leiermann und sein Pflegekind.

Theater an der Spree

Köpenickerstraße 68. Nachm. 4 Uhr: Geinzelmännchen. Abends 8 Uhr: **Tiroler Krippenspiel.** Donnerstag 3 1/2 Uhr: Tiroler Krippenspiel für Schüler d. halben Preisen.

Passage-Theater.

Abends 8—11 Uhr. **Die singenden Engelsköpfe** Martin Kettner Erna Fröhlich und das großartige Dezember-Programm.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Der Revisor.** Lustspiel in 3 Akten v. Nikolai Gogol. Deutsch von G. v. Schabetski. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Revisor.** Freitag, abends 8 Uhr: **Das vierte Gebot.**

Schiller-Saal (Schiller-Theater) Charlottenburg

Mittwoch 9 Uhr: Vortrag Dr. W. Osborn: Arnold Böcklin. Mit Lichtbildern. Jährter Vortrag des Julius: Wasser der Neuzeit.

Zirkus Schumann

Heute, Mittwoch, den 11. Dezember, abends prägnante 7 1/2 Uhr: **Grande Soirée equestre.** Elite-Programm. U. a.: **Fr. Dora Schumann**, phänomenale Daghalle. Sprünge über schwere Hindernisse. Der größte und beste Kunstst. der Gegenwart.

6 liegende 2 Damen Banvards 4 Herren Sensationelle Novität! **La table du diable The three Demons** Dr. Albert Schumanns neue u. r. f. e. Monsterdresuren und die großartigen Dezember-Spezialitäten. Zum Schluss: **Die diesjährige große Wasser-phantomie**

Ein Fest **Auf dem Neckar**

Reichshallen-Theater.

Steintiner Sänger. Weihnachts-Programm! Anfang wochentl. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Donnerstag, 29. Dezbr. (2. Heiratsn.): **Gr. Weihnachts-Benefit-Matine.** Reichshallen-Restaurant: **Wittier-Konzert.**

XIII. Saison. Zirkus Busch

Mittwoch, 11. Dez., prägn. 7 1/2 Uhr: **Große Vorstellung.** **Kremo-Family** 10 Pers. Ferner: Geschwister Vichis. Mit Virginia Bell. Fr. Estelle Preval. Schulerleiterin. Herr E. Schumann, Reudresuren. Um 10 Uhr: **Auf der Hallig.** Desj. gr. Kunst. Pant. d. B. H. T. Busch. Riesen-Illusionsakte mit Wasser. Sonntag, den 15. Dezember: **S. I. Waie: Jodel und Koto!** D. entp. Affen i. d. Sommertrische. Gr. hum. Wasserpant. i. 2 Bildern.

Apollo Theater

Abends: **Elite-Vorstellung!** 9 Uhr: **Sylvester Schäffer jr.** Sonntag, 15. Dezbr., nachm. 3 1/2 Uhr: **Familien-Vorstellung.** Kleine Preise! 8 Uhr: **Die neuen Spezialitäten.** U. a.:

Biogr-Theater „Westend“

Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. **Neu! Elegant! Interessant!** Täglich Vorstellung von 5—11 Uhr. Sonntag von 3—11 Uhr. Stehger Eingang von Neuheiten.

Metropol-Theater

Anfang prägnante 8 Uhr. **Das muß man seh'n!!** Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. **G. Thielseher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi.** Rauchen überall gestattet. **Sonntag, 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Die Herren von Maxim.**

Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 67. Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11—6 Uhr. **Rur noch wenige Tage: Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachleben!** Sonntag 8 Uhr: **Die Meyerhains.** Sonnabend, den 14. Dezember: **Premiere** von **Papa Genossen.**

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Hill. Opernstr. 16. Gedächtnisfeier für den Kapellmeister Kiefer u. Wohlthätigkeit-Benefit für seine Witwe. **Künstlers Erdenwallen.** Ein Künstler-Lebensbild v. Wohlthät. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag: Mutter und Sohn.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: **Ueber den Brenner nach Venedig.** Invalidenstr. 57—62: Sternwarte. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.



Auftreten von: Robert Steldi, Liase de Vries, Kitty Gordon, Tan Kwai-Truppe, Flood Brothers, Starr und Leslie, Bogany-Truppe, Die Tiller Girls, Brunins, La Bérat, Toqué, Teaji-Truppe, Der Biograph etc.

Palast-Theater

Burgstraße 24. Heute 8 Uhr: **Entree 20 Pf.** **Lona Revée** Tableaux vivants **Luna-Quartett** Damen-Ensemble. **Hee and Shee**, das fidele Duo und 9 Attraktionen 9. **Am heiligen Abend.** Charakterbild von Hoffmann.

Theater **Folies Caprice** Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. *** Rabbi Meseritsch. *** Unter Teil. **Geteilte Liebe.** Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater.

Reichsbergerstr. 37. Täglich 8 Uhr: **Biederleute.** Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch. Vorher das glänz. bunte Programm. Sonntag 4 Uhr: **Der Blumenkranz.**



Größtes Spezial-Haus!

Konzert-Lyra-Phonograph

mit 5 echten Goldguß-Walzen, komplett 5,85.

GRAMMOPHON

Neu-Aufnahmen soeben erschienen.

Jede gewünschte Platte vorrätig. Apparate in jeder Preislage. Vorführung ohne Kaufzwang. Kataloge gratis u. franko.

Grammophon-Zentrale

Alexanderplatz

gegenüber dem Bahnhof. Eingang Königsgraben. Auf Wunsch Teilzahlung.

Folies Bergère

Mila Barry

8 1/2

Udel-Quartett

W. Jägerstraße 63a.

DERNHARD ROSE THEATER
 St. Franziskanerstr. 132
 Ensemble - Gastspiel des
 Central-Theaters.
Die Geisha.
 Anfang 8 Uhr. - Wochentagspreise.

Parodie-Theater.
 Dredenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.
Vorlegte Woche
 von Japfenreich, Das Ungehener
 und Monna Hanna.
 Freitag, 20. Dez.: Gala-Premiere.



Einer sagt es
 dem andern, daß die
allerbilligste Bezugsquelle
 Groß-Berlins, das

Hamburg-Bremer Fabrik-Engroslager
 Schöneberg, Akazienstr. 11. vorn 1 Tr. sich befindet. Versuchen Sie
Julia . . . 100 Stück **3 M. 30 Pf.** Hochfeine
Exelsior . . 100 Stück **3 M. 40 Pf.** **5 Pf.**
Licencia . . 100 Stück **3 M. 50 Pf.** Zigarre!
 Wie Sie dort Zigarren stets 25 Prozent billiger kaufen, so haben Sie
 auch sämtliche deutschen Zigarettenmarken 25 Prozent unter Original-
 preis, z. B. Garbaty, „Königin von Saba“ o. M. 100 St. 2,50 M., Jostetti,
 „Juno“ 100 St. 1,50 M., „Vera“ 2,25 M. usw. 1006L*
 Merken Sie sich also die Adresse, denn Geld sparen, heißt
 Geld verdienen. - Verkaufszeit von früh 9 Uhr bis abends 9 Uhr.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten,
 Verbänden und Vereinen
 die Mitteilung, daß ich
Feinds „Kleines Gewerkschaftshaus“
 NO., Weinstr. 11 (Nähe Alexanderplatz u. Königstor)
 übernommen habe und bitte um geeignete Berücksichtigung.
Robert Kern.
 NB. Der erste Weihnachtstag sowie einige Sonnabende
 im Januar, Februar, März und verschiedene Wochentage stehen den
 Vereinen zur Verfügung.

Trianon-Theater.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Fräulein Josette - meine Frau.

Walhalla-Variété-Theater
 Weinbergweg 19/20, Rosenth. Tor
 Anfang 8 Uhr.
 Das koloss. Dezember-Programm.
12 Akrobaten Lorch 12
 gänzlich neue Spiele.
Colini Clairon
 „Ein Künstlerfest.“
Harry Arndt, Humorist.
12 international. Spezialitäten 12
 Nummer: Regimentskapelle,
 Schrammeln. - Theaterbesucher
 freier Zutritt.

Sanssouci Kotibuser-
 Straße 6.
 Direktion: Wilhelm Reimer.
 Sonntag, Montag und
 Donnerstag:
Hoffmanns World, Sänger
und Tanztruppen.
 Beginn Sonntags 8 Uhr,
 wochentags 8 Uhr.
 Morgen:
Große Elite-Soiree
und Tanz.
 Durchschl. Erfolg d. Des-Programms.

Büggenhagen
 Montzplatz
 im Theatersaal täglich
 Das neue
Dezember-Programm.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntags 7 Uhr. (Sonntags
 reserviert 1 Pf., Entree 50 Pf.)
 Familienbillets a 40 Pf.
 Unten
Militär-Konzert.
 Becker, Braunmarch, Wörlich,
 Reumann, Ohnesch und Zärtlich.

Steppdecken
 kauft man am preiswertesten
 jetzt nur direkt in der Fabrik
Berlin C., Prenzlauerstr. 11a.
S. Strohmandel.
 Alle Steppdecken werden aufgearbeitet.
 Neu renoviertes Vereinszimmer
 noch einige Tage frei. 10472*
Tzschentke, Liegnitzerstr. 40.
Karl Pirnaus
„Ost-Kasino“.
 Empfehle den geachteten Herrschaften
 meine Sals für Vereine, Hochzeiten,
 Veranlassungen, auch sind noch einige
 Sonnabende sowie die Weihnachts-
 feiertage zu vergeben.
Karl Pirnaus,
 Frankfurter Allee 106.

Möbel- und Polsterwaren.
 Solide Preise. Teilzahlung gestattet.
Fr. F. Burgmeister,
 Berlin O., Fruchtstraße 28.
Köpenick.
 Für die vielen Beweise der Liebe
 und Teilnahme bei der Beerdigung
 meines lieben Mannes sage ich allen
 meinen verbindlichsten Dank.
Jda Boltz geb. Hoppe
 nebst Kindern.

Haben Sie schon
 die
Deutschen Konzerthallen,
 An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Amt I 6352.

Jetzt
 bedeutende
Preis-
 ermäßigung
 auf
Dampf-Waschmaschinen
 bei
A. Märker
 BERLIN C., Spandauerstr. 49.



Den Konsumenten des „Vorwärts“ kündigt ich auf besonderen Wunsch
 dieser Kunden meinen
Großen Inventur-Ausverkauf an!!!
 Berlin hat's noch nicht gesehen!!!
Wählen Sie, ehe 's zu spät wird!!!
Lezte Bekanntmachung!
 In meinen beiden Geschäften verkaufe ich in 6 Abteilungen:
Abendmäntel, Plüschmäntel, Astrachanmäntel, Liftboys,
Jaketts, Röcke
 Blusen, Kostüme, Pelzkonfektion, Etolen, Originalmodelle,
 Kindermäntel und -Kragen usw. usw.
Reisemuster und Kopien, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig.
 Preise bis auf ein Viertel im Werte ermäßigt.
 Abteilung 1 2 3 4 5 6
 früher bis 10% 15% 20% 25% 30% 35%
 jetzt nur 10% 15% 20% 25% 30% 35%
 Ein einfaches, praktisches
 Weihnachtsgeschenk:
Uebergangsmantel + **Separat-** + **Modernes**
 früher Wert bis 10%, jetzt nur 6%. **Abteilung:** + **Trauermagazin**
 für Damen und Mädchen. **Verkauf zu konkurrenzlosen Preisen.**
 Sonntag geöffnet 8-10, 12-8.
Konfektionshaus Westmann
 Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a, an den Kolonnaden.
 Filiale: Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus a. d. Androstrasse.
 Genau Beachtung der Firma u. Hausnummer liegt im eigenen Interesse.

Ein Triumph
 der deutschen Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's Caruso-Zigaretten
 trotz unübertrefflicher Qualität
 und garantiert feinsten Handarbeit
nur 3 Pf. per Stück!

Überraschende Neuheit
 garantiert
 unschädlich
 kein Chlor
 kein reiben
Persil
 vollständig
 ungefährlich
 kein Waschbrett
 kein bürsten
Modernes Waschmittel
 für jede Waschmethode passend
Henkel & Co. Düsseldorf.

Todes-Anzeige.
 Nach kurzem, schwerem Kranken-
 lager verstarb am Sonntag, den
 8. Dezember cr., der Beamte der
 Allgemeinen Ordstranzenkasse zu
 Berlin, Herr
Hugo Schröder
 im Alter von 37 Jahren. 280/10
 Der Verstorbene, welcher seit
 dem 12. Februar 1901 bei dies-
 seitiger Verwaltung angestellt war,
 hatte sich als ein pflichttreuer,
 fleißiger Arbeiter gezeigt, dem wir
 ein ehrendes Andenken stets be-
 wahren werden. 280/10
Der Vorstand.
 S. Pechl, Vorsitzender.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 8. d. M. verstarb unser
 Mitglied, der Buchbinder
Otto Alisch
 Schönholzerstr. 7.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Mittwochnachmittag 2 1/2 Uhr vom
 Trauerhause aus nach dem Fried-
 hof in Nieder-Schönhausen-
 Nordend statt.
 Um zahlreiche Beteiligung er-
 sucht
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
 der deutschen Wagenbauer E. H.
 Bülowe Berlin 12.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß am Sonnabend unser Mit-
 glied, der Arbeiter
J. Böwer
 nach langen Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Donner-
 stags nachmittags 1 1/2 Uhr, vom
 Trauerhause, All-Neubitt 42, nach
 dem Sebastiankirchhofe in Reinick-
 dorf statt. 253/17
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Am Sonntag nachts 2 Uhr
 verstarb plötzlich unser langjähriges
 tätiges Mitglied, der Buchbinder
Otto Alisch
 im 35. Lebensjahre.
Wir werden sein Andenken
in Ehren halten!
 Die Beerdigung findet am Mitt-
 woch, den 11. Dezember, nachm.
 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Schön-
 holzerstr. 7, aus nach dem Fried-
 hof der Plötzensee-Gemeinde in Nieder-
 Schönhausen (Nordend) statt.
 Um zahlreiche Beteiligung er-
 sucht
Die Ortsverwaltung.

Kranken- u. Begräbnis-Kasse
 der
Seifensieder
 und Berufsgenossen
 (E. H. Nr. 17).
 Nach langem, schwerem Leiden
 verstarb am 8. Dezember unser
 langjähriges Mitglied
Wilhelm Tinius.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 12. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr, von der Halle
 des Thomas-Archhofes aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
 Am 8. d. M., abends 10 1/2 Uhr,
 starb plötzlich und unerwartet mein
 lieber Mann, unser guter Vater,
 Schwiegermutter und Großvater,
 Bruder, Onkel und Schwager, der
 Restaurateur
Gustav Schmidt
 im 55. Lebensjahre. 1854/5
 Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Alwine Schmidt geb. Schütz,
 Biesenstr. 27.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag nachmittags 3 1/2 Uhr
 von der Halle des neuen Sankt-
 Nikolai-Kirchhofes in der Seefraße aus
 statt.

Verband der freien Gast-
u. Schankwirte Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis,
 daß die Frau des Kollegen
Teichert,
 Ida, geb. Brandes
 plötzlich verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 11. Dezember,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Thomas-Arch-
 hofes, Rixdorf, Hermannstraße
 aus statt.
 Um rege Beteiligung er-
 sucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 9. Dezember verstarb unser
 Mitglied, der Gastwirt
Gustav Schmidt
 Biesenstr. 27.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstagnachmittag 3 1/2 Uhr
 von der Halle des neuen Sankt-
 Nikolai-Kirchhofes in der Seefraße
 (Plötzensee) aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung er-
 sucht
Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 7. De-
 zember, abends 9 Uhr, ent-
 schied plötzlich am Herzschlage meine
 innigstgeliebte Frau, unsere gute
 Mutter, Schwiegermutter und
 Großmutter
Ida Teichert
 geb. Brandes.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 11. Dezember,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Thomas-Archhofes
 aus statt. 185/95

Verband d. Verwaltungsbeamten
der Krankenkassen und Berufs-
genossenschaften Deutschlands.
 Bezirksgruppe Berlin, Brandenburg
 und Mecklenburg.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen hiermit zur Kennt-
 nis, daß am 8. Dezember unser
 Kollege
Hugo Schröder
 von der Allgem. Ordstranzenkasse
 zu Berlin nach kurzem schweren
 Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 12. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr, vom Trauer-
 hause, Rixdorf, Bergstr. 133,
 aus nach dem alten Rixdorfer
 Kirchhofe in der Rudowstr. 16-20,
 statt. 281/5
Der Vorstand.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und die prächtigen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung unseres
 lieben Sohnes und Bruders, des
 Steinbruders **Wilhelm Czepokat,**
 sagen wir allen Freunden, Bekannten
 und Kollegen, dem Verband der
 Steinbruder und Lithographen
 (Deutscher Grenzfelder Bund), sowie
 dem Wahlverein Rixdorf unsern
 herzlichsten Dank.
Familie Czepokat.

Todes-Anzeige.
 Am Sonntag, den 8. Dezember,
 verschied nach kurzem schwerem
 Krankenlager unser Kollege
Hugo Schröder
 im Alter von 37 Jahren.
 Wir verlieren in dem Dahin-
 gegangenen einen lieben, jederzeit
 hilfsbereit gemessenen und treuen
 Mitarbeiter, dessen Andenken wir
 in Ehren halten werden. 280/11
Die Beamten
der Allgem. Ordstranzenkasse
zu Berlin.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 12. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr, vom Trauer-
 hause, Rixdorf, Bergstr. 133, aus
 nach dem Kirchhofe Rudow-
 str. 16-20 statt.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

JUGENDSCHRIFTEN!

Die in der **Sonntagsnummer** des „Vorwärts“ vom **8. Dezember** durch den **Bildungs-Ausschuß** empfohlenen **Jugendchriften** sind in unserer Sortiments-Buchhandlung zu haben. Verzeichnisse stehen **gratis** zur Verfügung.

Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Achtung! Steinsetzer Groß-Berlins! Achtung!
Unterbezirk Norden.

Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal von Frisch, Badstr. 12, eine **Unterbezirksversammlung** statt zwecks Delegiertenwahl zu der am 20. Dezember stattfindenden Konferenz. Um zahlreichsten Besuch ersucht.
174/15 Der Vorstand. V. V.: W. Schwes.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

Bezirk 1.	Donnerstag, den 12. Dezember, nachm. 5 Uhr, bei Giesholt, Wöpensee.
2.	Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, bei Frisch, Badstr. 12.
3.	Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, bei Kott, Straßmannstr. 29.
4.	Donnerstag, den 12. Dezember, nachm. 5 Uhr, bei Zietz, Barthauserstr. 61.
5.	Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, bei Meyer, Dramienstr. 100.
6.	Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, bei Stumpe, Alte Natolstr. 65.

Die Ortsverwaltung.

Zur **Weihnachts-Bescherung** empfehle allen Lesern u. Vereinen mein schön sortiertes Lager in 1072 L. mit 15% Rabatt.
Spielwaren u. Puppen
Franz Ehlert & Sohn, Potsdamerstr. 194b, am Platz.

Phänomen
Cigaretten!
Rauchen Sie
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Ziehung diese Woche.
Berliner Arbeitsstätten-Lotterie.
Gesamtbetrag d. Gew. i. W. v. M.
10000
Erster Hauptgewinn i. W. v. M. | Zweiter Hauptgew. i. W. v. M.
5000 | 1000
Kleinsten Gewinn i. W. v. M. 5,-. Lose a 50 Pf., 11 Stück 5 M., Porto u. Gewinnliste 20 Pf. extra zu haben b. General-Debit Paul Steinberg & Co., G. m. b. H., Bankgeschäft Berlin C., Rosenthalerstr. 11-12, und bei allen durch Plakate kenntl. Lotterie- u. Zigarren-Geschäften.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Waldhorstraße 28. Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.

Donnerstag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den neuerbauten Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59 (großer Saal):

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Krise und ihre Bedeutung für die Arbeiter. Referent: Reichstags-Abgeordneter August Brey-Hannover. 2. Diskussion.
In dieser Versammlung muß unbedingt jeder Kollege erscheinen, da es gilt, gegen das heutige Wirtschaftssystem zu protestieren.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. (Zweigverein Berlin.)

Donnerstag, den 12. Dezember 1907, abends 8 Uhr, bei Freyer, Köpenickerstr. 20:

General-Versammlung

aller zum Zweigverein gehörigen Bezirke und Zahlstellen der Maurer, der Putzer, der Gips- und Zementbranche, sowie der Fliesenleger.

Tages-Ordnung:
1. Bericht und Abrechnung vom 3. Quartal und Gesamtabrechnung der diesjährigen Lohnbewegung. 2. Stellungnahme zu den Bedingungen über die Verschmelzung der freien Vereinigung der Maurer mit dem Zentralverband der Maurer Deutschlands. 3. Stellungnahme zur Altkorarbeit. 4. Verbandsangelegenheiten.
Kollegen! Bei der hohen Wichtigkeit der Tagesordnung für alle Mitglieder ist es dringende Pflicht jedes Einzelnen, zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Ohne dasselbe kein Zutritt.
Die Verbandsleitung.

Wahr und erwiesen

ist es, daß es im Interesse eines jeden Käufers von Herren- und Knabengarderobe liegt, sich von der Leistungsfähigkeit meiner seit dem Jahre 1879 im Osten Berlins bestehenden Firma zu überzeugen. Ich führe nur gute und reelle fertige Bekleidung vom einfachsten bis zu dem elegantesten Genre. Eine Spezialität meiner Firma ist Anfertigung nach Maß von besten deutschen und englischen Stoffen in eigenen Betriebs-Werkstätten. Garantie für guten Sitz und tadellose Verarbeitung zu mäßigen Preisen. Der fortdauernd wachsende Zuspruch aus allen Kreisen bietet die beste Gewähr für die Reellität meiner Firma.

JULIUS LINDENBAUM
::: Herren- und Knabengarderobe :::
Große Frankfurterstraße 141
Ecke der Fruchtstraße. 755L*

Meine Werkstätten im Hause sind seit Anfang März ununterbrochen im Betriebe. Arbeitslöhne zahle ich laut Tarifvertrag und beschäftige die vereinbarte Anzahl von Gesellen auf Lager- und Maßarbeit.

Ortskrankenkasse der Gürtler

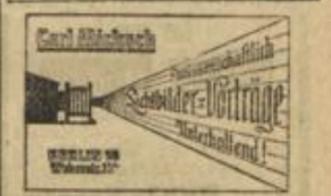
Die Wahl von 212 Delegierten, Vertreter der Kassenmitglieder zur Generalversammlung für 1908 und 1909, findet am Sonntag, den 15. d. Mts., im Gewerkschaftshaus, Engelwer 15, Saal 5, statt. 1844b
Der Wahlakt beginnt um 10 Uhr vormittags und endet um 1 Uhr mittags. Wähler sind sämtliche großjährig Mitglieder. Nur Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Wahl von 106 Vertretern der Arbeitgeber zur Generalversammlung für 1908 und 1909 findet am Freitag, den 13. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Saale des „Luisenhof“, Autowegstr. 9, statt.
Die Herren Arbeitgeber, welche für die von ihnen beschäftigten Kassenmitglieder Beiträge aus eigenen Mitteln zahlen, werden zu dieser Wahl hierdurch ergebenst eingeladen. Zustimmung über gezahlte Beiträge legitimiert.
Berlin, den 11. Dezember 1907.
Der Vorstand.
G. Knecht, Vorsitzender.

Wer eine Existenz durch lohnende **Fabrikation** sucht oder einen angenehmen **Nebenerwerb** wünscht, oder für hochlohnende Fabrikate und Massenverbrauchsartikel

Generalvertrieb
übernehmen will, vorläufig **gratis** unseren 48seitigen illustrierten Hauptkatalog, Fallrichs Laboratorium, G. m. b. H., Eidelstedt 107 bei Hamburg.
Meine Existenz verdanke ich Ihnen. G. M. in A. — Bedauerns, Ihre wertige Adresse nicht schon früher gewußt zu haben. F. L. in W. — Ähnliche Kundgebungen viele.

Spottbillig!!
Land- u. Waldparzellen, wunderschön gelegen, nahe Bahnhöfen
Frederksdorf (Dsbahn)
R von 7 Mark an.
Nieschulke & Nitsche,
Reue Köntigstr. 16.

Tafelmastgügel
für Weihnachten
Liefer franko 5 Kilogramm. Korb, täglich geschlachtet, sauber geruht, 1 Schmalz- oder Bratensatz mit Kleingehügel 5,25 Mark, 3-4 Schmalz-Enten oder Gänse, oder Suppenhühner 5,50 Mark, 1 Teubahn (Fuder), 10 Pfund Schmier, 6,50 Mark, 10 Pfund Dose ff. Steinbohnen 4,50 Mark. Toni Andermann, Bueczak Destr. 6. 208/9



Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, sauber, Litzans, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Südth. Börsen)

Warenhaus
Wilhelm Stein
Berlin N., Chausseestrasse 70-71

Schluss der Vorauszahlung
Freitag, den 13. Dezember cr.
Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch **8 Sparmarken.**
Freitag, den 13. Dezember, sind unsere Verkaufsräume bis 10 Uhr abends geöffnet.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Die Ortschaftsaufsicht in den Berliner Gemeindeschulen.

Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben: In Preußen wird vornehmlich auf allen Gebieten befohlen, ausgeführt, beaufsichtigt, angeordnet, bestraft. Führt diese altpreussische Verwaltungsmethode schon in politischen, militärischen und technischen Betrieben zu den widerwärtigsten Erscheinungen, so macht sie sich auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts doppelt unangenehm bemerkbar. Handelt es sich doch hier um die Einwirkung einer selbständigen, starken und unabhängigen Persönlichkeit auf den Zögling, um diesen zu einem freien, vollständig entwickelten Menschen heranzubilden. Derselbe und Uniformität sind hier also am wenigsten am Platze. Es ist darum nur zu begrüßen, daß die Lehrerschaft gegen die lästigen Aufsicht und Aufsicht der Schule Front macht, vor allem gegen die untersten Aufsichtsorgane, die ja von jeher die strengsten Hüter altpreussischer Beschränktheit und Schneidigkeit gewesen sind.

Als völlig überflüssig hat sich die Ortschaftsaufsicht erwiesen, keineswegs nur deshalb, weil sie in Preußen fast ausschließlich von Geistlichen, also Nichtfachleuten, ausgeübt wird, eine Erscheinung, die eben nur im Lande der Gottesfurcht und guten Gesinnung möglich ist; denn auch da, wo man in größeren Schulbetrieben, so auch in denen Berlins, die Ortschaftsaufsicht Fachleuten, den Rektoren, übertragen hat, hat sich diese Einrichtung als nichts weniger als vollkommen erwiesen. Die Rektoren gehen zwar aus den Reihen ihrer „Untergebenen“ hervor, doch ist für die Zulassung zum Rektorat das Bestehen einer besonderen Prüfung erforderlich. Den Wert derselben kann man schon daran erkennen, daß sie von der altpreussischen Regierung, die doch gewiß nicht im Gerüche liberaler Gesinnung steht, für überflüssig erklärt worden ist, weil die Vorbereitung zu derselben nur unnütze Zeitvergeudung ist. Da sie übrigens die Geschäftsmänner mehr als das Behlen in Mitschuldenschaft zieht, so halten sich auch die besten Kräfte der Lehrerschaft geflüchtlich davon fern. Dafür kommen freilich auch noch andere Gründe in Betracht. Nach der Prüfung, die für die Behörden keineswegs die Hauptbedingung für die Anstellung ist, kommt die oft fünfzehn und mehr Jahre währende Kandidatenzeit. Da gilt es, das Rektorat geschmeidig zu halten; denn nur jahrelange Unterwürfigkeit, unentwegte Gesinnungstüchtigkeit und angestricheltes Beobachten aller äußeren Formen läßt sie die Gnade ihrer Oberen teilhaftig werden. In Berlin ist besonders erwünscht, daß sich der Rektorenbewerber den liberalen Stadtvätern, die ja die Wahl vornehmen, in den Bezirksvereinen als Faktotum zur Verfügung stellt. Sein liberaler Rannesmut darf ihn jedoch nicht etwa verleiten, mit der königlich-preussischen Frömmigkeit und Vaterlandsliebe und deren Erbhähern, den Pfaffen und Bureaucraten, in Konflikt zu geraten — was nebenbei bemerkt dem modernen Modusliberalen nicht weiter schwer fällt, da er es sonst mit der konservativen Regierung verdirbt, die sich des Westfäligungsrechts vorbehaltlos hat. Dem Strebertum und damit der Charakterlosigkeit sind also Tür und Tor geöffnet. Es ist darum auch weiter nicht verwunderlich, daß es nur in den wenigsten Fällen pädagogische Interessen sind, die den Rektorenbewerber veranlassen, die soeben geschichteten Mühen auf sich zu nehmen. Fast immer sind es materielle und gesellschaftliche Vorteile; denn der Schule könnte er, wie wir gleich zeigen werden, als Lehrer besser dienen. Kenner wissen auch zu erzählen, daß die Frau Rektorin in vielen Fällen die treibende Kraft gewesen ist, da der Titel „Frau Lehrer“ gar zu geringen Klang hat.

Worin besteht nun die für den Staat so äußerst wichtige Tätigkeit des Rektors? In erster Linie ist er Registrarschreiber, Schulbesuch, Inventuren, Listen, Tabellen, Nachweisungen und was dergleichen untergeordnete Schreibarbeiten mehr sind, nehmen seine Haupttätigkeit in Anspruch, alles Arbeiten, die von den besseren Schülern der ersten Klasse erledigt werden können, oft auch erledigt werden. Zweitens ist er Ordnungswächter und Konduktionslistenführer. Da gilt es sorgfältig aufzupassen, daß jeder Lehrer mit dem Glöckchenschlüssel die Klassenstür aufschließt, daß der Unterricht mit einem Lobgesang und einem christlichen Gebet begonnen wird, daß immer der nötige Verneiner herrscht, und nicht etwa mal ein paar Minuten dem Scherz und der fröhlichen Laune gewidmet werden und dergleichen mehr.

Der innere Schulbetrieb, der „Geist“ des Unterrichts, ist wie alles in Preußen von oben herab durch den Lehrplan, durch methodische Anweisungen und laufend Verfügungen genau vorgeschrieben und geregelt, d. h. eingeschürt und eingeeignet. Als Fachmann könnte ja nun der Rektor seinen Lehrern, die unter der Last der überhöhten Anordnungen fast zusammenbrechen, durch wohlwollende Rücksicht etwas Licht und Luft verschaffen und so das preussische Verdummungs- und Einschränkungssystem etwas mildern. Leider ist er dessen nicht mehr fähig; ist er doch selber jahrelang der eifrigste Verehrer alles dessen, was von oben kommt, gewesen. Ja, er bequemt sich nicht einmal damit, getreulich darüber zu wachen, daß auch die geringste bedenkliche Anordnung peinlich befolgt wird, er will auch noch selber regieren. Da das Ziel und die Methode der preussischen Erziehung von oben herab befohlen werden, da er übrigens großzügiger pädagogischer Ideen nicht fähig ist, von Unterricht selten mehr, oft aber noch weniger als „seiner“ Lehrer versteht, so ist es erklärlich, daß er sich auf die kleinsten Kleinigkeiten und Reibensächlichkeiten wirt. Als besonderes Stückenpferd gelten die Paradehefte. Da glänzt ein Titel nicht mehr im blendendsten Weiß; da hat ein Junge in kindlichem Übermut sein Ebenbild aufs Vorkloppel gemalt; da ist der Vorkloppel beim „L“ etwas über die vorgeschriebene Höhe hinausgeschlagen, alles Kapitalverbrechen, die ihre Sühne verlangen.

Mancher wird glauben, wir zeichnen hier ein Herrbild, es handele sich in obigem um wenige Ausnahmen; das ist jedoch keineswegs der Fall. Auf dem gefälltesten Niveau steht die große Mehrzahl der Rektoren, und nur wenige erheben sich darüber hinaus. Dafür spricht ja auch, daß die Lehrerschaft selbst gegen diese Form der Schulaufsicht Front macht, obwohl die Rektoren Fachleute und aus ihren Reihen hervorgegangen sind. Gaben sich doch sogar in Westdeutschland besondere Klassenlehrervereine als Gegenorganisationen gegen die Rektorenvereine gebildet.

Die Herren Rektoren und die, welche es werden wollen, werden ja wieder weidlich schimpfen und behaupten, es läme und nur darauf an, sie bloßzustellen und ihr Amt bei den Eltern herabwürdigend zu wollen. Das liegt uns aber vollkommen fern; wir sind die letzten, die das Amt eines Jugendbildners unterschätzen oder ein gefährliches Verhältnis zwischen Schule und Haus stören möchten. Nur und kommt einzig und allein das Interesse an der Schule in Frage; die einzelnen Personen sind uns dabei völlig gleichgültig. Was aber bekämpft werden muß, ist das heute in der von den Kraut- und Sektjüngern den Pfaffen und Bureaucraten ausgeübten preussischen Volksschule herrschende System, das solche Erscheinungen mit Notwendigkeit hervorbringt. Das Dreiklassenwahlrecht sorgt dafür, daß das Proletariat von der Schulgebäude und der Schulerwaltung in Preußen gänzlich ausgeschlossen ist, daß kein Arbeitervertreter das volksverderbende Treiben der herrschenden Klassen stört, und ihr pädagogischer Kommiss, der Kultusminister, ist eifrig bemüht, die Sozialdemokratie selbst aus den fast aller Rechte beraubten städtischen Schuldeputationen fernzuhalten. Läßt sich auch die sozialdemokratische

Forderung der gemeinsamen Leitung und Verwaltung der Schule durch Eltern und Lehrer, die dann auch berechtigt wären, sich einen Obmann selbst zu wählen, zurzeit noch nicht verwirklichen, so wäre es doch nicht uninteressant, zu erfahren, welche Stellung die freisinnigen Stadtverordneten zu dem Antrage auf Aufhebung des Rektors in der Stadtverordnetenversammlung einnehmen würden. Hat doch die Lehrerschaft durch die Königsberger Beschlüsse selbst die Abschaffung der Ortschaftsaufsicht gefordert, und da sich die Liberalen wenigstens mit Worten gern als Freunde der Schule und der Lehrerschaft ausspielen, so können sie einem derartigen Antrage schwerlich widersprechen, auch schon deshalb nicht, weil das von ihnen so gern hervorgehobene finanzielle Interesse der Stadt dabei gewahrt wird; bezieht doch jeder Rektor jährlich 1350 Mark mehr Gehalt als die Lehrer.

Die Einheitlichkeit des Schulbetriebes würde darunter keineswegs leiden. Sie ist durch den Lehrplan und die überreichen Verfügungen genügend verbürgt und könnte durch häufigere Konferenzen, die freilich nicht, wie das heute meistens der Fall ist, den Instruktionshunden auf den Polizeibureaus gleichen dürfen, vollständig aufrechterhalten werden. Die auf ein Mindestmaß zu beschränkten schriftlichen Arbeiten können von jedem Lehrer erledigt werden.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die Generalversammlungen der einzelnen Kreiswahlvereine finden auf Beschluß des Zentralvorstandes im Januar 1908 statt. Der Klassenabfluß hat in allen Kreisvereinen am 31. Dezember dieses Jahres zu erfolgen.

Wir machen die Mitglieder des Verbandes darauf aufmerksam und ersuchen, alle Abrechnungen so rechtzeitig im Verlaufe dieses Monats zu bewirken, daß überall prompte und gleichmäßige Rechnungsabläufe erfolgen können.

Der Zentralvorstand.

Lichtenberg. Der Zahlabend fällt wegen der Stadtverordnetenwahlbewegung heute aus. Die Beiträge werden gelegentlich der für Sonntag, den 15. Dezember in den Bezirkslokale anberaumten Vorgespräche entrichtet.

Heute Mittwoch zwei Versammlungen: Gürtelstraße 9 bei Conrad und Kronprinzstraße 20a bei Körner. Die Versammlungen beginnen pünktlich 8 1/2 Uhr.

Donnerstag zwei Volksversammlungen: In Lichtenberg-Ost Eitelstraße 70/71 „Zum Bräutchen“ und Frankfurter Chaussee 5 im „Schwarzen Adler“. Referenten sind die Genossen Reichstagsabgeordneter D. Stücken und Stadtverordneter Hermann Schubert.

Die Parteigenossen wollen für den Besuch dieser Versammlungen rege agieren.

Groß-Lichterfelde. Der Zahlabend findet von heute an für die Mitglieder des westlichen Ortszweiges bei Laogaga, die des östlichen wie bisher im „Kaiserhof“ statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist heute dringend erforderlich.

Schmargendorf. Die Mitgliederversammlung findet am heutigen Mittwoch im Gasthaus zum Lindenbaum, Spandauerstraße, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: „Berichterstattung über den Zahlabend“. Da dies die letzte Versammlung in diesem Jahre ist, sind die Parteigenossen ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Stralau. Der Zahlabend des 2. Bezirks findet heute abend im Lokal von Leche, Alt-Stralau 5, der des 1. Bezirks am Mittwoch, den 18. Dezember im Lokal von Paul Schöps, Alt-Stralau 17, statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Mariensfelde. Den Genossen zur Nachricht, daß der Zahlabend bei Berger, Dorffstraße, stattfindet.

Berliner Nachrichten.

Vor der Kirche.

Vereinzelt Schneeflocken wirbeln durch die Luft. Ganz langsam, als hätten sie wer weiß wie lange Zeit. Eben so viel Zeit wie die Menschenmenge, die mit einer erstaunlichen Ausdauer vor dem Kirchenportal steht und zwei lange Spallere bildet. Es sind fast nur Frauen, Mädchen und Kinder. Vornehme, gut gekleidete und auch solche aus der ärmeren Bevölkerung. Wind und Wetter, Regen und Schnee können ihnen nichts anhaben. Wie angewurzelt stehen sie und blicken unermüdet nach der Kirchentür, hinter der das Objekt ihrer Neugierde verschwunden ist. Längs des Bürgersteiges halten elegante Karossen und Droschken, und ungeduldig scharren die Pferde mit den Hufen. Die Kutscher und Lafaien stehen beisammen, raiben sich die steifen Hände und reden lachend auf einander ein. Die Kutscher lassen auf eine Hochzeit aus den oberen Kreisen schließen.

Es dämmert bereits und aus den Fabriken kommen die Arbeiter scharenweise, in eifrigem Laufe ihrer Verhaufung zu steuern. Schimpfend oder mit einem derben Scherz bahnen sie sich einen Weg durch die Menge. „Geht beim und stoßt eure Strümpfe!“ „Zu Hause kocht die Milch über!“ „Legt eure Kinder trocken!“ Solche und ähnliche Reden schwirren zurück. Die Antworten bleiben nicht aus und dies wiederholt sich immer wieder, sobald ein neuer Schwarm Passanten kommt. Endlich erscheint der Kirchendiener und winkt den Kutschern, sich bereit zu halten. Und nun reden sich, wie auf Kommando, die Häufe hoch. Die Augen aller heften sich erwartungsvoll auf die geheimnisvolle Pforte. Aber ihre Geduld wird noch weiter auf die Probe gestellt. Es dauert immerhin noch eine ganze Weile. Endlich öffnet sich die Flügeltüre angelweilt. Brausende Orgeltöne mischen sich in das Geräusch der Straße. Im Innern der Kirche erstrahlt ein blendendes Lichtmeer. Die Kleinsten unter den Zuschauern balanzieren auf den Fußspitzen, Mütter heben ihre Kinder hoch, oder diese hängen am Eisengitter, wie der Heiland am Kreuze. „Na, drücken Sie mir man nich tot!“ keift eine umfangreiche Dame und wirft den Hintertendenen wütende Blicke zu. Nun tritt das neugeborene Brautpaar aus der Kirche. Sie, jung, schlank und sehr blaß, geht gesenkten Blickes und mit „zünftig verschämten“ Wangen an der Seite ihres kleinen, dicken, schon stark ergrauten Gemahls, der schwerfällig neben ihr her watschelt. Ein Lakai trägt die schwere Brautschleppe, die in der Kutsche erst mit großer Sorgfalt und Umständlichkeit plaziert wird.

Sinterher folgen die Trauzugegen, die aber das Interesse des Publikums weniger herausfordern.

Und nun geht in den Reihen der Zuschauer das Getuschel los, die Kleider der Braut, ihr Kranz, ihr Schleier, ihr Gang und nicht zum mindesten ihr Gesicht, alles wird einer eingehenden und äußerst kritischen Würdigung unterzogen. „Gast Du die Spigen gesehen?“ „Na, und der Kranz!“ „Und die Schuhe.“ „Aber erst das Gesicht, die eingebilbete Gans!“ „Ob der überhaupt noch ein geschlossener Kranz zusteht! Es kommt mir gar nicht so vor!“ „Wie kann so'n junges Ding bloß so'n ollen Frosch heiraten!“ „Warum denn nicht, wenn er Moneten hat?“

Ein junger Burche ist ebenfalls stehen geblieben und wirft einen „fastigen“ Blick aus dem Gartenprozeß in die Gruppe. Das wirkt. Die Backfische stieben auseinander und die Frauen wenden sich entrüstet ab. Aber die Gruppe ist nun aufgelöst und die Gaffer verlieren sich rasch im Gewühl der Straße. Die Kutscher sind ebenfalls verschwunden. Auch die Flügeltüren der Kirche schließen sich und das hastende, flutende Großstadtleben spült wie eine ungeheure Welle das kleine Momentbild hinweg.

Vom Steigen der Brotpreise.

Die Bäckerei des Arbeitshauses der Stadt Berlin bakt Brot für diese Anstalt und auch für eine Reihe anderer Anstalten der Stadt, für die Waisenhäuser, das Obdach, die Krankenhäuser usw. Der Betrieb der Arbeitshausbäckerei interessiert nicht nur Fachleute aus dem Bäckereigewerbe, sondern auch weitere Kreise der Bevölkerung. Das gilt besonders für die jetzige Zeit der Teuerung, in der das Brot und sein unaufhaltsam steigender Preis zahlreichen Familien ein Gegenstand wachsender Sorge ist. Von der Arbeitshausbäckerei wird regelmäßig der Selbstkostenpreis ihrer Erzeugnisse berechnet, weil sie sich von den anderen Anstalten nur diesen Preis erstatten läßt. Da aber in dieser Bäckerei die Ausgaben für Mehl allein etwa neun Zehntel der gesamten Produktionskosten ausmachen, so kann dort an der Aufwärts- oder Abwärtsbewegung des Brotpreises beobachtet werden, wie das Auf und Ab des Mehlpreises wirkt.

In den letzten Verwaltungsjahren (immer vom 1. April bis zum 31. März des folgenden Jahres) zahlte die Arbeitshausbäckerei für je 100 Kilogramm der drei zum Brot verwendeten Mehlsorten im Gesamtdurchschnitt 1904: 17,01 M., 1905: 18,97 M., 1906: 21,02 M.; für je 100 Kilogramm des zum Weißgebäck verwendeten Weizenmehles durchschnittlich 1904: 24,15 M., 1905: 24,38 M., 1906: 24,82 M. Natürlich werden aus 100 Kilogramm Mehl mehr als 100 Kilogramm Gebäck gewonnen, schon deshalb, weil das dem Teig beigelegte Wasser zum Teil im Gebäck bleibt. Die Arbeitshausbäckerei braucht zu 1 Kilogramm Brot rund 3/4 Kilogramm Mehl und zu 1 Kilogramm Weißgebäck 3/4 bis 1/2 Kilogramm Mehl. Sie hat z. B. im Verwaltungsjahr 1906 aus 828 000 Kilogramm Mehl 1 007 716 Kilogramm Brot (708 886 Kilogramm Schwarzbrot, 388 831 Kilogramm Mittelbrot) und aus 50 100 Kilogramm Mehl 74 770 Kilogramm Weißgebäck (60 794 Kilogramm Semmel, 13 976 Kilogramm Milchbrot). Die Berechnung des Selbstkostenpreises ergab in den Verwaltungsjahren 1904, 1905, 1906 für 100 Kilogramm Schwarzbrot 13,11 M., 14,38 M., 15,85 M., für 100 Kilogramm Mittelbrot 14,74 M., 16,97 M., 18,16 M., für 100 Kilogramm Semmel 20,88 M., 21,15 M., 21,28 M., für 100 Kilogramm Milchbrot 28,01 M., 20,03 M., 31,30 M. Man sieht, daß die Erhöhung des Selbstkostenpreises besonders bei dem Schwarzbrot und dem Mittelbrot sehr beträchtlich war, entsprechend der beträchtlichen Erhöhung des Preises der für dieses Gebäck verwendeten Mehlsorten.

Selbstverständlich kann die Bäckerei des Arbeitshauses, da ihr die billigen Häudlinge zur Verfügung stehen, unter anderen Bedingungen produzieren als eine gewöhnliche Bäckerei, unter anderen auch als irgend eine große Brotfabrik, und auch in der Qualität des Gebäcks wird es manche Unterschiede geben. Es ist aber doch nicht ohne Interesse, neben die von der Arbeitshausbäckerei berechneten Selbstkostenpreise die Verkaufspreise zu setzen, die in Bäckereien Berlins für Brot und für Schrippen genommen wurden. Nach den Ermittlungen des Berliner Statistischen Amtes stellte sich in den drei Kalenderjahren 1904, 1905, 1906 der Durchschnittspreis für 100 Kilogramm Brot auf 23,50 M., 24,30 M., 27,06 M., für 100 Kilogramm Schrippen auf 41,78 M., 42,67 M., 44,93 M. Das Brot, das in den Bäckereien Berlins hergestellt wird, läßt sich ungefähr vergleichen mit dem Mittelbrot der Arbeitshausbäckerei. (Von dem Unterschied zwischen Kalenderjahr und Verwaltungsjahr kann hier abgesehen werden.) Wir brauchen wohl nicht erst zu betonen, daß das Plus, das die Bäder forderten, nicht etwa vollständig als Profit in ihre Taschen geflossen ist; die Bäder haben ja unter anderem auch noch Ausgaben für Miete, Steuern usw. Wie hoch ihr Profit tatsächlich ist und auf welcher Höhe er namentlich in Teuerungsjahren sich hält, das ist schwer festzustellen. Die Bäder selber berücksichtigen, daß in solchen Zeiten auch sie schweren Schaden erleiden. So viel wie die Getreideproduzenten, unsere „notleidenden“ Landjunker, wird allerdings wohl kein Bäcker aus der Versteuerung herauskommen.

Hungernde Schulinder.

Die Arbeitslosigkeit wächst beständig. Täglich gefellen sich Tausende zu den Zehntausenden, die bereits als Opfer einer unheimlichen Produktionsweise auf dem Pflaster liegen. Damit zieht der Hunger in zahlreiche Arbeiterfamilien ein, und mit den Eltern werden Tausende von Kindern in Mitleidenschaft gezogen. Am Montagabend teilte der Vorsitzende des Vereins für Kindervollständigung in einer Versammlung der freisinnigen Bezirksvereine der südlichen Friedrichstadt mit, daß die Zahl der hungernden Schulinder im ständigen Steigen begriffen sei. Es sind von den Rektoren und Lehrern von 245 städtischen Gemeindeschulen (es gibt deren 266) rund 11 900 schulpflichtige Kinder ermittelt worden, die zu Hause kein Mittagessen erhalten und zum großen Teil ohne Frühstück zur Schule kommen. In Frage kommen 8567 Familien. Dazu kommen noch die vielen Kinder, die nicht schulpflichtig sind, aber unter den gleichen miserablen Verhältnissen zu leiden haben. Damit wird es immer dringender für die Stadtverwaltung, ernsthaft der Frage der Speisung bedürftiger Schulinder von Stadtwegen näherzutreten. Der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte hierauf bezügliche Antrag wird der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat diese Gelegenheit geben.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 12. Dezember d. J., nachmittags 5 Uhr. Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend: den Ankauf des

Grundstück Lindenstr. 40, — die Boretwürfe zum Neubau einer Gemeindepflichtschule in der Schöningstraße, einer Gemeindepflichtschule an der Bingsstraße, einer Gemeindepflichtschule an der Bantsstraße 11/12, Ecke der Bienenstraße, und einer dritten Oberrealschule auf dem Grundstück Paßstraße 44/47, sowie eines Tuberkuloseheims auf dem Gelände des Nummelsburger Wollenshauses — und die Einrichtung einer Walderholungsstätte für 200 schädliche und schulpflichtige Kinder auf dem Gelände des städtischen Rittergutes Buch. — Vorlagen, betreffend die Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung bei der Erteilung von Genehmigungen zur Errichtung von Bauwerken auf öffentlichen Plätzen und Straßen. — Die Bewilligung von 7900 M. zur Deckung der bis zum Schluß des laufenden Rechnungsjahres voraussichtlich entstehenden Kosten für die vom Magistrat obliegenden Vorarbeiten zur Gebäudefeuercoision — und die Bewilligung von 10 500 M. zur Deckung der Kosten für die Beschaffung der Grundlagen zur Grundfeuercoision nach dem gemeinen Werte der Grundstücke. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Speisung bedürftiger Schulkinder von Stadtwegen. — Vorlagen, betreffend die Herabsetzung der Pflichtenstunden der Turnwart und Turnlehrer bei den städtischen höheren Lehranstalten, — die Weiterführung der beiden nördlichen städtischen Straßenbahnlinien vom Weddingplatz nach dem Augustenburger Platz und dem Wollanplatz (Vordagenerstraße) bis zur Wollanbrücke, — die Aenderung der Fluchtlinie der Französischenstraße, — den Verkauf des sogenannten Köllnischen Erdberges Glindow, — die Vermietung einer Fläche der Nummelsburger Ländereien bis zum 1. Oktober 1915, — die Gewährung eines Beitrages von 2000 M. an die Gemeinde Treptow zu den Kosten der Neubemessung von Treptow — und die Festsetzung der für die Rechnungsjahre 1908 bis 1910 zur Erstattung zu berechnenden Kosten für Verpflegung von Geisteskranken und Epileptischen in den Irrenanstalten Dallwitz, Herzberge, Buch und Wuhlgarten.

In der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt am Freitag, 6. Dezember, Herr Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Rumm einen Vortrag über „die Bedeutung der Gonorrhoe für Gesundheit und Ehe“.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin, Herr Sanitätsrat Dr. D. Rosenthal, bekannt, daß die nächste Veranstaltung der Gesellschaft, ein Vortragsabend für weibliche Angestellte, besonders Dienstmädchen, am 24. Januar stattfinden wird. Die praktische Ärztin, Frau Dr. Agnes Hacker, wird die Gefahren der Unwissenheit auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten schildern.

Herr Geheimrat Rumm bezeichnete in seinem Vortrage die Gonorrhoe als die häufigste und darum wichtigste der Geschlechtskrankheiten, durch deren verheerende Folgen schon viel Glück in Trümmern gegangen und manche Familie ausgezerrt sei. Die Frau wird in der Regel viel schwerer von der Krankheit betroffen, während sie beim Manne in vielen Fällen gutartig verläuft. Immerhin ist Zeugungsunfähigkeit des Mannes als Folge von Gonorrhoe so häufig, daß sie in 20 bis 25 Proz. der kinderlosen Ehen die Ursache der Sterilität bildet.

Eine andere verhängnisvolle Eigenschaft der Gonorrhoe ist aber, daß der von ihr Betroffene jahrelang, auch wenn er selbst keinerlei Beschwerden empfindet, ansteckungsfähig bleiben kann. So kommen die meisten gonorrhöischen Infektionen der Ehefrauen zustande. Bei sehr jungen Frauen ruft die Infektion ganz besonders schwere akute Erscheinungen hervor. Wird nun die Krankheit, solange sie noch auf die äußeren unteren Teile beschränkt bleibt, nicht sorgfältig und ausdauernd behandelt, so steigen die krankheitserregenden Bakterien in die inneren Teile hinauf, rufen heftige schmerzhaft Entzündungen hervor und zerstören die Fortpflanzungsorgane. Nun ist die Frau chronisch unterleibskrank und bleibt kinderlos. Sidwelter geschieht dieses Aufsteigen der Krankheit erst nach der ersten Geburt im Wochenbett. Manche Fälle heilen dann aus, nachdem die Fortpflanzungsorgane zerstört sind, in vielen Fällen jedoch bleibt die Frau dauernd in ihrem Wohlbefinden geschädigt und kann eine Heilung nur durch operative Entfernung der veretterten inneren Organe, also durch Vervielfachung, erreichen. Meiner erwähnt noch kurz die Gefahren für das Auge des Kindes während der Geburt. Zusammenfassend hebt Meiner die Notwendigkeit der Ausfüllung über Bedeutung und Gefahren der Krankheit hervor und betont wiederholt, daß nur durch frühzeitige einbringliche und ausdauernde Behandlung durch einen Arzt unter Beobachtung strenger Diät das Aufsteigen, das Chronischwerden der Krankheit, und somit die Gefahr der Uebertragungen in der Ehe vermieden werden kann.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erläßt ein Preisauschreiben zur Abfassung einer vollständigen Flugschrift, welche die Gefahren der venereischen Krankheiten unter besonderer Berücksichtigung des Soldaten- und Matrosenlebens behandeln soll. Es sind drei Preise zu 300, 200 und 100 M. vorgesehen. Die näheren Bedingungen des Preisauschreibens sind von der Geschäftsstelle der Gesellschaft, Berlin S. 14, Inselstraße 18a, zu beziehen.

Der Mordmord in Rom.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei nach dem unbekanntem Mörder des Kaufmanns Lehmann haben bis jetzt ein greifbares Resultat nicht ergeben. Es ist bisher allerdings festgestellt worden, daß die mit Lehmann in Verkehr stehenden Soldaten des 2. Garde-Mann-Regiments nicht mit dem Mörder in Verbindung zu bringen sind. Lehmann hat auch mit Angehörigen anderer Truppenteile, die zum Teile nach Berlin kommandiert sind, verkehrt. Die Ermittlungen sind nach dieser Richtung hin noch nicht abgeschlossen.

Die Obduktion der Leiche bewies, daß die Annahme, der Mörder habe längere Zeit sein Opfer bearbeitet, vollkommen richtig sei. Es ist den obduzierenden Ärzten in ihrer langen Praxis kein Fall bekannt, in dem eine Leiche derartig zugeriebet war, wie die Lehmanns. Durch eine unzählige Anzahl von Stichen mit einem dreieckigen Instrument und durch viele Schläge mit einem Hammer sind die Knochen des Kopfes völlig zertrümmert. Ein Schlag spaltete den Unterkiefer mehrmals und der linke Wadenknochen ist in kleine Splitter zerbrochen. Die Leiche ist bisher von der Staatsanwaltschaft noch nicht freigegeben worden.

Die weiteren Zeugenerhebungen gehen besonders nach zwei Richtungen, die durch den Geschäftsbetrieb Lehmanns und seine pervertierten Neigungen bezeichnet sind. Was seine Geschäfte betrifft, so wird immer klarer, daß der Ermordete zum Teil Zuckerzinsen nahm und diese zum Teil rückständig eintrieb. Wechsel, Scheckscheine und Aufzeichnungen, die sich auf sie beziehen, lassen darüber keinen Zweifel. Da hier er sich z. B. für ein Darlehen von 1000 M. einen Wechsel über 1500 M. ausstellen. Sein Mißtrauen und seine Geldgier veranlaßten ihn auch, stets sichere Bürgschaft zu verlangen. Trotzdem ließ er sich aber auch noch das ganze Hab und Gut seiner Schulden verpfänden. In seinen Geschäften hielten ihm mehrere Frauen, u. a. eine Frau M. aus der Friedrichstraße, obwohl er sonst vom weiblichen Geschlecht nichts wissen wollte. Ein Mißtrauisch war er auch gegen diejenigen, die ihm näher standen. Fremde halfen er stets gern an, aber auf Gegenleistung oder Gutmütigkeit durfte niemand rechnen. Es wurde festgestellt, daß Lehmann eine Rettung auch eine Gaswerkstatt betrieben hat, die er aufgeben mußte, weil ihm die Polizei zu unbedeutend wurde.

Ein folgenschwerer Gerüststurz, wobei zwei Personen schwer verletzt wurden, hat sich gestern in dem Kellergewölbe des Hauses Lindenstr. 18 zugetragen. Die Firma Scharf u. Walder läßt dort gegenwärtig Rohre legen, zu deren Montierung die Anlage von einem etwa zwei und einem halben Meter hohen Gerüst erforderlich war. Der 68 Jahre alte Schlosser Friedrich Haupt, Hasenhöhe 45/47 wohnhaft, und der Schlosserlehrling Ruffert waren nun gestern auf dem Gerüst damit beschäftigt,

die Rohre zusammenzuschmiegen. Während sie bei der Arbeit waren, brach das Gerüst plötzlich zusammen, und die beiden Personen wurden mit in die Tiefe gerissen. Die Trümmer des einfallenden Gerüsts fielen unglücklichweise auf die beiden Verunglückten. Schwerverletzt wurden sie vom Plage getragen und nach der Unfallstation I gebracht. Der alte H. hatte schwere innere Verletzungen sowie erhebliche Brustquetschungen und der Lehrling einen doppelten Beinbruch erlitten. H. fand in der Charité Aufnahme, während B. nach dem Krankenhaus am Urban gebracht wurde.

In eine unangenehme Lage gerieten die Insassen eines Militärlaufschiffes, welches, wie nachträglich bekannt wird, am Sonnabend am Ober-Spree-Kanal bei Jüttau landete. Der Ballon war bei Einbruch der Dunkelheit so niedrig geraten, daß sich die Gondel in den Baumkronen der Waldungen verfang und fest geriet. Die Lage für die Luftschiffer, drei Offiziere, war um so unangenehmer, als es ihnen unmöglich war, die Gondel zu verlassen, weil sich auch das Tauwerk in den Baumzweigen verfangen hatte und die nächstliegenden Äste zu dünn waren, um einen etwa Hinabreißen zu tragen. So mußten sie denn längere Zeit ausharren, bis Arbeiter vom Ober-Spree-Kanal heranliefen, mit deren Hilfe es den Offizieren gelang, den Erdboden zu erreichen und das Luftschiff zu bergen. Der Ballon wurde später auf einem Wagen nach Friedersdorf gebracht und dann per Bahn nach Tegel übergeführt.

Eine Hochhapplerin.

Eine Juwelendiebin ist durch die hiesige Kriminalpolizei in der dreißigjährigen Gesellschaftin Klara Streufert aus Grefswald in der Seebahnstraße festgenommen worden. Die St. nahm unter den verdächtigsten Namen bei hiesigen Familienstellungen als Wirtschaftlerin oder Gesellschaftin an, die sie jedoch stets nur kurze Zeit inne hatte, um bei nächster Gelegenheit unter Mitnahme der Schmuckstücke der Hausfrau zu verschwinden. Bei den Anzeigen bei der Kriminalpolizei wurde die diebische Gesellschaftsdame bald als ein Fräulein Schmidt, bald als Fräulein Kaufmann bezeichnet, wodurch die Nachforschungen wesentlich erschwert wurden. Dieser Tage sah eine Dame die Diebin in der Seebahnstraße, verfolgte sie und stellte fest, daß die Schmückerin dort in der Familie eines Kaufmanns als Stütze der Hausfrau wirkte. Die Person wurde verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis übergeführt. Bei der Durchsichtung ihrer Sachen wurde ein Kasten gefälschter Zeugnisse, die alle auf verschiedene Namen lauteten und lösbare Schmuckstücke vorgefunden. Den größten Teil der gestohlenen Juwelen hatte die Diebin, in der die oben genannte Streufert erkannt wurde, jedoch bereits veräußert und die Pfandscheine teils vernichtet, teils verkauft. Bisher sind fünf Fälle zur Anzeige gelangt, in denen die St. die innegehabte Vertrauensstellung zur Ausführung von Diebstählen benutzte hat. Sie wird jedoch kaum zur Rechenschaft gezogen werden können, weil das Mädchen im höchsten Grade morphiumfüchtig ist. Bei der Verhaftung wurde eine Admetterflasche mit Morphium vorgefunden. Den gefährlichsten Giftstoff hatte sie aus einer hiesigen Apotheke auf Grund eines gefälschten Attestes bezogen.

Ein aufregender Unglücksfall hat sich am Montag auf dem Ringbahnhof Schönhauser Allee zugetragen. Ein junger Mann hatte einen solchen nach dem Bahnhof Prenzlauer Allee abfahrenden Zug besteigen wollen. Es glückte ihm auch noch, während der Fahrt die Coupétüre zu öffnen; als er jedoch in das Abteil hineinspringen wollte, wurde er von der Tür erfaßt und niedergeschlagen. Er geriet nun zwischen den Bahnsteig und die Leitertreiter des Waggons. Auf Zurufe von Beamten wurde der Zug sofort zum Halten gebracht. Zweifellos wäre der unvorsichtige junge Mann germalmt worden, wenn es nicht dem Jungfänger gelungen wäre, den Train durch einen Ruck zum Stehen zu bringen. Der Verunglückte erlitt schwere äußere Verletzungen und wurde nach der Unfallstation II. gebracht, wo er die ersten Notverbände erhielt.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich vorgestern Abend in der Schönhauser Allee ereignet. Das vierjährige Töchterchen Elsa des Tischlers Jädel, Schönhauser Allee 52, hatte vor dem Elternhause den Fahrdamm überschritten wollen und geriet dabei unter den Straßenbahnwagen Nr. 2250 der Linie 57. Nachdem der Wagon zum Halten gebracht worden war, wurde die Kleine befreit und in besinnungslosem Zustand nach der Rettungswache gebracht. Dort stellte der Arzt eine schwere Gehirnerschütterung sowie schwere Kopfverletzungen fest. In bedenklichem Zustand fand das Kind im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme.

In der Unfallstation in der Brüderstraße eingeliefert wurde am Montagmorgen um 6 Uhr eine unbekannte Frau, die sich in einer Bedürfnisanstalt fünf Schüsse beigebracht hatte; sie wurde nach einem Krankenhaus übergeführt.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Nochmals machen wir darauf aufmerksam, daß der Unterricht des Genossen Kagenstein heute ausfällt und dafür Sonntag, den 15. d. M., vormittags 10 Uhr, im Schullokal nachgeholt wird.

Zu relogozieren. Am 6. d. M. ist im Spandauer Schiffahrtskanal an den Solghofwiesen die Leiche eines unbekanntem, anscheinend dem Kaufmannstande angehörigen 20—25 Jahre alten Mannes von Schiffen aus Land gezogen worden. Der Ertrunkene ist 1,65 bis 1,68 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, kleinen Bart, dicke Nase, aufgeworfene Lippen. Bekleidet war die Leiche mit dunkelgrauem Leberzieger mit Arznumerkroge, dunkelgrauem Rock, (Weste und Hals). Hute und Weste von gleicher Farbe, blaue gestreifte Tricot-Unterhose, grauen, wollenen Strümpfen, wollenen weißen Handschuhen, Schärstiefeln, weißem Vorwand, roter Krawatte (Kadel mit Stein), weißen Manschetten mit Kettenknöpfen. Am kleinen Finger der linken Hand befand sich ein Goldring mit weißblauen Stein, in der Leiche eine leere Blechbüchse für einzelne Geldorten. Besondere Kennzeichen: Born im Oberkiefer eine Zahnkrone. Die Leiche befindet sich in der Leichenhalle des Hofkammer Friedhofes. Mitteilungen über die Persönlichkeit zu 9880 IV. 14 07 nimmt jedes Polizeirevier oder die Kriminalpolizei, Zimmer 330, entgegen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 12. Oktober d. J. hat sich die Witwe Friederike Hagen, geb. Witzl, 2. August 1838 in Gnoien geboren, aus ihrer Wohnung Christburgerstr. 5 entfernt und wird seither vermißt. Sie ist mittelgroß, hat graumeliertes Haar, graue Augen, keine Zähne, blaße Gesichtsfarbe und spricht Niederbayer Dialekt. Bekleidet war sie bei ihrem Fortgange mit grünem Rock, blauer Bluse mit weißen Blumen, braunwollenem Umhangemantel, schwarzen Schürstiefeln, schwarzen Wollstrümpfen, weichen Hemd, blau und weiß gestreifter Barockschleife, Trauring, gez. A. W., ohne Kopfbedeckung. Die Vermißte ist etwas geisteschwach. Es wird daher vermutet, daß ihr ein Unglück zugefallen ist, oder daß sie in einer Peinlichkeits Aufnahme gefunden hat. Personen, welche über den Verbleib der Vermißten Auskunft geben können, werden gebeten, ihre Bemerkungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten Nr. 9333 IV 14 07 mitzuteilen.

Fragen gesucht. Personen, welche am 8. Juni d. J., morgens 1/—1/7 Uhr, gesehen haben, wie auf der Straße von Friedrichstraße (Marktstraße) bis Endstation (Kaiserhof Tor) ein Herr von einem Omnibusfahrer mißhandelt und beschimpft wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei Demo Wäcker, Briesenerstr. 41, vorn IV Treppen, abzugeben.

Feuerwehbericht. In der letzten Nacht beschäftigte ein gefährlicher Brand die Feuerwehre längere Zeit in der Waldemarstr. 52. Im Dachgeschloß des Duergebäudes brannten Volkermöbel, Handat, Fußböden u. a. Wegen der großen Veranoalmung der Luft und Zugänge benutzte der 5. Zug bei seinem Vorgehen eine große

mechanische Leiter. Durch kräftiges Löschen konnte eine weitere Ausdehnung verhindert werden. Durch Explosionen kamen gestern Abend drei Brände aus. In der Prinzessstr. 77 explodierte eine Spiritusleuchte, in der Reichensbergerstr. 74a eine Benzolampe und in der Prinz Eugenstr. 7 eine Petroleumlampe. Es gelang in allen drei Fällen die Flammen zu löschen und weitere Gefahren zu verhüten. — Nachts um 11 Uhr stand in der Joffenerstr. 30 eine Küche und um 12 Uhr in der Bernauerstr. 74 (Huppinerstr. 30) ein Keller in Flammen. Der erste Zug hatte in der Landbergerstr. 21 einen Dachstuhlbrand zu löschen, der zweite Zug in der Thorsstr. 47 einen Kellerbrand. Ferner hatte die Wehr in der Mathäikirchstr. 31 und Alexanderstr. 9 zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Wie die Polizei ihre Pflicht tut.

Am Sonnabend Abends ging der in Rixdorf, Münchenerstr. 17, wohnende Schneidermeister Büchel nach Berlin, um Arbeit abzuliefern. Nach Erledigung seiner Geschäfte trank B. in einem Restaurant in der Rosenstraße ein Glas Bier. Beim Verlassen des Lokals glitt B. auf der Straße aus, schlug mit dem Kopf auf das Pflaster und verlor infolgedessen die Besinnung. Auf Veranlassung eines Schutzmanns wurde B. nach der Unfallstation gebracht, wo man ihm eine Kopfswunde verband, die er sich bei dem Fallen zugezogen hatte. Der Arzt soll Herrn B., der immer noch nicht aus seiner Betäubung erwacht war, für kranklos betrunken erklärt haben. Von der Unfallstation wurde B. nach dem Polizeigewahrsam am Alexanderplatz gebracht. Indessen verlor Frau B. die Nacht in Angst und Sorge. Sie wußte, daß ihr Mann nüchtern und ordentlich ist, daß er regelmäßig nach Hause zu kommen pflegte und daß er auch Legitimationspapiere bei sich trug, so daß die Frau also benachrichtigt werden konnte, falls dem Ranne ein Unfall zugefallen sein sollte. Am Sonntagvormittag schickte Frau B. nach dem zuständigen Rixdorfer Polizeirevier. Von dort erhielt sie den Bescheid, man wisse auf dem Revierbureau schon seit Sonnabend Abends 8 Uhr, daß sich Herr B. im Berliner Polizeigewahrsam befindet. Nun begab sich Frau B. selber nach dem Revierbureau und suchte dem amtierenden Wachtmeister begründet zu machen, daß doch die Pflicht der Polizei wäre, sie, die Frau, von dem Unfall ihres Mannes sofort zu benachrichtigen, damit sie sich ihres Mannes annehmen könnte. Der Wachtmeister wollte eine solche Pflicht der Polizei aber nicht anerkennen. „Wenn nun mein Mann diese Nacht im Polizeigewahrsam gestorben wäre?“ fragte Frau B., worauf der Beamte eine Verneuerung machte, deren Sinn etwa war, das gebe ihn nichts an. Am Sonntag gegen Mittag schickte Frau B. nach dem Polizeipräsidium in Berlin und nun wurde Herr B. nach einigen Einwendungen der Beamten entlassen und konnte zu seiner Familie zurückkehren.

Das Verhalten der Polizei in diesem Falle muß im höchsten Grade befremden. Wenn die Polizei einen Mann, den sie in hilflosem Zustande auf der Straße findet, zu seiner eigenen Sicherheit in Gewahrsam nimmt, so mag man das gelten lassen für den Fall, daß sich die Persönlichkeit des Betroffenen nicht feststellen läßt. In vorliegenden Falle wußte die Polizei aber, mit wem sie es zu tun hatte, denn das zuständige Polizeirevier in Rixdorf war ja kaum eine Stunde nach dem Unfall Büchels benachrichtigt, daß dieser sich im Gewahrsam der Berliner Polizei befindet. Werden denn derartige amtliche Mitteilungen von einem Polizeibureau an das andere nur deshalb gemacht, daß man sie fein säuberlich in die Akten einträgt und dann alles seinen Weg gehen läßt? Wäre es nicht das nächstliegende und eigentlich selbstverständliche gewesen, daß man vom Revierbureau in Rixdorf, nachdem es Kenntnis von dem Anfälle Büchels erhalten hatte, einen Beamten in die benachbarte Wohnung Büchels geschickt hätte, um der Frau vom Schicksal ihres Mannes Nachricht zu geben? Wie meinen, das wäre die Pflicht der Polizei gewesen, selbst dann, wenn sie annehmen, es handele sich um einen Betrunkenen, was ja nicht zutreffen soll. Es wäre interessant, wenn man erfahren könnte, ob die hier in Frage kommenden Beamten in jedem Falle so handeln würden wie im Falle Büchel, auch dann, wenn ein Mann aus der sogenannten besseren Gesellschaft in demselben Zustande wie Büchel auf der Straße gefunden wird.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung begann ihre letzte Sitzung mit einer Geschäftsordnungsdebatte. Der Reichstag war aber diese Debatte unangenehm; sie stellte einen Saluh Antrag, der denn auch entgegen allen parlamentarischen Regeln angenommen wurde.

Ein Antrag der liberalen Fraktion, nach welchem der Magistrat aufgefordert wird, gegen die auf Grund der Verfügung der Regierung vom 18. Juli 1907 drohende Verkürzung der Ferien für die Schöneberger Gemeindepflichtschulen schleunigst die geeigneten Schritte zu unternehmen, fand nach kurzer Begründung und nach Befürwortung durch den Oberbürgermeister einstimmige Annahme.

Ein Antrag der Stadtverordneten Schneider und Genossen verlangte die Erhöhung des Zinsfußes der städtischen Sparkasse von 3 Proz. auf 3 1/2 Proz. Der Ausschuß empfahl die Ablehnung dieses Antrages. Begründend wurde ausgeführt, daß die Sparkasse vor allen Dingen darauf sehen müsse, die Gelder der Sparers sicher anzulegen. Die Sparkasse könne sich nicht nach den gegenwärtigen Zinssteigerungen richten, da die Gelder der Sparers seinerzeit zum Teil zu einem niedrigen Zinsfuß ausgeliehen sind. Den Zinsrückstellungen, die zum großen Teil keine oder nur Gelder in geringer Höhe auf der Sparkasse angelegt haben, wäre durch diese Erhöhung kein besonderer Vorteil gebracht. Die Versammlung lehnte darauf den Antrag auf Erhöhung des Zinsfußes ab. Angenommen wurde bei dieser Gelegenheit eine Aenderung des Sparkassenstatuts, nach welcher in Zukunft die Zinsen für die volle Zeit, in welcher die Gelder angelegt sind, berechnet werden.

Eine äußerst heftige Debatte brachte dann der Bericht des Wahlprüfungsausschusses. Der Ausschuß beantragte, alle Wahlen für gültig zu erklären. Gegen die Wahl zweier Herren der zweiten Abteilung, die der Unabhängigen Vereinigung angehören, war von den unterlegenen Liberalen Einspruch erhoben worden. Die beiden Herren waren mit einer resp. zwei Stimmen Majorität gewählt. Ueber verschiedene Unregelmäßigkeiten sollten nach dem Antrage der liberalen Fraktion erst Beweiserhebungen angestellt werden. Hiergegen wandten sich die Vertreter der Mehrheit. Interessant war, daß von den drei Juristen, die zu dieser Sache sprachen, jeder eine andere Meinung vertrat und rechtlich für richtig hinstellte. In namentlicher Abstimmung wurde dann der Antrag, Beweiserhebungen anzustellen, abgelehnt und gemäß dem Antrage des Wahlprüfungsausschusses beschlossen.

Unter rätselhaften Umständen verstarb der Tischlermeister Pilzkel, Eberstr. 34 wohnhaft, der in der gestrigen Nacht vor dem Hause Hanstr. 98 auf dem Bürgersteige liegend besinnungslos aufgefunden wurde. Ein Schutzmann veranlaßte die Ueberführung des 43jährigen Mannes, der aus einer Verletzung an der Nase blutete, zu einem in der Nähe wohnenden Arzt, doch konnte dieser nur den bereits eingetretenen Tod des Tischlermeisters feststellen. Die Todesursache vermochte der Arzt nicht zu ermitteln. Abgesehen von der Wunde an der Nase waren äußere Verletzungen nicht zu entdecken. Die Leiche wurde polizeilich befehlagnahmt.

Charlottenburg.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern am Kurfürstendamm ereignet. Das fünf Jahre alte Lösserchen Elise des Portiers Weese, Kantstr. 30, war mit einigen anderen Kindern über den Fahrdamm gelaufen. Die Kleinen hatten das Herrmann der Automobilgesellschaft Nr. 3949 nicht bemerkt und während es den übrigen Kindern gelang, unverletzt den anderen Bürgersteig zu erreichen, wurde die B. von dem Kraftwagen erfaßt und überfahren. Am ganzen Körper sowie am Kopf trug die Kleine schwere Verletzungen davon. Passanten trugen die Verunglückte in die Wohnung der Eltern.

Zehlendorf.

Ein Gerücht, das, wenn es sich bestätigt, den allerschwersten Streif nicht nur der Arbeiterschaft, sondern sämtlicher Steuerzahler unseres Ortes heraufbesenden muß, macht augenblicklich hier die Runde. Es handelt sich um den Neubau des Feuerwehreinstituts auf dem Grundstücken des alten Armenhauses in der Spandauerstraße. Bekanntlich wurde dieser Bau erst in der vorletzten Gemeindevettersitzung beschlossen. Die Bauarbeiten wurden in mehreren Losen in Submissionswege ausgeschrieben, und Herr Maurermeister Jünke, Gemeindevetters 1. Klasse, erhielt den Zuschlag. Die Kosten, die für sich schon für nicht im Interesse der Gemeinde liegend, Gemeindevettersungen oder Bauausführungen an Mitglieder der Gemeindevettersung zu vergeben. Andere Gemeinden, in deren Vertretung allerdings Sozialdemokraten sitzen, haben das Anwürdige dieses Zustandes schon eingesehen und beschloßen, keine Lieferungen oder Leistungen für die Gemeinde durch Gemeindevetterser ausführen zu lassen. In unserem Orte scheint man kein Verständnis für diese Forderung zu haben. Es ist auch einigermaßen verwunderlich, daß gerade immer Herr Gemeindevetters Jünke den Zuschlag erhält. Die Gemeindevettersung hat auch bisher stets, wenn der Herr mit seinem niedrigen Angebot nicht auskam, eventuelle Nachtragsforderungen bewilligt und wird sie wahrscheinlich auch in der Zukunft bewilligen. Wie nun verlangt, soll Herr Jünke die Maurerarbeiten in Accord an Accordmaurer vergeben haben. Bewahrheitet sich dieses Gerücht, so ist das allerdings das höchste Stück, was sich während der letzten Jahre in der Gemeinde zugegetragen hat. Abgesehen davon, daß bei der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe kein Mangel, sondern ein Ueberangebot von Bauarbeitern aller Art vorhanden ist, und es vor allem die Pflicht der Gemeindevettersung und des Bauamtes wäre, zu verlangen, daß Zehlendorfer Steuerzahler bei derartigen Gemeindearbeiten zuerst berücksichtigt werden, birgt die Ausführung von Bauten in Accord schwere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter selbst wie auch der späteren Bewohner in sich. Wir fragen nun in aller Öffentlichkeit an: Weich das Bauamt von diesem Gerücht, und wenn es sich bewahrheitet, wie stellt sich daselbst dazu? Hier ist es die Pflicht der Gemeindevettersung, dagegen einzuschreiten. Jeder den materiellen Interessen des Einzelnen steht das Wohl und Wehe der Gesamtheit.

Steglich.

And der Gemeindevettersung vom 6. Dezember ist zu berichten, daß die Wahl des Kräftesten Sinnig zum Schöffen die Befähigung erhalten hat und daß das Provinzial-Schulkollegium seine Bedenken gegen die Neuerrichtung einer Realschule und eines Realgymnasiums nunmehr ausgesprochen hat. Zur Erbringung der verordneten Schöffen Fleming erhielt die Straße 18 (verlängerte Zimmermannstraße) den Namen Karl Flemingstraße; außerdem soll für das Kommissionsbürogemach in der Altstadt des Referenten beschafft werden. 300 M. wurden hierzu bewilligt. Die beantragte Anstellung eines Lehrers im Hauptamt an der Fortbildungsschule mit dem Gehalte der Mittelschullehrer wurde beschlossen und ferner dem Entwurf einer neuen Grundsteuerordnung zugestimmt. Während bisher ein Einheitsfuß für alle Grundstücke von 3 pro Mille erhoben wird, soll nach dem neuen Entwurf eine Differenzierung stattfinden dergestalt, daß von ungebauten Grundstücken schlechthin das Anderthalbfache, von ungebauten an regulierten Straßen jedoch das Doppelte des Steuerfußes für bewohnte Grundstücke erhoben werden soll. Nach dem Referenten wird es durch die stärkere Heranziehung des ungebauten Grundbesitzes möglich sein, den bewohnten wesentlich zu entlasten, ohne die Gemeindevettersungen zu schmälern. Der Antrag des Gemeindevetters Jänke auf Erhöhung der Hundesteuer von 12 auf 20 M. jährlich fand eine merkwürdige Begründung durch den Referenten. Bürgermeister Dr. Behrendorf. Er führte aus, daß von der Erhöhung weniger eine Mehreinnahme, als eine Verminderung der Zahl der Hunde in unserem Orte erwartet werde. Die erhöhte Steuer würde viele Hundebesitzer zur Abschaffung der Vierfüßler veranlassen und das sei im Interesse der Reinlichkeit der Straßen und Anlagen und in sanitärer Hinsicht sehr wünschenswert. Der Stegligh nicht kennt, muß nach dieser Begründung vermuten, daß wir in bezug auf Hunderechtum mit Konstantinopel erfolgreich konkurrieren könnten. Diese Meinung schienen auch die Mietervereiner zu haben, denn zwei ihrer Redner traten sehr warm für diese „vegetarische Steuer“, wie sie der Referent genannt hatte, ein. Nur Gemeindevetters Jänke und ein anderer Gemeindevetterspartei trat sich warm für die minderwertigen Hundebesitzer ein, die allein davon betroffen würden. Der reiche Mann werde wegen 8 M. jährlich seinen Hund nicht abschaffen. Die Erhöhung wurde schließlich in erster Lesung mit geringer Mehrheit angenommen. Die Aufsertigung des Todesurteils der „ärmsten“ Hunde wird also der nächsten Sitzung vorbehalten bleiben. Vielleicht entdeckt bis dahin irgend ein Arbeiter des Mietervereins, daß auch Pferde die Steuer zu bezahlen und beantragt dann gleich eine „vegetarische“ Steuer auf diese Vierfüßler, um damit jene unserer Mitbürger zu lassen, die noch nicht „auf den Hund gekommen“ sind. Ein Antrag Rabe und Genossen auf „Reform des Gemeindevetterswahlrechts“ wurde dem Gemeindevettersrat zur Vorberatung überwiesen. Mit diesem Antrag beabsichtigt der Mieterverein die Sünden seiner früheren Vorstände, Gemeindevetters Fischer (der nebenbei bemerkt, freisinniger Reichstagskandidat und Vorsteher des liberalen Wahlvereins ist), wieder gut zu machen, der im Jahre 1901 eine Verdrängung des Gemeindevetterswahlrechts herbeiführen half. Dieser eckte Freisinnsmann gab damals mit seiner Stimme den Ausschlag, doch nicht mehr der einfache, sondern der anderthalbfache Steuerdurchschnitt bei der Einteilung der Klassen zugrunde gelegt wurde. Warten wir ab, ob es gelingt, diesen Schandfleck vom Mieterverein abzumachen.

Friedrichsfelde.

Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen den Lehrer der Mädchenschule Herrn Jüdel eingestellt. Wir wie berichteten, hatten am 13. Juli d. J. zwei Söhne, deren Kinder von genanntem Lehrer geschädigt wurden, auf Grund eines ärztlichen Attestes bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt. Die Staatsanwaltschaft betont nun, daß das Nichtigkeitsrecht nicht überschritten worden sei. Herr Jüdel selbst ist, wie man uns mitteilt, vom Unterricht suspendiert worden. Ob die Jungen behaupten, er habe es in letzter Zeit viel mit den Kindern gehalten. So sei er auch in der vorigen Woche, von einer nächtlichen Anekdote heimkommend, direkt zur Schule gegangen; hierauf sei keine Verurteilung erfolgt. Jedenfalls wird dieser Pädagoge an Friedrichsfelder Schulen wohl nicht mehr unterrichten.

Neuenhagen (Ostbahn).

Die Gründung eines Konsumvereins bezweckte eine dem Wohlverein für Neuenhagen und Umgegend am Sonntag im Lokale von Büchse einberufene öffentliche Versammlung. Als Referent legte der Geschäftsführer Winter von der Konsumgenossenschaft Charlottenburg in großen Zügen den Wert der Konsumvereine dar. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde empfohlen, sofort mit der Eintragung des Mitglieder für einen Konsumverein zu beginnen. Die Versammlung beschloß demgemäß.

Weißensee.

In einer sehr gut besetzten, vom Wahlverein einberufenen öffentlichen Versammlung sprach am Mittwoch im Schloß-Etablissement Genosse Max Schürte-Berlin über „Friede auf Erden“. Mit der Erklärung des Weihnachtsfestes, für den Religionslosen dem Reste der Winter Sonnenwende, welches den Sieg des Lichts über die Finsternis bedeutet, beginnend, schilderte Redner unter dem Motto: „Das Leben ist der Mensch höchstes Gut“, die Ursachen des Krieges der Vorzeiten. Nicht nur die später von der Kirche fortgesetzten Kriege, sondern auch die Kreuzzüge wie die nachfolgenden Erbkrige u. s. w. sind vom christlichen Standpunkt zu verwerfen. Leider lehrt heute noch die Schule die Unsitte der Krige,

stalt den Kindern kulturelle Aufklärungen zu geben. Alles würde zwar mit Gott eingeleitet, aber die richtige christliche Menschenliebe, d. h. den Haß gegen den Krieg, unterlasse man zu lehren. Trotz der Haager Konferenz mit dem miserablen Resultat finde man leider keinen Kampf gegen den Krieg. Wie ein solcher Kampf geführt werde, beweiße die Anklage gegen den Genossen Liebnitz und dessen Verurteilung. In der darauffolgenden Diskussion nahm ein Herr Max Baum-Berlin, Vorstandmitglied der Friedensgesellschaft, das Wort. Derselbe erklärte sich zwar mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, forderte aber zum Beitritt in die Friedensgesellschaft auf. Sie allein sei bei genügender Stärke fähig, einen Kampf gegen den Krieg zu führen. Genosse Fendel wandte sich hierauf unter tosendem Beifall gegen die Friedensgesellschaft. In einer Korporation, die allen Parteien offenstehe, kann von einem Kampfe gegen den Krieg keine Rede sein. Die einzige Partei, die im Parlamentе jegliche Mittel für Militär, Marine, u. s. w. Vorlesungen verweigere, sei die Sozialdemokratie. Im gleichen Sinne sprach Genosse Neizorowski. In seinem Schlusssatz bedauerte der Referent, daß die Geistlichen Weisheits trotz Einladung nicht erschienen seien. Die Friedensgesellschaft schäme er ja auch hoch, aber sie sei leider unbekannt und wird es auch bleiben. Die Wurzel des Übels wird erst mit dem Siege des Volkes vernichtet zu werden. Mit einem Hoch auf die Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Potsdam.

Die letzte Stadtverordneten-Versammlung beschloß eine durchgehende Erhöhung der Beamtengehälter. Wie der Oberbürgermeister anführte, ist die Finanzlage der Stadt so, daß der Etat sich die Extrazusgabe von 80000 M., die für die Erhöhung der Beamtengehälter in Frage kommen, leisten kann. Nur über die Gründe der Gehaltserhöhung konnte man sich nicht einig werden. Einen Kostendruck gibt es überhaupt nicht in Deutschland, auch nicht im Beamtenstande, behauptete der Stadto. Bernhard. Da aber eine staatliche Aufbesserung der Gehälter in Aussicht steht und die Stadt dann doch die Gehälter für ihre Beamten erhöhen müsse, so beschloß man folgende Gehaltsstufen: Stadträte 5000—8000 M. (Zulage 500—1000 M.); Referenten der Sparkasse und Stadtkassen 4000—5000 M. (2000—3000 M. Zulage); Stadtschreiber und Buchhalter 2500—4000 M. (+ 450 M.); dazu kommt noch eine pensionsberechtigende Zulage für die Oberstadtschreiber, Steuer- und Sparkassenreferenten von jährlich 300 M.; Assistenten 2000—3500 M. (+ 300 M.); Kanzleibeamten 1600—2200 M. (+ 100 M.);boten und Vollzugsbeamten 1550—1900 M. (+ 100 M.); bei den Steuerbeamten (jense Leute, die bis 1910 noch an den Grenzen Potsdams Wacht halten müssen, damit jedes Stüchchen Fleisch bereitet wird) erhielten die etatsmäßigen Steuerheber 150 M. und die übrigen Steuerbeamten 100 M. Zulage; Techniker 2400 bis 3400 M. Seitens des Finanzausschusses waren für diese neu gegründete Klasse 200 M. mehr vorgeschlagen, was aber mit 18 gegen 18 Stimmen, wobei die Stimme des Vorberaters, der selbst Maurermeister ist, den Ausschlag gab, abgelehnt wurde. Die Aufbesserung der Lehrergehälter steht in Aussicht. Und die städtischen Arbeiter in dem Elektrizitätswerk, dem Wasserwerk, bei der Straßenbahn, auf dem Schlachthof und bei der Straßenreinigung? An diese Leute hat man anscheinend auf dem Rathause noch gar nicht gedacht. Auch die städtischen Arbeiter sollten sich mal zusammenschließen, sei es auch vorläufig nur, um dem Magistrat und den Stadtverordneten ihre Wünsche vorzutragen. — Zu Beginn der Sitzung gab es noch einen Dringlichkeitsantrag des Stadto. Fröhlich, die Wahlbezirke der 3. Abteilung anderweitig einzuteilen, worüber man aber mit Rücksicht auf die bevorstehende Stadwahl vorläufig zur Tagesordnung überging. Die Bezirke mit über 5000 Wahlberechtigten, die vier Stadtverordnete wählen, haben sich als zu groß erwiesen. Jeder zwei Stunden nach der festgesetzten Zeit war die Wahl noch nicht geschlossen und dabei war die Wahlbeteiligung nur 25 Proz. — Das Grundstück des alten Straßenbahndepots wird vorläufig bis zum 1. April 1909 zum jährlichen Mietpreise von 1600 M. verpachtet. Auf eine von verschiedenen Seiten empfohlene Einrichtung einer Stadt-Schwimmanstalt will man sich nicht einlassen. Man befürchtet neben technischen Schwierigkeiten wohl hauptsächlich den Widerspruch der dortigen Anwohner.

Vermischtes.

Eine graußige Entdeckung.

Aus Homberg, Hb., wird folgendes berichtet: Vor mehreren Jahrzehnten erregte hier das plötzliche Verschwinden eines Bürger großen Aufsehen. Schon damals ging das Gerücht, der Verschwindende, der sich ein Haus errichtete, sei von seinen Leuten ermordet und eingemauert worden. Die polizeilichen Nachforschungen blieben jedoch damals ohne Erfolg. Die Angelegenheit wäre wohl völlig der Vergessenheit anheimgefallen, wenn nicht jetzt plötzlich das Verschwinden des Mannes eine graußige Aufklärung gefunden hätte. Beim Abbruch des fraglichen Hauses fanden die Arbeiter in einer Mauer ein ansehnliches Skelett, das zweifellos dem feinerzeit Verschwundenen angehört. Danach hat das Gerücht, daß der Erbauer des Hauses von seinen Bauarbeitern erschlagen worden sei, neue Nahrung gefunden. Nach einer anderen Version soll der Täter in der Person des eigenen Sohnes des Verschwindenden zu suchen sein, der seinen Vater nach der Tat eigenhändig in das Mauerwerk eingemauert haben soll. Die Polizei hat die Untersuchung der Angelegenheit von neuem aufgenommen.

Die Eisenbahnfälle entstehen.

Aus Kattowitz wird folgendes berichtet: Am 8. d. M. 7 Uhr 45 Min. abends ist auf der freien Strecke zwischen Dambrau und Doppeln der Güterzug Nr. 9 auf den Güterzug Nr. 6255 aufgefahren. Hierbei wurden sieben Wagen des Güterzuges zertrümmert, beide Gleise gesperrt. Personen sind, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, nicht zu Schaden gekommen. Der Lokalfahrt wurde durch Umsteigen auf der Unfallstelle, der Fernverkehr durch Umleitung über Reihe aufrechterhalten. Am 9. d. M. Vormittags wurde auf der Unfallstrecke der eingeleiste und nachmittags der zweigleisige Betrieb wieder aufgenommen. Der Unfall ist auf das am vorhergehenden Tage herrschende große Schneetreiben zurückzuführen, durch welches das gesamte Telegraphengestänge auf genannter Strecke wargerissen und jede telegraphische und telephonische Verständigung unmöglich gemacht worden war. Die Hänge mühten ohne jede Meldung in Zeitabstand abgelassen werden! Da Güterzug Nr. 6255 wegen vorliegender Hitze bei der Blockade Erzwangina bei Dambrau zum Halten kam, fuhr der diesem Zuge folgende Güterzug Nr. 9 mit mäßiger Geschwindigkeit auf den Schluß des Güterzuges Nr. 6255 auf. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Ein Millionenbrandschaden. Die Direktion der Ledertexel Fall u. Schuett, deren Fabrik in Wilsler in der vergangenen Nacht total niedergebrennt ist, gibt den Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, auf etwa 1/2—3 Millionen Mark an. Die Fabrik beschäftigte 250 Arbeiter. Auch ein der Fabrik gegenüber liegendes Wohnhaus ist abgebrannt.

Wahnsinnfall. Nach einer Meldung aus Siegen wurde vorgestern nachmittags 1/2 Uhr auf Bahnhof Vormwald der Strecke Kreuzthal—Marburg der Personenzug 702 bei der Ausfahrt von der sich rückwärts bewegendem Schiebelocomotive eines sich mit ihm kreuzenden Güterzuges in die Flanke gefaßt, wobei fünf Personenzüge englischen und ungarischen. Die unbesorgte Rückwärtsbewegung der Schiebelocomotive ist veranlaßt auf die beim Lösen der Bremsen des Güterzuges, dessen letzte Wagen im Gefälle standen, eingetretene Störung der Pufferbremsen zurückzuführen. Der Landwirt Schumannshausen aus Doglar, Kreis Wittgenstein, erlitt einen komplizierten Armbruch; außerdem wurden zehn Personen leichter verletzt. Verfallene Hälfte war sofort zur Stelle. Die Strecke war nach vier Stunden wieder fahrbar. Bis dahin wurde der Betrieb durch Umsteigen aufrechterhalten.

Briefkasten der Redaktion.

Die türkische Ehrenkunde Andet Lindenstraße Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 27. Jahrgang, 2008 wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Ehrenkunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Z. 75. 1. Wenn Sie zur Leitung des Ehrenkunds nicht erscheinen, kann Ihre Verfertigung beschloßen werden. 2. Ja, aber die Durchführung ist sehr schwierig. — **A. 5.** 1. Viel vom Testament vor, so kann in Ihrem Fall die Witwe innerhalb 6 Wochen nach ihrer Wahl nach dem Recht des bürgerlichen Gesetzbuchs oder nach männlichem Recht erben. In letzterem Fall erhält sie die Hälfte der Masse, die durch Zusammenwert ihres Vermögens mit dem Nachlaß entsteht, die andere an die Kinder. Erst sie nach dem bürgerlichen Gesetzbuch, so erhält sie 1/2, die Kinder 1/3 des Nachlasses. 2. Es muß Auseinandersetzung mit der Firma stattfinden. **Z. 28.** 51. 1. Bis zum 30. Lebensjahre. Die Annahme mühte am 27. erfolgen. 2. Polizeipräsident Berlin. — **W. M. 210.** Ja, aber unter Abzug des Krankenlageselbes. — **B. 7. 157.** Hamburger Echo—Hamburg, Fehlandstraße. — **R. 3. 88.** Die Inspektion der Marine-Insanterie geteilt in 1. Seebataillon (Niel) 1.—4. Kompagnie, II. Seebataillon (Wilhelmsbaven) 1.—4. Kompagnie und III. Stamm-Seebataillon (Wilhelmsbaven) 1. und 2. Kompagnie und Stamm-Batterie für das III. Seebataillon. Zum Gouvernment Kautschou (Xingtan) gehört das III. Seebataillon 1. bis 5. Kompagnie, Marine-Jedebatte des III. Seebataillon und die Marineartillerie-Abteilung Kautschou 1.—3. Kompagnie. Der Inspektion der Marineartillerie und des Minenwesens sind 4 Marine-Artillerie-Abteilungen in Friedberg, Wilhelmshaven, Lehe (bez. Helgoland) und Cuxhaven unterstellt. — **A. 8. 07.** 1. Nein, allerdings konnte innerhalb 6 Wochen nach Kenntnis des Umstandes ein Anordnungsversuch gemacht werden. 2. und 3. Nein. — **B. 21. 84.** Leider liegt Verabingung seit dem 1. Januar 1904 vor. — **G. Kautschou.** Die Verpflichtung besteht nicht. — **R. B. Stadapok.** Es bedarf unseres Wissens des Reichsgesetzes. Wenden Sie sich aber mit einer Anfrage an die dortige Universität. — **Marie 07.** Es gibt leider ein weiteres Mittel nicht, das Erfolg verspricht. Sie würden lediglich Ruhe und Zeit veran. — **Africa 33.** Sie erhalten genau Auskunft bei der Postdirektion und der Steuerdirektion, Abteilung für indirekte Steuer. Den Inhalt der Akte müssen sie angeben. — **P. 3. 73.** Da ein Gemeindevetters die gesetzlich obliegende Anmeldung zum Krankenlageselbes oder zur Unfallversicherung unterlassen, so sind dem Erkrankten oder Verunglückten trotzdem die Leistungen aus der Kranken- oder Unfallversicherung von der Stelle oder Berufsgenossenschaft zu zahlen. — **M. 01.** Bei dem Kundgericht des letzten Bohmjes ihres verstorbenen Vaters. — **B. L. Rein:** Das Mädchen ist jetzt infolge seiner Beschäftigung Mitglied der Dreifachenkasse der Schneider geworden. — **G. Z. 1880.** Zunächst laden Sie Ihre Frau zum amtsgesentlichen Schiedsman. Dann lassen Sie auf Entscheidung durch einen Notarfall beim Landgericht. Die Klage wäre auf Grund des § 1668 des bürgerlichen Gesetzbuchs zu erheben. Sie ist nicht ganz aussichtslos. Jede Forderung vermerkt die Schwierigkeiten. Nach § 1668 kann ein Ehegatte auf Erhebung klagen, wenn der andere Ehegatte durch schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten oder durch chelotes oder unethisches Verhalten eine so tiefe Verletzung des ehelichen Verhältnisses verschuldet hat, daß dem Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann.

Seitener Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion (Großhandl.) Dänischefleisch in 98—70 re 100 Pfd., Ha 62—67, Ha 56—63, Sußenfleisch in 67—72, Ha 56—66, Kälbe, je 60—88, da. mager 82—89, Fresser 62—69, Büllen, dänische 53—55, Kalbfleisch, Doppelfender 110—125, Kalbfleisch, Ha 83—83, Ha 73—82, Räber ger. gen. 53—59, do. hell. 48—54, Gammelfleisch, Schweinefleisch 67—78, Hammel in 68—72, Ha 62—67, ungar. 0,00, Schaf 47—60, Schweinefleisch 50—58, Rehwild in der Hund 0,60—0,80, Ha 0,40—0,55, Rothwild in der Hund 0,40—0,48, do. Ha 0,30—0,36, do. Stüber 0,45—0,55, Hammel 0,40—0,55, do. Räber 0,50—0,70, Wildschweine per Pfd. 0,30—0,40, Frühlinge per Pfd. 0,60, Kammern, groß, per Stück 0,70—0,85, do. klein 0,40, Heler, groß, per Stück 3,50—3,75, do. mittel und klein 1,50—2,25, Widlenen per Stück 1,40—1,50, Rehhäner, junge per Stück 0,75—1,20, do. alle 0,60—0,70, Palamendüne in, junge 2,25—3,00, do. Ha und alle 1,50—2,00, Palamendüne in, 1,00—1,30, Waldschweine per Stück 2,00—2,25, do. Ha 1,00—1,50, Putzer, alte, per Stück 1,00—2,00, do. Ha 0,90—0,90, do. junge 1,00—1,40, do. Ha 0,40—0,55, Lauben in 0,85—0,55, do. Ha u. alle 0,25—0,35, do. Ha 0,70—0,75, Enten in Stück 1,80—2,40, do. Ha 1,20—1,75, do. per Pfd. 0,60—0,65, do. Hamburger per Stück 3,20, Gänse per Hund 0,42—0,55, do. Oberbruder per Hund 0,45—0,55, Poulard per Stück 0,00, Putzer per Hund 0,55—0,70, Poularden, deutsche, per Hund 0,80—1,05, Gänse per 100 Pfd. 75—82, do. matt 0,00, do. groß 61, do. klein 0,00, dito mittel 0,00, Jauder, matt 1,85, do. klein 87, dito groß 60, Schaf, unvorf. 117, do. groß 0,00, do. klein 0,00, Kälbe, klein 0,00, do. klein und mittel 0,00, dito groß 0,00, Weis 0,00, Karpen 50er Galt, 69—61, do. 30—40er, Schaf, 68—68, do. 50er, Schaf, 62, do. 30er, Schuppen 0,00, Büden 31—42, do. klein 0,00, Hoddon 0,00, Weislinge 0,00, Bunte Nische 35—41, dito matt 0,00, Barle 68—75, Karanagen 0,00, Nete 30—36, dito matt 0,00, Mand 0,00, Quappen 0,00, Winter-Reinlaß per 100 Pfd. 0,00, Amerikanischer Nach in neuer per 100 Pfd. 110—130, do. Ha neuer 90—100, Seelachs per 100 Pfd. 0,00, Flundern, Kiefer, Stiege in 2—6, do. mittel Rette 1—2, Famb Stiege 4—6, halbe Rette 2—3, pom. in Schaf 0,00, Ha 0,00, Hühlinge, Krieter per 300 2—3,00, Straußender 0,00, engl. per 100 2,00—3,00, Sprossen, Danziger, Rette 0,80—1,00, do. Ringenwälder, Rette 0,80—1,00, Waite, groß per Hund 1,10—1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Heringe per Schaf 5,00—9,00, Schellfische, Rette 3,00—4,00, 1/2, Rette 1,75—2,50, Erdbeeren, 1902 er per 100er 98, 1904 er 95, 1905 er 98, 1906 er 85—90, Schottische Vorkülinge 1905 0,00, large 40—44, fall 38—40, mod. 35—45, deutsche 30—40, Deringe, neue Rasse, per 1/2, To. 50—120, Erdbeeren, russ., Jag 1,50—1,60, Bratbeeringe Jag 1,30—1,40, do. Rühle (4 Alter) 1,40—1,70, Kammern, Schaf in 11, do. kleine 5—6, do. kleinen 14, Rette per Schaf 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 cm 0,00, do. unvorf. 0,00, Ostfänger, groß 0,00, do. unvorf. 0,00, Bier, Land, unvorf. per Schaf 4,50—5,80, do. große 6,00—6,50, Gutter per 100 Pfd. in 132—133, Ha 122—128, Ha 116—122, abfallende 100—106, Same Gurken Schaf 4,00, Westergurken Schaf 4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. Babelsche 3,00—3,50, weiße runde 2,75—3,00, mag. bon. 3,00—3,25, Forre, per Schaf 1,00—1,25, Beertretin, Schaf 4—10, Spinal per 100 Pfd. 6—10, Sellerie, per Schaf 3—6, do. pom. 6—8, Zwiebeln per 100 Pfd. 2,00—4,00, Petersille, grün, Schaf in 0,80—1,25, Kohlrabi Schaf 0,50—1,00, Pettis, hantlicher, Stück 0,01—0,10, Hiesiger Schaf 2,50—3,50, Kohlraben, 100 Pfd. 2,00 bis 2,50, Karotten, hiesige, Schaf in 3,00—4,00, Erbsen, per Schaf 4—6, Koftoff, Schaf 3—7, Weisbrot per 100 Pfd. 1,25—2,00, Numentoff, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Ernter 0,00, Kofentoff, per 100 Pfd. 10—18, Grünloft 2,00—3,00, Kohlraben, Schaf 2,00—3,00, Peterillemurze, per 100 Pfd. 6—7, Schaf in 4—5,50, Schnittlauch, Topfe Duld. 4—4,50, Tomaten, italienische, per 100 Pfd. 30,00—35,00, Rete Rüben, per 100 Pfd. 2,50—3,00, Rüben, Bessler, per 100 Pfd. 4—8, do. Teiltover 16—18, Kirsche, per 100 Pfd. 8—10, Esfaral per Schaf 5—6, Erdbeeren per Schaf 3—6, Birnen per 100 Pfd. Troler 0,00, Kohlbirnen 3—8, Tafelbirnen in 18—25, do. Ha 6—17, Apfel, per 100 Pfd. Troler in 18—40, do. Ha 12—18, Troler, lose, per 100 Pfd. 10—14, do. in Kisten 120 Pfd. 30—70, Apfel, hiesige, 2—5, Kof. 5—10, Tafel-Äpfel in 15—25, do. Ha 10—12, Amerikaner, per 100 Pfd. 18—32, Kälber, lose, 100 Pfd. 6—12, Buchweisse, per 100 Pfd. französische 32 bis 40, rumänische 30—37, Karanasse 52—56, Kälberweisse, lange, 100 Pfd. 43—47, do. runde 32—36, Weintrauben, Mineria, per 100 Pfd. 8—20, Kammeln per 100 Pfd. 70—90, do. II 0,40—0,60, Bananen, gelb, per 100 Pfd. 8—22, Kofenüsse per 100 Stück 20—28, Kradmandeln per 100 Pfd. 70—135, Maronen, Hol., per 100 Pfd. 9—15, Haseln, Kranz, per 100 Pfd. 22—27, do. Trommel, per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 25—58, Traubenrosinen per 100 Pfd. 80—120, Birnen, Weissna, 300 Stück 8,75—12,00, do. 300 Stück 8,00—11,00, do. 300 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am	
	12. 8.	12. 12.	12. 8.	12. 12.
Remel, Lüft	287)	0	Saale, Grobfisch	82 + 4
Regel, Zankerburg	27	0	Saale, Spandau	92 + 14
Seigels, Dorn	189)	-	Malsensbach	111 + 0
Oder, Nautbor	-	-	Spree, Spremberg	98 + 2
Krossen	87	0	Wesfien	132 + 2
Frankfurt	96	-	Weser, Röhden	-53 + 6
Barthe, Sarimm	48	+16	Wenden	15 + 18
Landberg	29	+2	Rhein, Nagenkalken	340 + 38
Rehe, Bestamm	24	0	Reub	104 + 15
Elbe, Belmberg	-58	+2	Rüben	104 + 14
Dresden	-177	+1	Redar, Heilbronn	48 + 34
Berlin	55	-4	Rhein, Beckheim	118 + 7
Regensburg	74	+2	Rohe, Trier	-

) + bedeutet Ungh, - fall. - 7) Unterpegel. - 7) Eisstand.

Zur Inventur

müssen unsere unglaublich riesigen Winterläger geräumt sein. Aus diesem Grunde und um auch den zurzeit

stellungslosen Arbeitern

es zu ermöglichen, sich mit Winterbekleidung zu versehen, haben wir

unsere Preise 10-50 Proz. herabgesetzt.

Es kommen garantiert ca. 20 pCt. aller Waren zum **Selbstkostenpreis zum Verkauf.**

Blitz

Eigene Fabrik mit elektrischem Betrieb!

Kleiner Auszug aus unserem Preis-Courant:

Herren-Anzug, kariert und gestreift Stück	7 ²⁰ M.	Herren-Paletot, schwarz, sehr schwer	7 ⁸⁵ M.
Herren-Anzug, blau u. schwarz Cheviot Stück	8 ⁹⁰ M.	Herren-Paletot, elegante Muster	9 ⁷⁵ M.
Herren-Anzug, engl. Dessins Stück	9 ⁷⁵ M.	Herren-Paletot, m. gestepptem Futter	12 ⁷⁵ M.
Burschen-Anzüge, elegante Muster Stück von	4 ⁵⁰ an	Herren-Paletot, schwarz, halb-schwer, auf Atlas	11 ²⁵ M.
Kinder-Anzüge, alle Façons Stück von	2 ⁰⁵ an	Burschen-Paletots von	4 ⁵⁰ an
Kinder-Hosen Stück von	48 ⁰⁰ an	Kinder-Paletots von	2 ⁶⁰ an

Loden-Joppen für Herren, Burschen und Kinder
ganz enorm billig.

Hosen für Herren, alle erdenklichen Muster
von 1.10 M. an.

Schlafröcke, Ulster, Kausjoppen, Pelerinen, Westen
zu Spottpreisen.

Ein Posten prima Herren-Anzüge, Ein Posten prima Herren-Paletots } Zu noch nie dagewesenen Preisen.

Sehen und staunen! Besichtigung ohne Kaufzwang!

Rosenthalerstr. 9

Parterre: Dekorationsräume.	IV. Etage: Lagerräume.
I. Etage: Verkaufsräume.	Auguststr. 41; II. Etage: Bureauräume.
II. Etage: Lager.	III. Etage: Engros-Lager.
III. Etage: Schneiderei mit elektrischem Betrieb.	IV. Etage: Reserve-Lager.

6 Geschäftshäuser.

Maß-Abteilung!

Herren-Anzüge: Serie I	27 ⁵⁰ M.	Serie II	37 ⁵⁰ M.	Serie III	47 ⁵⁰ M.
Herren-Paletots: Serie I	24 ⁵⁰ M.	Serie II	34 ⁵⁰ M.	Serie III	44 ⁵⁰ M.

Es werden garantiert nur prima Stoffe verarbeitet unter Garantie für tadellosen Sitz.

9 Rosenthalerstraße 9	85 Chausseestraße 85
19 Turmstraße 19	29-30 Kottbuser Damm 29-30
10 Hauptstraße 10	137 Gr. Frankfurterstr. 137

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Weihnachtsprämien für unsere Abonnenten.

Sie empfehlen unseren Lesern **Ferdinand Freiligraths sämtliche Werke**

in vorzüglicher Ausstattung, gebunden in drei eleganten Leinwandbänden, statt zu dem bisherigen Preise von 5.- Mark für nur 3.- Mark. (Porto nach auswärts 50 Pf.) Die vollstündigen und sozialen Gedichte Freiligraths sollten die Arbeiter veranlassen, diesen Dichter des Kampfes mehr als bisher kennen zu lernen.

Ferner liefern wir in einer neuen illustrierten Ausgabe ebenfalls zum Vorzugspreise:

Friedrich Gerstäckers Werke

in zwei Bänden gebunden und über 1000 Seiten stark, zum Preise von 3.50 Mark. (Porto nach auswärts 50 Pf.) In seinen romantischen Kellerromanen verbindet er die Schilderung der Naturgeschichte, namentlich des amerikanischen Westens, mit prächtigen Naturanschauungen.

Von unseren früheren Prämien-Ausgaben haben wir noch einen kleinen Rest am Lager und empfehlen wir:

Franz Grillparzers sämtliche Werke.

Neue illustrierte Ausgabe in zwei Bänden, herausgegeben und mit Einleitung versehen von Rudolf v. Gottschall. Das Werk ist gut ausgestattet, umfaßt über 1000 Seiten und kostet ebenfalls nur 3.- Mark. (Porto nach auswärts 50 Pf.)

Fritz Reuters sämtliche Werke

in einer neuen illustrierten Prachtausgabe, zwei Bände, elegant gebunden, circa 1200 Seiten umfassend, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschem Wörterbuch. Preis nur 3.- Mark. (Porto nach auswärts 50 Pf.)

Auf Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mark

Grammophone, Phonographen, echte Menzenhauer-Zithern, Konzertzithern, Geigen, Mandolinen, Handharmonikas usw. Großes Lager in Phonographen-Platten, Edison-Walzen usw. Eigene Reparatur-Werkstatt.

Jahres Musik-Spezial-Geschäfte

N., Demminerstr. 2, an der Brunnenstraße. 1222*
S., Britzerstr. 10, am Kottbuser Tor.
NW., Rostockerstr. 22, am Bahnhof Beusselstraße.

Zahnärztliche Klinik

SW., Belle-Alliancestraße 106 I, und N., Brunnenstraße 185 I, gegenüber Warenhaus Jandorf, am Rosenthaler Tor. Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Kronen m. d. Unkosten berechnet. — Geöffnet von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 882*

Das nützlichste, das praktischste, das dauerhafteste, das beste, das billigste

Weihnachtsgehenk

für jeden Arbeiter, für jeden Handwerker

ist unsere berühmte, unerreichte

Herkules - Lederhose

in gestreiften Mustern 4 M. 50 und glatten Farben à

Alein-Verkauf für Deutschland.

Berufs- und Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe und Industrie, Sanitätsdienst usw.

Baer Sohn

Brückenstr. 11, Chausseestr. 29/30, Gr. Frankfurterstr. 20. Haupt-Katalog gratis und franko.

Nachdruck verboten!

119

Wäsche, Wäsche 5% Wäsche 5% **Jacob Golde** 119 Gr. Frankfurterstr. 119. Wäsche, Wäsche 5% Wäsche 5% Lieferant für alle Rabattvereine.

119

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen Berlins und Umgebung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als sich haltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Solidarität der Arbeiterklasse zu Hilfe zu rufen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage einstimmig ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.

Dank der Solidarität der Berliner Arbeiterklasse haben sich eine Anzahl Berliner Konfektionäre veranlaßt, Betriebswerkstätten einzurichten und tariflich festgesetzte Zeitzölne an die Arbeiterklasse zu zahlen.

Wir ersuchen daher mit Gegenwärtigen die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgebung, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Anbengarderobe in Zukunft **nur die nachstehenden Geschäfte berücksichtigen zu wollen.**

Norden:

- „Hoffnung“, Produktiv-Gewerkschaft der Schneider, Brunnenstr. 185.
- Alle von dieser Firma in den Handel gebrachten Waren werden zu den von der Organisation festgesetzten Bedingungen hergestellt. Wir empfehlen dieselbe daher ganz besonders.
- Baer Sohn, Chausseestr. 29/30. Diese Firma unterhält eine Betriebswerkstätte für 24 Arbeiter und hat die unentgeltliche Arbeitszeit eingeführt.
- D. Perleberg, Chausseestr. 68; „Blitz“, Turmstr. 19.
- „Blitz“, Rosenthalerstr. 9.
- „Blitz“, Chausseestr. 85.
- Diese Firma stellt einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her.
- Amerikanische Verkaufshallen, Rosenthalerstraße 53.

Osten:

- Baer Sohn, Gr. Frankfurterstr. 20.
- Haake, Landsbergerstr. 91.
- „Blitz“, Gr. Frankfurterstr. 137.
- Amerikanische Verkaufshallen, Frankfurter Allee 186.
- Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141, hat veranschaulicht eine Werkstätte für einen geringen Teil Nachschneider eingerichtet.

Süden:

- Baer Sohn, Brückenstr. 11.
- Edders u. Dykhoff, Dranienstr. 48.
- Geitinger, Deutsche Comp., Dranienstr. 40/41, stellen einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her.
- Leske u. Lehrer, Kottbuser Damm 78.
- Wormann, Kottbuser Damm 77.
- „Blitz“, Kottbuser Damm 29/30.

Westen:

- „Blitz“, Schöneberg, Hauptstr. 10.
- Edders u. Dykhoff, Am Dönhofsplatz.
- Nachstehende Firmen haben die Errichtung von Betriebswerkstätten zugejagt:
- S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.
- Beck u. Cloppenburg, Gertraudenstr. 26/27.
- Frabich u. Co., Rosenthalerstr. 3.
- Philipp Frabich, Rosenthalerstr. 1.
- Vernhard Baer, Rosenthalerstr. 5.
- Sachs, Gr. Frankfurterstr. 132.
- Max Schendel, Rosenthalerstr. 8.
- Alleg Bohne, Landsbergerstr. 79.
- Behrend, Grüner Weg 84.
- Ringel, Chausseestr. 31, Brunnenstr. 47.
- Levy u. Co., Brunnenstr. 50, Wilmersdorferstr. 47.
- Bendit, Brunnenstr. 68.
- Littmann, Dranienstr. 2.
- Joseph Wandt, Chausseestr. 80a.
- Th. Juras, Chausseestr. 79.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.

Die Ortsverwaltung.